

Zuhören. Entscheiden. Handeln.

*Regierungsprogramm der CDU
für Nordrhein-Westfalen*

2017-2022

**Beschluss
des 39. Landesparteitags**

1. April 2017 | Münster



CDU

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Jede Stimme zählt.	2
I. Innere Sicherheit	3
Wir machen unsere Polizei stärker.	3
Wir geben der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen Priorität.	4
Wir werden No-Go-Areas in Nordrhein-Westfalen nicht dulden.	5
Wir geben der Polizei die notwendigen Ermittlungs-Werkzeuge.	6
Wir werden islamistischem Terrorismus entschlossen entgegentreten.	7
Wir werden alles dafür tun, um Extremismus den Nährboden zu entziehen.	9
Wir wollen einen leistungsfähigen Verfassungsschutz.	10
Wir erhöhen unsere Abwehrfähigkeit gegen Cybergefahren.	10
Wir stärken unseren Sicherheits- und Rettungskräften den Rücken.	11
Wir wollen das Sicherheitsgefühl stärken und gegenseitige Verantwortung fördern.	13
Wir wollen Gerichte und Staatsanwaltschaften besser aufstellen.	14
Wir geben dem Strafvollzug tragfähige und sichere Rahmenbedingungen.	14
Wir stellen Opferschutz vor Täterschutz.	15
II. Wirtschaft und Finanzen	17
1. Wirtschaft und Arbeit	17
Wir wollen wieder an die Spitze der deutschen Bundesländer.	17
Wir wollen unsere Wirtschaftskraft neu entfesseln.	18
Nordrhein-Westfalen wird mit uns wieder Industrieland Nr. 1	20
Wir sichern die Zukunft des Handwerks.	21
Wir fördern den modernen Handel in Zeiten der Digitalisierung.	22
Wir stehen an der Seite der Freien Berufe.	23
Wir fördern den Tourismus im Land.	23
Wir werden die Gesundheitswirtschaft gebührend berücksichtigen.	24
Wir sichern die Fachkräftebasis von morgen.	24
Wir stellen auch bei Arbeit 4.0 den Menschen in den Mittelpunkt.	24
Wir sehen neue Möglichkeiten durch flexibles Arbeiten als Chance.	25
Wir stehen für die Sicherung und den Ausbau von sozialer und ökonomischer Teilhabe.	26
2. Infrastruktur, Verkehr, Bauen und Wohnen	27
Wir werden das Stauaufkommen nachhaltig senken.	28
Wir werden das Baustellen-Management verbessern.	28

Wir werden den Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen verbessern.	29
Wir werden mehr Mittel für den Landesstraßenneubau zur Verfügung stellen.	29
Wir werden den Verfall unserer Brücken stoppen.	30
Nordrhein-Westfalen braucht leistungs- und zukunftsfähige Flughäfen.	30
Wir erhöhen die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt und auf dem Land.	31
Stärkung der Fahrradinfrastruktur	32
Wir stärken den Verkehrsträger Schiene.	32
Wir werden die Potenziale unserer Wasserwege stärker nutzen.	33
Wir wollen attraktiven und bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen unseres Landes.	33
Wir werden den Leerstand in strukturschwachen Regionen bekämpfen.	34
Wir wollen jungen Familien den Traum vom eigenen Heim ermöglichen.	34
Wir werden das digitale Planen und Bauen voranbringen.	35
3. Digitalisierung verantwortlich gestalten und ausbauen	35
Wir wollen schnelles Internet für alle.	35
Wir nehmen digitale Bildung ernst.	36
Wir werden E-Governance ausbauen.	37
Wir begreifen die Industrie 4.0 als Motor des digitalen Wandels.	38
Wir werden Start-Ups eine Chance geben.	38
4. Energie und Klimaschutz	39
Wir wollen, dass NRW auch nach der Energiewende Energieland Nr. 1 bleibt.	40
Wir wollen auch für energieintensive Industrien der beste Standort bleiben.	40
Wir werden erneuerbare und konventionelle Energieversorgung mit Bedacht weiterentwickeln.	41
Wir wollen den Klimaschutz durch moderne Technologien voranbringen.	42
5. Finanzen und Landesverwaltung	42
Wir werden wieder investieren.	42
Wir werden die Schuldenlast Nordrhein-Westfalens reduzieren.	43
Wir werden mit Mehreinnahmen solide und verantwortlich umgehen.	44
Wir stärken den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen.	44
Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiv gestalten.	45
III. Aufstieg durch Bildung	47
1. Familien und Generationen	47
Wir kämpfen gegen Diskriminierung.	47
Wir eröffnen Perspektiven für eine nachhaltige Familienpolitik.	48
Wir stellen größtmögliche Wahlfreiheit für Eltern her.	49
Wir schaffen eine gute Infrastruktur für Familien.	50
Wir bieten Unterstützung für alle Familien.	51
Wir bekämpfen Kinderarmut.	52

Wir ermöglichen Teilhabe für alle Familien.	53
Wir geben Jugendlichen eine Stimme.	53
Wir schaffen Wohnraum für alle Generationen.	54
Wir nutzen die Potenziale der Seniorinnen und Senioren.	54
Wir begreifen Frauen- und Gleichstellungspolitik als wichtige politische Querschnittsaufgabe.	55
Wir wollen Frauenerwerbstätigkeit steigern und den beruflichen Wiedereinstieg ermöglichen.	56
Wir gewähren Hilfe und Schutz für Opfer von (sexualisierter) Gewalt.	56
2. Bildung und Schule	57
Unser Schul- und Lehrerverständnis	58
Wir bekämpfen den Unterrichtsausfall an unseren Schulen.	60
Wir schaffen die Voraussetzungen für eine gelingende schulische Inklusion.	61
Wir werden die Förderschulen erhalten.	62
Wir werden einen Masterplan für die Grundschulen vorlegen.	63
Wir werden die Hauptschule qualitativ weiterentwickeln.	64
Wir wollen zukunftsfeste und starke Realschulen.	64
Wir bekennen uns zu Sekundar- und Gesamtschule.	65
Wir werden die Strukturfrage an unseren Gymnasien klären.	66
Wir ermöglichen ein echtes G9.	67
Wir stärken unsere Gymnasien – G8 wie G9.	67
Wir werden echte Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und Ganztagsunterricht schaffen.	68
Wir beenden den Schulleitermangel in Nordrhein-Westfalen.	69
Wir stärken die Schulsozialarbeit und bauen sie aus.	69
Wir werden für eine gute Ausstattung und ein gutes Lernumfeld an unseren Schulen sorgen.	69
Wir geben Flüchtlingskindern eine Perspektive.	70
Wir nutzen die Chancen des digitalen Wandels für die schulische Bildung	71
Wir stärken die berufliche Bildung und das duale System.	71
Unser Ziel ist: Kein Schüler ohne Abschluss.	73
Wir werden die Attraktivität von Weiterbildungsangeboten erhöhen.	73
3. Wissenschaft und Forschung	74
Wir stellen die Hochschulfreiheit wieder her.	74
Wir wollen Forschungsfreiheit.	75
Wir werden die Qualität des Studiums erhöhen.	75
Wir setzen uns für verbesserte Studienbedingungen ein.	76
Wir schaffen gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen.	77
Wir brauchen mehr digitale Hochschulbildung.	77
Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Hochschulleben verbessern.	78
Wir wollen starke Studierendenwerke für den Erfolg des Studiums.	78
Wir brauchen eine leistungsfähige Hochschulmedizin.	79

IV. Lebensqualität und Nachhaltigkeit 80

1. Lebensqualität, Gesundheit und Pflege..... 80

- Wir werden eine Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen. 80
- Wir werden dem Ärztemangel mit gezielten Maßnahmen entgegentreten..... 81
- Wir werden ambulante und stationäre Versorgung stärker vernetzen. 81
- Wir kümmern uns um die Erhaltung eines flächendeckenden Netzes von modernen Krankenhäusern. 82
- Wir wollen die Arbeit von Palliativmedizin und Hospizen unterstützen. 82
- Wir wollen den Präventionsgedanken voranbringen. 83
- Wir werden die Pflege sichern..... 83
- Wir werden Inklusion und Barrierefreiheit verbessern. 84

2. Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 85

- Wir wollen wieder gute Rahmenbedingungen für gute Landwirtschaft. 86
- Wir fördern eine moderne und artgerechte Haltung von Nutztieren..... 86
- Wir werden Jagd und Fischerei zum Wohl von Natur und Kultur unterstützen..... 87
- Wir wollen eine starke Forstwirtschaft für einen gesunden Wald..... 87
- Wir setzen auf einen bestandsorientierten und qualitativ hochwertigen Naturschutz. . 87
- Wir wollen einen wirkungsvollen Umweltschutz..... 89
- Wir wollen einen verlässlichen Verbraucherschutz für gut informierte Verbraucher. 90
- Wir werden unser Trinkwasser schützen..... 91

V. Zusammenhalt der Gesellschaft 92

1. Kommunen..... 92

- Wir fördern kommunale Selbstverwaltung und geben finanzielle Sicherheit. 92
- Wir begegnen Verunsicherung mit starken Kommunen. 94
- Wir unterstützen unsere Kommunen bei der Integration und bei der Rückführung von Flüchtlingen..... 95
- Wir stehen für leistungsfähige Kommunalstrukturen und eine gelebte Kommunalverfassung. 96

2. Integration 96

- Wir wollen ein respektvolles und tolerantes Miteinander..... 97
- Für uns ist Arbeit einer der wichtigsten Integrationsmotoren. 97
- Für uns ist Bildung eine der wirksamsten Integrationsmaßnahmen..... 98
- Wir verstehen Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. 99
- Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive ein. 99
- Wir stärken die Anerkennungskultur bei Spätaussiedlern..... 100

3. Kultur, Medien, Religionsgemeinschaften, Ehrenamt und Sport 100

- Wir wollen der Kultur wieder ihren Stellenwert in der Landespolitik geben..... 101

Wir wollen eine starke Medienlandschaft für ein gut informiertes Nordrhein-Westfalen.
.....103
Wir werden uns für die besondere Rolle von Kirchen
und Religionsgemeinschaften in Staat und Gesellschaft einsetzen.....104
Wir werden das Ehrenamt als Säule unserer Gesellschaft festigen.105
Wir werden Nordrhein-Westfalen als führendes Sportland erhalten und ausbauen.106

VI. Nordrhein-Westfalen in Europa und der Welt 108

Wir stehen für ein starkes Europa der Regionen.108
Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen.....109
Wir setzen uns für geregelte Migration und sichere Außengrenzen ein.....109
Unser Einsatz gilt der gesamteuropäischen Sicherheit.110
Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden.....111
Wir setzen uns für die Verwirklichung des europäischen Energiemarktes ein.111
Wir fordern die Sicherheit kerntechnischer Anlagen in unseren Grenzregionen.....112
Wir werden den Charakter Nordrhein-Westfalens als Nord-Süd-Land ausbauen.....112

Zuhören. Entscheiden. Handeln.

Regierungsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen 2017-2022

Beschluss des 39. Landesparteitags | 1. April 2017 | Münster

Vorwort

Unser Regierungsprogramm ist ein Angebot und ein Versprechen an Nordrhein-Westfalen. Wir sind für einen neuen Aufbruch in diesem Land bereit. Wir wollen den Menschen in Nordrhein-Westfalen neue Perspektiven aufzeigen und neue Chancen eröffnen. Unser Wunsch ist, Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland zu machen. Unser Anspruch ist, unser stolzes Land bis 2022 bei Innerer Sicherheit, Bildungschancen und Wirtschaftskraft wieder an die Spitze der deutschen Bundesländer zu führen.

Nordrhein-Westfalen ist ein lebendiges, ein starkes Land. In Nordrhein-Westfalen schlägt das Herz unserer Republik. Kein anderes Land zählt auch nur annähernd so viele Einwohner, kein anderes Land verfügt über eine derartige kulturelle und regionale Vielfalt. Nirgends in Europa gibt es eine dichtere Hochschul- und Kulturlandschaft und eine komplexere Infrastruktur.

Fast 18 Millionen Menschen sind hier zu Hause. Ob in den großen Städten oder auf dem Land, in den Vereinen, Verbänden, Pfarr- und Kirchengemeinden und beim ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement – überall in unserem Land werden Gemeinschaft und Gemeinsinn gelebt. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen gerade in Zeiten von Veränderungen und Neuerungen in einem sicheren und starken Land leben. Sie erwarten von der Politik, dass sie klar und entschlossen handelt und unser Land in eine gute Zukunft führt. Doch wegen einer planlosen und bürokratischen Verschuldungspolitik blieben die enormen Potenziale dieses Landes und seiner Einwohner unter rot-grüner Regierungsverantwortung vielfach unbeachtet und ungenutzt. Unser Land wird, wie schon in den vier Jahrzehnten vor 2005, deutlich unter Wert regiert. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen den politischen Wechsel und eine Regierung, die mutig vorangeht und notwendige Entscheidungen trifft.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben es verdient: Ein Land, das wieder Vorreiter und Vorbild in Deutschland ist. Ein Aufsteigerland. Ein Spitzen-Land!

Mehr als 13 Millionen Nordrhein-Westfalen haben die Wahl: Sie entscheiden am 14. Mai über die Zukunft unseres Landes.

Wir stehen als christliche Demokraten in Nordrhein-Westfalen für

- ▶ eine Weltanschauung, die sich auf das Erbe einer jahrhundertealten christlich-jüdischen-abendländischen Wertebasis gründet, aber zugleich offen ist für Menschen anderer Religionsbekenntnisse und Überzeugungen;

- ▶▶ eine verantwortete Freiheit in Wirtschaft, Forschung und Bürgergesellschaft;
- ▶▶ eine in Solidarität gelebte Gerechtigkeit, wie sie sich aus der Christlichen Soziallehre und -ethik, unserer sozialpartnerschaftlichen Orientierung sowie der Bereitschaft zur Integration und der Heimatverbundenheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen ergibt.

Wir sind überzeugt: Nordrhein-Westfalen kann mehr! Wir wollen unser Gemeinwesen auf der Grundlage unserer Überzeugungen so gestalten, dass Nordrhein-Westfalen als Land des Aufstiegs und der sicheren Lebensperspektive für seine Bewohner eine gute Zukunft hat. Als ein lebenswürdiges Land, eine starke Wirtschaftsregion, eine sichere Heimat! Aufstieg, Sicherheit und Perspektive müssen zu den Grundpfeilern einer neuen Landesidentität werden, die wir für Nordrhein-Westfalen anstreben.

Jede Stimme zählt.

Am 14. Mai wählen Sie den nordrhein-westfälischen Landtag.

Wir, die Christlich Demokratische Union, bitten um Ihr Vertrauen.

Sie entscheiden über die Zukunft unseres Landes.

Sie haben die Wahl.

Jede Stimme zählt!

I. Innere Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundrecht. Die Menschen in unserem Land haben einen Anspruch auf körperliche Unversehrtheit und den Schutz ihres Eigentums. Ereignisse wie die Kölner Silvesternacht oder der Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz, die Debatten über No-Go-Areas in nordrhein-westfälischen Großstädten und Einbruchszahlen auf Rekordniveau haben viele Menschen verunsichert. Das alltägliche Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend für ihre Lebensqualität. Wir wollen, dass alle in unserem Land ohne Angst vor Bedrohung und Beeinträchtigung durch andere ihre persönliche Freiheit entfalten können und ihre Privatsphäre bestmöglich geschützt ist. Für uns gehören die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit und die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols zu den Kernaufgaben der Landespolitik.

- ▶▶ Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Land machen, in dem man sich zu jeder Zeit und an jedem Ort sicher bewegen kann. Ein Land, in dem sich die Menschen in den eigenen vier Wänden, gleich ob auf dem Land oder in der Stadt, sicher fühlen. Ein Land, in dem es keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit gibt.

Wir machen unsere Polizei stärker.

Unsere Polizistinnen und Polizisten schieben mehr als vier Millionen Überstunden vor sich her. Die Belastungen sind durch Großeinsätze, Terrorabwehrmaßnahmen und eine auf hohem Niveau weiter gestiegene Kriminalitätsrate erheblich gewachsen. Um den Herausforderungen für unsere Polizei und den gestiegenen Anforderungen durch die aktuelle Sicherheitslage wirksam zu begegnen, brauchen wir daher leistungsfähige und gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Die Polizei muss wieder ein attraktiver, moderner Arbeitgeber mit Aufstiegschancen werden.

- ▶▶ Wir wollen bei der Neueinstellung von Kommissaranwärtern bis an die Grenze der Ausbildungskapazität der Polizei NRW gehen. Jeder Polizist, der pensioniert wird, wird durch einen neu ausgebildeten ersetzt. Darüber hinaus werden wir schnellstmöglich eine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten unter Beibehaltung der derzeit angewandten Qualitäts- und Verwendungsstandards in Angriff nehmen.
- ▶▶ Wir wollen qualifizierte Tarifbeschäftigte als Polizeiverwaltungsassistenten einstellen, damit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte von bürokratischen Arbeiten entlastet werden und wieder ihre eigentlichen Aufgaben wahrnehmen können.
- ▶▶ Aus dem gleichen Grund fordern wir die sofortige Einstellung qualifizierter Fachleute (z. B. Informatiker, Wirtschaftsprüfer, Bankkaufleute etc.) zur Unterstützung und Entlastung, damit Zeit für den Polizeidienst „auf der Straße“ bleibt.
- ▶▶ Wir wollen künftig auch Bewerberinnen und Bewerber mit mittleren Bildungsabschlüssen den Zugang in den Polizeidienst ermöglichen. Die zweigeteilte Laufbahn wird

dabei nicht angetastet. In diesem Sinne prüfen wir die Übernahme von Ausbildungsverfahren anderer Bundesländer.

- ▶▶ Wir prüfen ferner, ob Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten bei verkürzter Ausbildungszeit in den Polizeidienst übernommen werden können.
- ▶▶ Wir wollen dafür sorgen, dass eine schlagkräftige und gut ausgestattete Polizei sowohl in den Ballungszentren als auch im ländlichen Raum ihre Aufgaben erfüllen kann. Darum wollen wir die Polizeistärke erhöhen.
- ▶▶ Die auf Städte und Kreise aufbauende Organisation der Polizei hat sich bewährt. Die CDU will sicherstellen, dass die Kreispolizeibehörden unter Führung der von der Bürgerschaft direkt gewählten Landräte auch künftig bestehen bleiben.
- ▶▶ Wir werden personelle Schwerpunkte genau dort setzen, wo sie benötigt werden. Gleichzeitig wollen wir personalintensive aber wirkungsarme Maßnahmen wie den sogenannten „Blitzermarathon“ beenden und die frei werdenden Personalressourcen sinnvoller einsetzen.
- ▶▶ Wir wollen Schluss machen mit der Misstrauenskultur von Sozialdemokraten und Grünen gegenüber der Polizei. Die Polizei Nordrhein-Westfalen ist Freund und Helfer der Bürger – und nicht deren Gegner. Deshalb werden wir die von der rot-grünen Landesregierung eingeführte Kennzeichnungspflicht für Beamte der Einsatzhundertschaften wieder abschaffen.

Wir geben der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen Priorität.

Seit Jahren erleben wir eine besorgniserregende Kriminalitätsentwicklung in unserem Land. Deutlich über 1,5 Millionen Straftaten wurden 2015 registriert. Die Aufklärungsquote liegt seit dem Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung konstant unter 50 Prozent. Allein die Zahl der Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen ist unter Rot-Grün um fast 40 Prozent angestiegen. Im Jahr 2015 hat es bei uns 62.362 Wohnungseinbrüche gegeben, so viele, wie in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammen. Mehr als 37 Prozent aller Wohnungseinbrüche in Deutschland wurden 2015 in Nordrhein-Westfalen verübt, obwohl Nordrhein-Westfalen nur 22 Prozent der Einwohner Deutschlands hat. Diese Taten werden von den Betroffenen als besonders belastend empfunden, weil die Täter dabei in die unmittelbare Privatsphäre ihrer Opfer eindringen. Sicherheit beginnt an der Haustür! Deshalb wollen wir die Verhinderung von Wohnungseinbrüchen und anderen schweren Straftaten in den Mittelpunkt des polizeilichen Handelns rücken.

- ▶▶ Wir wollen die Qualität der Tatortarbeit nach Einbrüchen durch den Einsatz fester Teams von speziell geschulten Beamten verbessern und die Anzahl der Ermittlungskommissionen in diesem Bereich deutlich erhöhen, um langfristige und täterorientierte Ermittlungen zu ermöglichen.

- ▶▶ Zur Unterstützung der polizeilichen Arbeit gegen Wohnungseinbrüche wollen wir schnellstmöglich softwaregestützte Werkzeuge wie das „Predictive Policing“, mit deren Hilfe sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen lassen, flächendeckend einsetzen. Dies ermöglicht insbesondere eine gezielte Bekämpfung organisierter, reisender Banden. Die Ergebnisse werden wir regelmäßig überprüfen.
- ▶▶ Wir fordern härtere Strafen. So soll der Wohnungseinbruchdiebstahl künftig als Verbrechen mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr geahndet werden können. Zur Aufklärung eines Wohnungseinbruchs kann dann auch das Instrument der Telekommunikationsüberwachung eingesetzt werden.
- ▶▶ Kriminelle agieren längst über Länder- und Staatsgrenzen hinweg. Doch der Fokus unserer Sicherheitsbehörden ist auf das Landesgebiet begrenzt. Um mobile Täter, insbesondere Einbrecherbanden, besser verfolgen und stellen zu können, werden wir die Sicherheitskooperation sowohl mit den angrenzenden Bundesländern als auch mit Belgien und den Niederlanden intensivieren und verbessern. Wir streben ein gemeinsames Konzept zur Identifizierung von Intensivtätern an und wollen die Einrichtung von grenzüberschreitenden Ermittlungsgruppen fördern.

Wir werden No-Go-Areas in Nordrhein-Westfalen nicht dulden.

In manchen Großstädten unseres Landes haben sich Straßenzüge und Stadtteile zu Gegenden entwickelt, in die sich die Polizei nur noch in Mannschaftsstärke und Bürgerinnen und Bürger gar nicht mehr hineintrauen. Dort ist die Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates akut gefährdet. Polizeigewerkschafter sprechen in diesem Zusammenhang von „No-Go-Areas“ und rechtsfreien Räumen. Diese Stadtteile haben oftmals auch mit sozialer Verwahrlosung und dem Problem so genannter „Schrottimmobilien“ zu kämpfen. Wir sind sicher: durch klare Konzepte und ein beherztes Eingreifen kann die Politik die Entstehung von No-Go-Areas wirksam bekämpfen und einen Beitrag dazu leisten, aus Problemvierteln mittelfristig wieder lebenswerte Stadtquartiere zu machen.

- ▶▶ Wir wollen dort, wo kriminelle Familienclans oder Rockerbanden rechtsfreie Räume für sich beanspruchen, dem Rechtsstaat mit regelmäßigen Razzien und Schwerpunkteinsätzen wieder Geltung verschaffen.
- ▶▶ Wir wollen durch die Erstellung eines regelmäßigen Lagebilds zur Clankriminalität die Herausforderungen identifizieren und die Fortschritte im Kampf gegen solche Strukturen dokumentieren.
- ▶▶ Im Rahmen der Auseinandersetzung mit nicht-deutschen kriminellen Banden wollen wir auch alle Möglichkeiten des Ausländerrechts nutzen. Dazu werden wir die Ermittlungskompetenzen der Mitarbeiter der Ausländerbehörden fachpraktisch stärken. Kriminelle Ausländer sollen zügiger abgeschoben werden.
- ▶▶ Wir wollen die steigende Drogenkriminalität systematisch bekämpfen. Wir werden die von der rot-grünen Landesregierung vollzogene Aufweichung der Grenzen für den

straflosen Eigenbesitz von Betäubungsmitteln wieder rückgängig machen, damit Drogenkriminalität schon in den Anfängen wirksam bekämpft werden kann.

- ▶▶ Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten des allgemeinen Ordnungsrechts überprüfen und dort verbessern, wo es nur ungenügend städtischen „Angst-Räumen“ entgegengewirkt.
- ▶▶ Wir wollen umgehend mit der Bundesebene und den Städten und Gemeinden in eine kritische Überprüfung der Sicherheitslage an nordrhein-westfälischen Bahnhöfen nebst den jeweiligen Bahnhofsumfeldern mit dem Ziel eintreten, bestehende Angsträume zu beseitigen und somit das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum wieder zu stärken.
- ▶▶ Im Sinne einer Null-Toleranz-Strategie gegen die Verwahrlosung von Stadtteilen wollen wir landesrechtliche Regelungen schaffen oder verbessern, um wirksam gegen das Phänomen der Schrottimmobilien vorgehen zu können.
- ▶▶ Wir wollen prüfen, inwiefern das Land betroffenen Kommunen dabei helfen kann, sein Personal im städtischen Sonderaußendienst aufzustocken.
- ▶▶ Wir wollen prüfen, ob eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von organisiertem Sozialmissbrauch eingerichtet werden kann.

Wir geben der Polizei die notwendigen Ermittlungs-Werkzeuge.

Bei einem Vergleich der polizeilichen Ermittlungsinstrumente und Befugnisse in den Bundesländern wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen zu den Ländern mit den niedrigsten Standards gehört. Die heutige Ausrüstung unserer Polizei in Nordrhein-Westfalen weist erhebliche Defizite aus, so gibt es dringenden Nachbesserungsbedarf, z. B. bei Fahrzeugen und Sicherheitsausstattungen. Sowohl im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung als auch der Überwachung von Gefährdern stehen unseren Polizisten nicht die gleichen Werkzeuge zur Verfügung wie ihren Kollegen in anderen Bundesländern. Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Standards in Nordrhein-Westfalen an den Ländern orientieren, die über das höchste Sicherheitsniveau verfügen.

- ▶▶ Wir werden eine gesetzliche Grundlage für die Durchführung verdachtsunabhängiger Personenkontrollen („Schleierfahndung“) im Polizeigesetz verankern. Es ist nicht hinnehmbar, dass ausgerechnet das große Transitland Nordrhein-Westfalen zu den wenigen Bundesländern zählt, die ihrer Polizei diese Möglichkeit bislang vorenthalten.
- ▶▶ Unser Ziel ist es, die Geldströme und Finanzstrukturen der organisierten Kriminalität aufzuhellen und die Abschöpfung von illegalen Gewinnen unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten konsequent zu betreiben. In diesem Zusammenhang soll die präventive Vermögenssicherung auf eine breitere gesetzliche Basis gestellt werden.
- ▶▶ Wir wollen die Videobeobachtung auch mit auf Mustererkennung beruhender Kamertechnik auf Orte ausweiten, an denen kriminalitätsbegünstigende Faktoren vorliegen.

Mithilfe dieser modernen Technik wollen wir auch öffentliche Fahndungen wirksamer machen, z. B. durch Gesichtserkennung oder automatisiertem Kennzeichenabgleich.

- ▶▶ Wir wollen prüfen, inwieweit den Kommunen insbesondere ein Instrumentarium für eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien sowie unter Abwägung der grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte und des Datenschutzes ermöglicht werden kann.
- ▶▶ Wir wollen die Möglichkeiten der akustischen Wohnraumüberwachung sowie der Online-Durchsuchung als polizeigesetzliche Befugnis in das Polizeigesetz aufnehmen.
- ▶▶ Wir wollen sogenannte Body-Cams, also Mini-Kameras, die Polizeibeamte auf der Schulter tragen, einführen. Dadurch können Einsatzsituationen beweissicher dokumentiert und die Beamten selbst besser geschützt werden.
- ▶▶ Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte und die steigende Aggressivität von Tätern machen die flächendeckende Einführung von nicht-tödlichen Distanzwaffen (Taser oder ähnlich wirksame Instrumente) für unsere Polizei notwendig.
- ▶▶ Wir wollen unserer Polizei moderne Kommunikationsmittel zur Verfügung stellen, die den Anforderungen moderner Sicherheitserfordernisse entsprechen.

Wir werden islamistischem Terrorismus entschlossen entgegentreten.

Nordrhein-Westfalen ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit darf niemand als Schwäche missverstehen. Terroristische und extremistische Bestrebungen werden wir unter Einsatz aller rechtsstaatlichen Mittel konsequent bekämpfen. Dies ist für unsere wehrhafte Demokratie eine Daueraufgabe von höchster Priorität. Der islamistische Terrorismus fordert uns derzeit besonders heraus. Die Zahl der Salafisten in Nordrhein-Westfalen hat sich seit Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung auf knapp 3.000 versechsfacht, etwa 620 werden als gewaltbereit eingestuft. Wir müssen den Kampf gegen Terrorismus und Extremismus als gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft verstehen, denn die Bedrohungslage ist unverändert hoch.

- ▶▶ Wir wollen die Überwachung gewaltbereiter Islamisten deutlich verstärken. Zu diesem Zweck wollen wir insbesondere die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Telefonüberwachung sowie für die Überwachung und Analyse von Konto- und Bankdaten zur Gefahrenabwehr vorantreiben und eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Verhängung von Meldeauflagen im Polizeigesetz schaffen.
- ▶▶ Wir wollen die Bewegungsfreiheit von Gefährdern und verurteilten Extremisten weiter einschränken und dazu auch den Einsatz der sogenannten elektronischen Fußfessel ausweiten.
- ▶▶ Wir wollen den Unterbindungsgewahrsam für Gefährder, von denen das Begehen einer Straftat erwartet wird, von derzeit 48 Stunden auf 14 Tage ausweiten.

- ▶▶ Wir wollen alle ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Instrumente ausschöpfen, damit islamistische Hassprediger und Gefährder schnell und konsequent ausgewiesen werden.
- ▶▶ Um zu verhindern, dass ausreisepflichtige Gefährder untertauchen oder gar Anschläge in Deutschland begehen, fordern wir eine konsequente Anwendung der Abschiebehaft.
- ▶▶ Wir wollen die Ausländerbehörden dazu verpflichten, Identitätsverschleierung und die Nutzung von Mehrfachidentitäten anzuzeigen. Staatsanwaltschaften werden wir anweisen, Verfahren wegen unerlaubter Einreise künftig nicht mehr vor Ende des Asylverfahrens einzustellen.
- ▶▶ Wir wollen Einbürgerungen von Extremisten verhindern oder rückgängig machen. Wer im Ausland einer terroristischen Vereinigung angehört hat und neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, muss die deutsche Staatsangehörigkeit künftig automatisch verlieren.
- ▶▶ Wir wollen mit aller Härte gegen Moscheevereine und Moscheen, in welchen mit Hassreden zum Dschihad aufgerufen wird, vorgehen.
- ▶▶ Islamistischen Spendensammelvereinen wollen wir die Finanzierungsmöglichkeiten entziehen und diese wenn möglich verbieten.
- ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, dass die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe gestellt wird.
- ▶▶ Zur Terrorprävention wollen wir ein digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen aufbauen, in dem Kommunikations-, Reise- und Finanzdaten systematisch beobachtet und analysiert werden. Dieses soll in enger Abstimmung mit den Bundesbehörden geschehen.
- ▶▶ Wir sprechen uns für eine Überarbeitung und Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen an die digitale Welt aus. Strafverfolgungsbehörden müssen alle Möglichkeiten haben, effizient auch im anonymen Teil des Internets (Darknet) zu ermitteln. Um frühzeitig Gefährder identifizieren zu können, über Treffen oder verbotene Aktivitäten informiert zu werden und präventiv eingreifen zu können, sollen auch die Sozialen Netzwerke vermehrt beobachtet und analysiert werden.
- ▶▶ Wir streben zudem bundesweit harmonisierte Regelungen in Bund und Ländern an, so dass die Verfassungsschutzämter bei Jugendlichen bereits ab 14 Jahren tätig werden können.
- ▶▶ Wir wollen die muslimischen Verbände dabei unterstützen, sich mit allen handelnden Akteuren an entsprechenden Sicherheitspartnerschaften zur Prävention und Deradikalisierung aktiv zu beteiligen.
- ▶▶ Wir wollen, dass Präventionsstrategien möglichst früh ansetzen und im unmittelbaren persönlichen Umfeld verankert sind. So spielen insbesondere Schulen und Vereine, also

Orte, an denen sich junge Menschen außerhalb ihres familiären Umfelds aufhalten, das Internet und soziale Netzwerke bei der Prävention eine bedeutende Rolle. Auch die Kommunen wollen wir in Ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

- ▶▶ Wir wollen durch geeignete Präventionsarbeit Radikalisierungen auch in den Justizvollzugsanstalten verhindern.

Wir werden alles dafür tun, um Extremismus den Nährboden zu entziehen.

Wir treten jeder Form von Extremismus und politisch motivierter Gewalt entschieden entgegen – unabhängig davon, ob sie von Rechtsextremisten, Linksextremisten oder gewaltbereiten Islamisten ausgeübt wird. Wir wollen Menschen den Ausstieg aus extremistischen Kreisen erleichtern und Projekte gegen Extremismus fördern.

- ▶▶ Für uns haben Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz in unserer Gesellschaft. Wir werden gegen rechtsextreme, antisemitische und fremdenfeindliche Strukturen, z. B. durch Vereinsverbote und konsequente Strafverfolgung, gezielt vorgehen. Insbesondere in unseren Schulen wollen wir durch Förderprogramme zur Aufklärung über geschichtliche Zusammenhänge und die besondere historische Verantwortung Deutschlands beitragen. Damit werden wir die demokratische Zivilgesellschaft stärken. Eine Zusammenarbeit mit Linksextremisten und gewaltbereiten Aktivisten wird ausgeschlossen.
- ▶▶ Der „Kampf gegen Rechts“ wird von einigen Feinden der Demokratie genutzt, um unter dem Deckmantel der Zivilgesellschaft gegen das Fundament der Demokratie vorzugehen. Wir werden verstärkt gegen linksextremistische Strukturen vorgehen, staatliche Förderung von linksextremen Strukturen beenden und Aufklärungsprogramme fördern.
- ▶▶ Angriffe auf Polizeibeamte, Gerichtsvollzieher oder Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung verdeutlichen zunehmend, dass Personengruppen wie die „Reichsbürger“ versuchen, ihre Ideologie auch unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen. Wir werden konsequent gegen alle Personengruppen, die den Bestand der Bundesrepublik Deutschland bekämpfen, vorgehen. Weiterhin wollen wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Mitarbeiter, welche sich zu den „Reichsbürgern“ bekennen, aus dem Öffentlichen Dienst auszuschließen.
- ▶▶ Wir wollen die finanzielle Förderung für die zahlreichen Initiativen, die sich dem gemeinsamen demokratischen Wertekonsens als Basis für unser tägliches Miteinander verschrieben haben, stärker ausbauen.
- ▶▶ Wir wollen konkrete Hilfsangebote für Betroffene, die aus einer extremistischen Szene aussteigen wollen, verstärken und setzen zugleich auf Beratung und Unterstützung für Personen sowie deren Angehörige, die sich bereits radikalisiert haben oder in dieser Hinsicht als gefährdet gelten.

- ▶▶ Wir setzen uns für einen verbesserten Schutz vor Hass-Angriffen in sozialen Netzwerken ein. Das Netz darf nicht dazu beitragen, dass Menschen im Schutz der Anonymität Straftaten begehen können. Persönlichkeitsverletzende oder strafbare Kommentare müssen durch den Anbieter der jeweiligen Kommunikationsplattform kurzfristig gelöscht werden.

Wir wollen einen leistungsfähigen Verfassungsschutz.

Der Verfassungsschutz muss mit gleichbleibenden Mitteln einen immer größeren Personenkreis beobachten: Islamisten, Salafisten, Links- und Rechtsextremisten.

Die furchtbaren Terroranschläge auf dem Berliner Breitscheidplatz, in Würzburg oder Ansbach zeigen die dringende Notwendigkeit eines starken und leistungsfähigen Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem für staatsgefährdende Entwicklungen. Insbesondere die frühzeitige Erkennung von Einzeltätern verlangt viel und speziell qualifiziertes Personal. Wir stehen für den Schutz unserer Rechts- und Werteordnung durch einen leistungsstarken Verfassungsschutz.

- ▶▶ Nur ein personell gut ausgestatteter Verfassungsschutz garantiert größtmögliche Sicherheit vor islamistischem, linkem oder rechtem Extremismus.
- ▶▶ Darüber hinaus muss der Verfassungsschutz die Instrumente erhalten, die er zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben benötigt. Deshalb wollen wir die Möglichkeit der akustischen Wohnraumüberwachung sowie der Online-Durchsuchung im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetz verankern.
- ▶▶ Wir bekennen uns klar zur Notwendigkeit nachrichtendienstlicher Maßnahmen zur Erkenntnisgewinnung über Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Der Ausgleich zwischen den Freiheitsrechten der Bürger, aber auch ihrem Recht auf Sicherheit, muss immer wieder neu gefunden werden.

Wir erhöhen unsere Abwehrfähigkeit gegen Cybergefahren.

Nahezu alle Lebensbereiche in unserem Land sind von fortschreitender Digitalisierung durchdrungen. Die Abhängigkeit von der Sicherheit und Zuverlässigkeit der IT-Systeme ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Zugleich ist die Bedrohungslage für staatliche IT-Systeme, digitale Infrastruktur, für IT-Steuerung in der Wirtschaft und private Systeme unverändert ernst. Für uns ist klar: auch der Cyberraum darf kein rechtsfreier Raum sein. Unser Auftrag ist es, Bürger und Unternehmen auch hier zu schützen.

- ▶▶ Wir wollen eine nordrhein-westfälische IT-Sicherheitsstrategie erarbeiten, die im Zusammenspiel mit den Bundesbehörden und den Behörden der anderen Bundesländer Sicherheit auf einem angemessenen Niveau gewährleistet, ohne die Chancen der Digitalisierung zu beeinträchtigen.

- ▶▶ Wir wollen unseren Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die Gefahren aus dem Cyberraum die erforderlichen Befugnisse sowie ausreichende technische und personelle Ausstattung zur Verfügung stellen.
- ▶▶ Wir werden den Schutz kritischer Infrastrukturen in unserem Land weiter verbessern und unsere Wirtschaft, gerade die oft unzureichend geschützten kleinen und mittelständischen Unternehmen, besser als bisher für die gezielten Spähangriffe fremder Nachrichtendienste und internationaler Konkurrenz sensibilisieren.
- ▶▶ Dafür wollen wir die Aktivitäten mit der Initiative Wirtschaftsschutz der obersten deutschen Sicherheitsbehörden und der großen Wirtschaftsverbände verstärken und ausbauen.
- ▶▶ Wir wollen ein Kompetenzzentrum für Internetsicherheit als Servicestelle für die nordrhein-westfälische Wirtschaft und die Landesverwaltung aufbauen.
- ▶▶ Wir werden auch darauf Wert legen, dass die Kompetenzen im Bereich Cyber-Forensik weiter ausgebaut werden. Um Straftaten im Cyberraum aufklären zu können, müssen wir immer auf der ermittlungstechnischen Höhe der Zeit sein.
- ▶▶ Wir werden die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und anerkannten Hilfsorganisationen zur Abwehr von Cyber-Attacken intensivieren.

Wir stärken unseren Sicherheits- und Rettungskräften den Rücken.

Die Zuständigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen für die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bevölkerung erstreckt sich über die polizeiliche und nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr. Die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr ist ein Gesamtsystem aus Zivil- und Katastrophenschutz und alltäglicher Gefahrenabwehr. Das Gesamtsystem wird durch viele Tausend ehren- und hauptamtliche Angehörige in Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisationen bei uns im Land getragen. Diese Kräfte – Frauen und Männer, die tagtäglich für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger eintreten – dürfen darauf vertrauen, dass wir als CDU dieses bewährte Gesamtsystem – auch im Zusammenspiel aus Ehren- und Hauptamt – erhalten und stärken werden.

- ▶▶ Angriffe auf und Respektlosigkeiten gegen Einsatzkräfte von Feuerwehren, Rettungsdienst, anerkannten Hilfsorganisationen und gegen die Polizei werden auf das Schärfste verurteilt: Wir tragen dafür Sorge, dass Strafanzeigen von Einsatzkräften nicht mehr aus einem Mangel an öffentlichem Interesse eingestellt werden. Um den Respekt wieder herzustellen, ist auch bereits eine verbale Beleidigung spürbarer zu sanktionieren. Wir begrüßen darüber hinaus die von Seiten der CDU-geführten Bundesregierung vorgelegte Verschärfung des Strafgesetzbuches bei tätlichen Angriffen gegen Einsatzkräfte und die künftig zu verhängende Mindeststrafe von sechs Monaten.

- ▶▶ Wir haben uns für ein modernes Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzrecht stark gemacht. Die erforderlichen Anpassungen im Laufbahnrecht werden wir schnellstmöglich zur Umsetzung bringen.
- ▶▶ Wir treten für das dringend erforderliche Prinzip einer vernetzten Sicherheit ein: Integrierte Konzepte zwischen den verschiedenen Verantwortlichkeiten aus Feuerwehren, anerkannten Hilfsorganisationen, Rettungsdienst, öffentlichem Gesundheitsdienst und polizeilicher Gefahrenabwehr werden einen ursachenunabhängigen Schutz der Bevölkerung vor Gefahren aller Art mit einer starken Gefahrenabwehr gewährleisten.
- ▶▶ Wir haben die Bereichsausnahme für den Rettungsdienst durchgesetzt. Die Bereichsausnahme eröffnet dem Land und den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, den anerkannten Hilfsorganisationen ein Stück Unabhängigkeit zurückzugeben, die sie benötigen, um ihren Aufgaben im Alltag wie auch in der Katastrophe gerecht zu werden. Die Anwendung der Bereichsausnahme bei der Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen durch die Kreise und kreisfreien Städte wird langfristig zum Erhalt des bewährten Gesamtsystems aus Zivil- und Katastrophenschutz und alltäglicher Gefahrenabwehr beitragen.
- ▶▶ Wir setzen uns für ein funktionsfähiges Berufsbild des Notfallsanitäters ein. Derzeit bestehende Hemmnisse bei der Fort- und Ausbildung zum Notfallsanitäter werden wir – auch in Absprache mit dem Bund – schnellstmöglich beseitigen.
- ▶▶ Ein modernes Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzwesen benötigt auch eine moderne Ausstattung: In Zusammenarbeit mit dem Bund werden wir die Ausgestaltung der Bundeskonzeption „Zivile Verteidigung“ vorantreiben und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Die Städte und Gemeinden werden zukünftig an den stetig steigenden Landeseinnahmen aus der Feuerschutzsteuer höher beteiligt werden, damit diese wiederum die Feuerwehren vor Ort stärken können.
- ▶▶ Ein leistungsfähiger Zivil- und Katastrophenschutz erfordert auch eine Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung: In Abstimmung mit den Aufgabenträgern setzen wir uns für die Entwicklung einer entsprechenden Kampagne ein. Dazu gehört es auch, dass wir die Ersthelfer-Ausbildung stärken wollen: Oftmals – gerade im Falle eines Herz-Kreislauf-Stillstandes – kommt es auf jede Sekunde an.
- ▶▶ Wir treten dafür ein, dass das Land Nordrhein-Westfalen mehr Verantwortung im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes und bei der alltäglichen Gefahrenabwehr einnimmt: Dies bedeutet, dass wir für eine räumliche Verteilung von Spezialausstattungen im Falle eines Ausfalls kritischer Infrastruktur sorgen werden, so dass die Funktionsfähigkeit öffentlicher Infrastruktur im Falle des Falles schnellstmöglich wiederhergestellt werden kann. Dies schließt den Aufbau von Infrastrukturen bei bestimmten Gesundheitsgefahren (zum Beispiel bei Kohlenmonoxid-Vergiftungen) in unserem – einwohnergrößten – Bundesland ein.
- ▶▶ Zur Stärkung des bewährten Gesamtsystems aus ehren- und hauptamtlichen Kräften im Zivil- und Katastrophenschutz und in der alltäglichen Gefahrenabwehr benötigen wir

dauerhaft Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich in Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisationen sowie dem Technischen Hilfswerk engagieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird die Kampagne „FeuerwEHRENSACHE“ fortführen und diese Kampagne auf Angehörige des Zivil- und Katastrophenschutzes ausweiten. In Absprache mit den beteiligten Organisationen werden wir die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen stärker fördern.

- ▶▶ In der Flüchtlingskrise hat das Zusammenspiel von Katastrophenschutzeinheiten und sozialen Diensten in den anerkannten Hilfsorganisationen eine schlagkräftige und zuverlässige Kombination verschiedener Fähigkeiten geboten, die gerade in angespannten Lagen eine hochklassige Versorgung ermöglichen konnten. Die Stärke dieser Fähigkeiten – auch unter Einbindung sog. Spontanhelfer – soll vor dem Hintergrund einer sich ändernden Engagementlandschaft erhalten bleiben. Bemühungen der anerkannten Hilfsorganisationen ihre ehrenamtlichen Strukturen zukunftsfest zu machen, sollen gefördert werden.

Wir wollen das Sicherheitsgefühl stärken und gegenseitige Verantwortung fördern.

Wer Verwahrlosungen, verschmutzte Grünanlagen oder Fassadenschmierereien erlebt, fühlt sich in seinem Wohnumfeld nicht sicher. Wir treten diesen Erscheinungen entgegen, denn sie sind oft Anfangspunkte für Kriminalität. Beleuchtungskonzepte, Aufenthaltsregeln und die Präsenz von Ordnungskräften wirken auf potenzielle Täter zudem abschreckend, vorbeugend und tragen zur Aufklärung bei. Dies wollen wir ausweiten und gemeinsam mit Anwohnern und Eigentümern die Möglichkeiten der Prävention noch besser nutzen. An Orten, wo die Menschen sich kennen, geben sie mehr aufeinander Acht und übernehmen füreinander Verantwortung. Alltagskriminelle haben dort weniger Chancen.

- ▶▶ Wir wollen daher Nachbarschaften weiter stärken und sie durch die Stadt- und Regionalentwicklung besser fördern.
- ▶▶ Prävention ist auch Aufgabe der Bürgergesellschaft. So wollen wir Betrugsmaschen verhindern, welche sich gezielt gegen Senioren richten. Dazu zählen neben dem Enkeltrick auch Haustürgeschäfte oder falsche Gewinnversprechen am Telefon.
- ▶▶ Wir wollen ehrenamtliche Sicherheitsberater etablieren, damit sich Senioren besser vor Straftaten schützen können.
- ▶▶ Wir wollen als sinnvolle Ergänzung zu den erfolgreich arbeitenden Ordnungspartnerschaften zwischen Kommunen und Polizei kommunale Präventionsräte ermöglichen, in denen maßgeschneiderte und auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmte Maßnahmen durch regelmäßige Abstimmungen der Akteure vor Ort ermöglicht werden.

Wir wollen Gerichte und Staatsanwaltschaften besser aufstellen.

Eine bürgernahe, leistungsfähige und politisch unabhängige Justiz ist für den Rechtsstaat und einen starken Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen unentbehrlich. Die Justiz hat für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zu sorgen, Kriminalität zu bekämpfen und die Opfer von Straftaten zu schützen. Straftätern soll im Vollzug die echte Chance zur Resozialisierung und Wiedereingliederung in ein verantwortungsvolles Leben geboten werden. Es gilt, die Justiz weiter zu stärken, um für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes schnellen und effektiven Rechtsschutz zu bieten. Innerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen alle technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Steigerung von Effizienz und Effektivität genutzt werden. Unser Ziel ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von Justizverfahren unter Einsatz aller technischen und organisatorischen Möglichkeiten, soweit dies ohne Qualitätsverlust und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze möglich ist.

- ▶▶ Wir wollen Gerichte und Staatsanwaltschaften sowohl mit moderner Technik als auch mit den erforderlichen personellen Ressourcen ausstatten und uns dabei am Personalbedarfsberechnungssystem (PEBB§Y) orientieren.
- ▶▶ Ermittlungen gegen länderübergreifende oder gar internationale Tätergruppierungen sollen zentral bei einer Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen unabhängig vom Tatort geführt werden. Es sollten vermehrt Verfahren gegen dieselben Tatverdächtigen bei jeweils einer Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen zeitnah und unabhängig vom Tatort zusammengefasst werden.
- ▶▶ Wir wollen die Personalentwicklungsgrundsätze im Bereich der Richterschaft weiterentwickeln, um neben dem aktuell bestehenden Bedarf bereits jetzt personelle Zukunftssicherung zu betreiben.
- ▶▶ Wir werden alle Einrichtungen der außergerichtlichen Streitschlichtung, durch die Gerichtsverfahren vermieden und eine tragfähige Lösung von Konflikten in unserer Gesellschaft erreicht werden, systematisch fördern. Dazu zählen für uns insbesondere die Schiedsmänner und Schiedsfrauen sowie die Mediation.
- ▶▶ Wir wollen alle Experten zu einem runden Tisch „Paralleljustiz“ zusammenbringen. Beim Phänomen „Paralleljustiz“ handelt es sich um eine Form der nicht tolerablen internen Konfliktlösung, die sich vor dem Staat versteckt, die Aufklärung von Straftaten behindert und das Wertesystem unseres Grundgesetzes nicht anerkennt.
- ▶▶ Wir wollen mit den Teen Court-Projekten NRW – Schüler „urteilen“ über Schüler – einen neuen Weg im Umgang mit Jugendkriminalität erproben.

Wir geben dem Strafvollzug tragfähige und sichere Rahmenbedingungen.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass unsere Bevölkerung durch eine sichere Unterbringung der Gefangenen geschützt wird. Dies setzt neben einer angemessenen Personalausstattung des Justizvollzugsdienstes vor allem die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von

Haftplätzen voraus. Für uns sind die unter Rot-Grün eingeführten Vollzugslockerungen kein Selbstzweck. Wir werden prüfen, ob sie im Hinblick auf die im Vordergrund stehenden Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit weiterhin verantwortlich sind.

- ▶▶ Die technische und personelle Ausstattung der Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen werden wir den gestiegenen tatsächlichen und rechtlichen Anforderungen anpassen und insgesamt stärken.
- ▶▶ Wir wollen den Handel mit und den Konsum von Drogen in unseren Vollzugsanstalten konsequent verhindern. Dazu zählt der verstärkte Einsatz von Drogenspürhunden ebenso wie die harte Sanktionierung durch den Wegfall einer vorzeitigen Haftentlassung.
- ▶▶ Wir werden die Zahl der Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze für Gefangene in unseren Justizvollzugsanstalten weiter erhöhen. Arbeit und berufliche Qualifikation sind durch das daraus erwachsene Selbstbewusstsein ein erfolgversprechendes Mittel, um erneute Straftaten nach der Haftentlassung zu verhindern.
- ▶▶ Um die Haftkosten im Zusammenhang mit der Verbüßung von Ersatzfreiheitsstrafen zu reduzieren, werden wir die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit erleichtern. Straftäter, die zu einer Ersatzfreiheitsstrafe verurteilt worden sind, sollen deshalb die Möglichkeit erhalten, jeden Tag ihrer Ersatzfreiheitsstrafe durch das Ableisten von jeweils fünf Stunden gemeinnütziger Arbeit zu ersetzen.
- ▶▶ Damit kriminelle Karrieren nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen, werden wir die Verhängung des Warnschussarrests gegen jugendliche Intensivtäter ausweiten und dafür sorgen, dass insbesondere jugendliche Straftäter zeitnah bestraft werden.

Wir stellen Opferschutz vor Täterschutz.

Für die CDU Nordrhein-Westfalen geht Opferschutz immer vor Täterschutz. Wir wollen, dass Kriminelle konsequent verfolgt, überführt und nach ihrer Tat zeitnah und schuldangemessen verurteilt werden. Dabei muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Über diese Grundvoraussetzungen hinaus setzen wir uns dafür ein, den Opferschutz in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen, wie dem „Weißen Ring“, mehr Gewicht zu verleihen. Menschen, die Opfer einer Straftat wurden, dürfen sich nicht alleingelassen fühlen!

- ▶▶ Dazu wollen wir das Netz der bestehenden Opferhilfeeinrichtungen erhalten und ausbauen.
- ▶▶ Wir wollen die psychosoziale Prozessbegleitung bekannt machen und sie durch staatliche Begleitmaßnahmen unterstützen.
- ▶▶ Wir setzen uns für die Stärkung des Adhäsionsverfahrens ein. Im Adhäsionsverfahren können aus einer Straftat erwachsene vermögensrechtliche Ansprüche der Opfer unmittelbar im Strafprozess gegen den Beschuldigten geltend gemacht werden. Dem Opfer bleibt so ein zusätzlicher Prozess erspart.

- ▶▶ Bewährungsstrafen werden von Straftätern häufig als Freispruch empfunden und im gesellschaftlichen Kontext einer Bagatelle gleichgesetzt. Wir werden uns deshalb im Wege einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, die in § 56 StGB niedergelegten Kriterien für eine Strafaussetzung zur Bewährung zu überprüfen und zu verschärfen.

II. Wirtschaft und Finanzen

1. Wirtschaft und Arbeit

Christlich-demokratische Wirtschaftspolitik folgt dem bewährten ordnungspolitischen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist unser Erfolgsmodell seit der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland. Es hat nichts an Modernität und Lebensnähe verloren. Aber Nordrhein-Westfalen, Land von Mittelstand, Industrie und Handwerk und früher der Wirtschaftsmotor Deutschlands, hat seine einstige ökonomische Spitzenstellung unter den Bundesländern längst eingebüßt.

Wir wollen wieder an die Spitze der deutschen Bundesländer.

Wir wollen und werden uns nicht mit Nullwachstum und einer weit überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit abfinden. Wir wollen unser Land wieder zum Wirtschaftsmotor der Bundesrepublik Deutschland machen und auf die Spitzenplätze im Bundesländervergleich zurückführen. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die für Freiheit und Wettbewerb eintritt und aus der bürokratischen und wachstumsfeindlichen Politik der rot-grünen Landesregierung hinausführt. Nur so werden die notwendige Dynamik und das wirtschaftliche Wachstum entstehen, die die materielle Grundlage für soziale Leistungen schaffen und den Staatshaushalt entlasten. Wir vertrauen auf die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen muss zudem Vorreiter der Digitalisierung in Industrie, Handwerk, Handel und im Dienstleistungssektor werden.

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wächst seit dem Amtsantritt der Regierung Kraft unterdurchschnittlich. Seit 2010 war das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen – mit Ausnahme von 2014 – stets schwächer als in Deutschland insgesamt. Lag das Wirtschaftswachstum in unserem Bundesland zwischen Anfang 2005 und Anfang 2010 noch um 13,7 Prozent über dem Bundesschnitt, wies es zwischen Anfang 2010 und Ende 2015 einen Rückstand von 39 Prozent auf. 2015 landete Nordrhein-Westfalen mit null Prozent Wachstum sogar erstmalig in seiner siebenjährigen Geschichte auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich. Die Schwächeperiode hält zudem weiter an: Auch im ersten Halbjahr 2016 lag das Wirtschaftswachstum im Bundesschnitt um knapp 10 Prozent über dem Wachstum in Nordrhein-Westfalen.

Die unterdurchschnittliche Entwicklung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft hat gravierende Folgen für den Arbeitsmarkt: Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen zwischen Juli 2010 und Ende 2016 um 10,1 Prozent gesunken – in den übrigen Bundesländern ging sie jedoch um ganze 21,3 Prozent zurück. Bei einer Entwicklung der Arbeitslosenzahlen nur im Durchschnitt der übrigen Bundesländer wären heute knapp 87.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen weniger arbeitslos.

Besonders problematisch ist die konstant hohe Langzeitarbeitslosigkeit, die in Nordrhein-Westfalen ebenfalls um ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt liegt. Der Zugang von Langzeitarbeitslosen zum Arbeitsmarkt ist unbefriedigend und muss dringend verbessert werden.

- ▶▶ Die CDU-Regierung wird die Langzeitarbeitslosigkeit durch aktive Arbeitsmarktpolitik bekämpfen. Dadurch sollen Menschen in Arbeit gebracht und für Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt qualifiziert werden sowie soziale Brennpunkte vermieden und das Lebensumfeld verbessert werden.

Wir wollen unsere Wirtschaftskraft neu entfesseln.

Wirtschaftswachstum ist nicht nur eine Zahl. Ein gesundes Wirtschaftswachstum bringt Menschen in Arbeit und entlastet den Landeshaushalt. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Unternehmer aus dem In- und Ausland Nordrhein-Westfalen als einen der attraktivsten Standorte für Investitionen in Deutschland und in Europa wahrnehmen. Nordrhein-Westfalen braucht eine Investitions- und Entlastungsoffensive, die den Standort Nordrhein-Westfalen für etablierte kleine, mittlere und große Unternehmen wieder attraktiver gestaltet:

- ▶▶ Wir wollen eine umfassende Entbürokratisierung einleiten. Wir entlasten die staatliche Verwaltung und wirken einem zusätzlichen Personalaufbau und neuen finanziellen Belastungen des Landes entgegen. In einem ersten Schritt werden wir unnötige bürokratische Regelungen wie das Tariftreue- und Vergabegesetz abschaffen.
- ▶▶ Wir wollen zudem mit Hilfe digitaler Anwendungen unvermeidbare Bürokratie anwenderfreundlich gestalten und so die Lasten für den Mittelstand reduzieren.
- ▶▶ Nirgendwo in Deutschland ist die kommunale Abgabenlast für Unternehmen durch die Grund- und Gewerbesteuer so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen eine grundlegende Reform der Kommunal Finanzen, um aus der Steuererhöhungsspirale für den Mittelstand und die Bürger herauszukommen.
- ▶▶ Seit 2010 hat Nordrhein-Westfalen knapp 3.800 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren. Wir wollen wieder eine Flächenpolitik machen, die wirtschaftliches Wachstum fördert. Dazu werden wir unnötige Restriktionen für die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen aus dem Landesentwicklungsplan und dem Landesnaturschutzgesetz entfernen und den Kommunen Entscheidungskompetenz zurückgeben. Für die vier im Landesentwicklungsplan ausgewiesenen Großflächen zur Ansiedlung von Industrie und Gewerbe muss so schnell wie möglich rechtssicheres Baurecht geschaffen werden.
- ▶▶ Wir werden wieder eine konsequente Bodenvorratspolitik einführen. Das Flächenpotential industrieller Altflächen darf nicht mehr dem aktuellen und zukünftigen Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen zugerechnet werden.

- ▶▶ Wir tragen Sorge dafür, dass es gerade für Familien- und Traditionsunternehmen erleichtert wird, in ihrer direkten Umgebung zu expandieren.
- ▶▶ Darüber hinaus wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass bei der Neuansiedlung gewerblicher oder industrieller Unternehmen auf bisher entsprechend genutzten Flächen diese immissionsschutzrechtlich der Vornutzung gleichgestellt werden.
- ▶▶ Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Begriff ‚Urbanes Bauen‘ in die Baunutzungsverordnung des Bundes eingeführt wird.
- ▶▶ Wir werden Genehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen. Das gilt sowohl für wichtige Infrastrukturprojekte als auch für die Genehmigung von Firmensiedlungen und -erweiterungen. Dazu werden wir Verbandsklage- und Beteiligungsrechte, die nicht zwingend durch EU- oder Bundesrecht vorgeschrieben sind, abschaffen.
- ▶▶ Gleichzeitig setzen wir uns für einen Ausbau der Planungs- und Genehmigungskapazitäten in Nordrhein-Westfalen ein. Sind Genehmigungsverfahren in anderen Bundesländern schneller, streben wir eine Übernahme der besten bundesweiten Regelung in unsere Landesgesetze an.
- ▶▶ Wir werden Existenzgründungen und das Entstehen erfolgreicher Start-Ups fördern. Wir setzen auf den Auf- und Ausbau von digitalen Clustern im Umfeld von Hochschulstandorten und die gezielte Vernetzung von Start-Up-Standorten, Inkubatoren, Großindustrie und mittelständischen Unternehmen.
- ▶▶ Wir wollen die Quote privatwirtschaftlicher Forschung und Entwicklung steigern.
- ▶▶ Dazu werden wir das Hochschulgesetz novellieren, um die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft zu intensivieren.
- ▶▶ Wir setzen uns auf Bundesebene für die Schaffung einer steuerlichen Forschungsförderung ein.
- ▶▶ Wir wollen das Wasserentnahmeentgelt schrittweise wieder abschmelzen.
- ▶▶ Wir werden das bestehende Mittelstandsgesetz zu einem Mittelstandsförderungsgesetz weiter entwickeln und mit Leben füllen. Dazu werden wir Clearingverfahren auch auf Gesetzesinitiativen des Landtages ausweiten und eine Berichtspflicht der Landesregierung zur Umsetzung von Empfehlungen der Clearingstelle Mittelstand einführen. Wir werden die Clearingverfahren nicht mehr in das Ermessen des jeweiligen Ressorts stellen und prüfen, wie die Mittelstandsförderung über das Mittelstandsgesetz ausgebaut werden kann.
- ▶▶ Wir bekennen uns klar zur Selbstverwaltung der Wirtschaft. Wir wollen das Kammersystem im Handwerk, den Freien Berufen, in Industrie und Handel stärken. Gemeinsam mit den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft wollen wir prüfen, ob weitere hoheitliche Tätigkeiten auf die Kammern übertragen werden können.

Nordrhein-Westfalen wird mit uns wieder Industrieland Nr. 1

Unser Land zeichnen vor allem die langen Wertschöpfungsketten aus, beginnend bei den energieintensiven Branchen der Stahl-, Aluminium- und Glasindustrie sowie der Grundstoffchemie bis hin zur High-Tech-Produktion beispielsweise unserer Automobilzulieferer, unserer Elektroindustrie und unserer Anlagen- und Maschinenbauer. Im Gegensatz zum europäischen Ausland ist die nordrhein-westfälische Industrie vor allem durch kleine und mittelständische (Familien-)Unternehmen geprägt, die oftmals als „Hidden Champions“ mit ihren hochspezialisierten und innovativen Produkten führend auf dem Weltmarkt sind.

Leider hat die nordrhein-westfälische Industrie in den vergangenen 7 Jahren unter Rot-Grün an Boden verloren. Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung der industriellen Produktion an Rhein und Ruhr. So schrumpfte die Industrie-Produktion in Nordrhein-Westfalen 2015 um 2,1 Prozent, während sie im Bundesschnitt um 1,7 Prozent wuchs. 2015 lag die Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen immer noch 4 Prozent unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2008.

- ▶▶ Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Nordrhein-Westfalen wieder zur industriellen Herzkammer, zum Industrieland Nr. 1 in Deutschland wird.
- ▶▶ Wir lehnen Alleingänge unseres Landes beim Klimaschutz ab. Aufgrund des bestehenden europäischen Emissionshandels führen diese lediglich zum Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen, ohne dass dem Klimaschutz geholfen wird. Wir werden aus diesem Grund das überflüssige Landesklimaschutzgesetz und den Landesklimaschutzplan abschaffen und uns für eine interessenausgleichende Gesetzgebung einsetzen, die den Anforderungen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen gerecht wird.
- ▶▶ Wir wollen die Veröffentlichungspflicht für alle im Internet im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren wieder zurücknehmen. Dass Rot-Grün die Unternehmen in NRW dazu zwingt, die Unterlagen für neue Anlagen und Produktionsstätten zu veröffentlichen, führt zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für große und mittelständische Industrieunternehmen, da konkurrierende Unternehmen so weltweit an streng gehütetes Firmen-Know-How kommen können.
- ▶▶ Wir werden Genehmigungsverfahren straffen und beschleunigen, damit nicht immer mehr Investitionen der Industrie aufgrund überlanger Genehmigungsverfahren an NRW vorbeifließen.
- ▶▶ Wir werden die Verfügbarkeit von Industrieflächen in Nordrhein-Westfalen wieder erhöhen. Der Flächenverlust für die Industrie und die damit einhergehende Deindustrialisierung des Landes müssen gestoppt werden.

Wir sichern die Zukunft des Handwerks.

Das Handwerk ist ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Mit seinen mehr als 1,1 Millionen Beschäftigten bildet es eine große Stütze des Arbeitsmarktes unseres Landes, mit seinen knapp 80.000 Auszubildenden bietet es zahlreichen jungen Menschen ungeachtet ihrer Herkunft attraktive Karrieremöglichkeiten. Mit seinen insgesamt rund 189.000 Betrieben steht das nordrhein-westfälische Handwerk für eine mittelständische Unternehmenskultur, die unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung vorbildlich miteinander verknüpft. Damit verkörpert das Handwerk die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Nordrhein-Westfalen bedarf wieder einer konsequenten Politik für Handwerk und Mittelstand, die den Rahmen für fairen Leistungswettbewerb setzt und zugleich den Weg für selbstverantwortliches Unternehmertum, für Beschäftigung und Ausbildung auch im Kleinbetrieb frei macht. Wir setzen gemeinsam mit dem Handwerk auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung als Grundlagen einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

- ▶▶ Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission VI (Handwerk und Mittelstand) des nordrhein-westfälischen Landtags zügig und umfassend umgesetzt werden.
- ▶▶ Wir wollen die bewährte „Handwerksinitiative“ fortführen, verlässliche Beratungsstrukturen für den Technologietransfer schaffen, mittelstandsfeindliche Bürokratie abbauen und die Kooperation zwischen Handwerk und Hochschulen stärken.
- ▶▶ Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Instrumente der Gewerbeförderung verlässlich und möglichst bürokratiearm ausgestaltet werden.
- ▶▶ Wir setzen uns für einen Abbau unnötiger Bürokratie, beispielsweise durch Abschaffung der rot-grünen Hygiene-Ampel, ein.
- ▶▶ Wir wollen die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen für das Handwerk erhöhen und insbesondere dafür sorgen, dass für die Betriebe Erweiterungsmöglichkeiten am vorhandenen Standort erhalten bleiben. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass die Förderrichtlinien für Neuansiedlungen so verändert werden, dass der überörtliche Absatz (mehr als 50 Prozent außerhalb des Ansiedlungsstandortes) nicht länger gilt und damit z. B. auch Handwerksbetriebe von der Förderung profitieren können.
- ▶▶ Wir werden den deutschen Meisterbrief als einmaligen Qualitätsnachweis auf sämtlichen Ebenen gegen jede Form von Relativierung und Nivellierung entschlossen verteidigen. Wir werden uns insbesondere dagegen wenden, wenn auf europäischer Ebene wie derzeit mit dem „Dienstleistungspaket“ versucht wird, die Berufszugangsvoraussetzungen im Handwerk anzutasten und ohne Kompetenzbefugnis in nationalstaatliche Regelungen zur Berufsbildung einzugreifen. Wir werden die Wiedereinführung der Meisterpflicht für neu gegründete Unternehmen in den von der Handwerksrechtsnovellierung von 2004 betroffenen Gewerken prüfen, in denen dies verfassungs- und europarechtskonform möglich ist.

- ▶▶ Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung praktisch umgesetzt wird. Hierzu muss es zu einer Angleichung der Vorzüge für Studenten und Auszubildende kommen. Das Meister-Bafög hat sich seiner Einführung 1996 unter dem damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers bewährt. Wir wollen dieses Förderinstrument finanziell ausbauen und organisatorisch verbessern, um damit mehr individuelle Anreize für die höhere Berufsbildung zu setzen.
- ▶▶ Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass das Meister-BAföG erfolgreichen Absolventen künftig sämtliche Gebühren erstattet. Bis dahin führen wir auf Landesebene einen „Meister-Zuschuss“ für erfolgreiche Absolventen der Meisterschule und gleichwertiger Fortbildungsprüfungen ein, der über die Leistungen des Meister-BAföG oder Weiterbildungsstipendien hinaus den Restbetrag erstattet. Damit setzen wir bessere Anreize für berufliche Fortbildung, ohne in die Autonomie und den Wettbewerb der Bildungseinrichtungen einzugreifen.
- ▶▶ Wir wollen eine Bundesratsinitiative zur Beseitigung der heute vorhandenen Ungleichbehandlung zulassungspflichtiger und zulassungsfreier Handwerksbetriebe bei der Sozialversicherungspflicht starten.

Wir fördern den modernen Handel in Zeiten der Digitalisierung.

Der nordrhein-westfälische Einzelhandel erwirtschaftet im Jahr rund 100 Milliarden Euro und damit knapp ein Viertel des gesamten deutschen Einzelhandelsumsatzes. Er ist damit die drittstärkste Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen. Mit über 750.000 Beschäftigten und Auszubildenden ist der Handel darüber hinaus einer der wichtigsten Arbeitgeber und Nachwuchsförderer des Landes. Nordrhein-Westfalen ist als Standort großer Handelsketten und Logistikunternehmen in besonderer Weise von der Digitalisierung des Handels betroffen. Der digitale Wandel setzt unsere Handelsstrukturen unter Druck, bietet aber auch neue Chancen für die Betriebe. Wir werden diese Entwicklung mit Landesgesetzen nicht aufhalten, aber wir wollen den Rahmen schaffen, damit sich der Einzelhandel und mit ihm unsere Innenstädte erfolgreich weiterentwickeln können.

- ▶▶ Die Attraktivität des Einzelhandels vor Ort hängt zunehmend davon ab, dass ein möglichst barrierefreier Wechsel zwischen den Vertriebskanälen in den Ladenlokalen ermöglicht wird. Darüber hinaus bieten digitale Anwendungen für den stationären Handel die Möglichkeit, die Kundenansprache zu verbessern und die Lagerhaltung zu optimieren.
- ▶▶ Voraussetzung für die Digitalisierung des stationären Handels ist der Aufbau einer entsprechenden digitalen Infrastruktur. Wir setzen uns daher für den flächendeckenden Breitbandausbau von gigabitfähigen Netzen sowie für freie WLAN-Netze in den Innenstädten ein.

- ▶▶ Wir setzen uns für eine Verbesserung der Attraktivität unserer Innenstädte ein. Dazu wollen wir u.a. die Qualität des ÖPNV verbessern, den Leerstand in den Innenstädten effektiv bekämpfen und alte Ortskerne sanieren.
- ▶▶ Wir wollen das Ladenöffnungsgesetz novellieren. Insbesondere brauchen wir wieder eine rechtssichere gesetzliche Lösung für vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr, ohne die Sonntagsruhe zu sehr zu stören. Die Forderung, die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage anzuheben oder den Verkauf ganz frei zu geben, lehnen wir ab. Der Sonntag darf nicht allein ökonomischen Interessen geopfert werden.

Wir stehen an der Seite der Freien Berufe.

Die Freien Berufe sind Dienstleister im öffentlichen Interesse. In Nordrhein-Westfalen gibt es 274.000 selbstständige Freiberufler. Insgesamt beschäftigen sie in ihren Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen etwa 730.000 Erwerbstätige. Insgesamt sind knapp 1 Million Menschen in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Freien Berufe tätig. Gerade für den ländlichen Raum sind sie ein unverzichtbarer Teil der Infrastruktur. Sie tragen zur Entwicklung und Sicherung unseres Gemeinwesens bei und versorgen die Bevölkerung mit notwendigen und hochwertigen Dienstleistungen. Wir wollen die Freien Berufe in unserem Land weiter stärken.

- ▶▶ Wir setzen uns für eine Stärkung des Selbstverwaltungsprinzips sowie die Beibehaltung des Fremdkapitalverbots und der Kosten- und Gebührenordnungen ein.
- ▶▶ Wir setzen uns für die Schaffung eines interdisziplinären Instituts zur Erforschung der Freien Berufe ein und wollen dieses entsprechend der jährlichen landesseitigen Förderung des Deutschen Handwerksinstituts finanziell ausstatten.
- ▶▶ Wir wollen ein eigenes Referat „Freie Berufe“ im Wirtschaftsministerium einrichten.

Wir fördern den Tourismus im Land

Der Tourismus in NRW ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Branche erzielt eine jährliche Bruttowertschöpfung von über 25 Mrd. Euro. Gut 570.000 Erwerbstätige hängen direkt oder indirekt vom Tourismus in Nordrhein-Westfalen ab. Mit 48,7 Mio. Übernachtungen im Jahr ist Nordrhein-Westfalen nach Bayern und Baden-Württemberg eines der beliebtesten Reiseziele in Deutschland.

- ▶▶ Wir werden die Branche von unnötiger Bürokratie befreien und finanzielle Belastungen wie die Bettensteuer rückgängig machen.

Wir werden die Gesundheitswirtschaft gebührend berücksichtigen.

In Nordrhein-Westfalen tragen viele engagierte Akteure nicht nur zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung bei, sondern sie machen das Gesundheitswesen gleichermaßen zu einem wesentlichen Beschäftigungs- und Wirtschaftsfaktor. Mehr als eine Million Menschen sind in unserem Land aktuell in der Gesundheitswirtschaft tätig. Die Gesundheitswirtschaft ist somit eine der bedeutendsten Branchen in Nordrhein-Westfalen und zeichnet sich zusätzlich durch sichere Arbeitsplätze sowie ihre hohe Wachstums- und Innovationskraft aus.

- ▶▶ Wir werden die Gesundheitswirtschaft im Strukturwandel zum Aushängeschild für Nordrhein-Westfalen machen und unser Bundesland in diesem Bereich an die europäische Spitze bringen.

Wir sichern die Fachkräftebasis von morgen.

Der Nachwuchs im Mittelstand und Handwerk bestimmt die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Doch auch bei den Ausbildungsplätzen bildet unser Land das Schlusslicht.

Das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung ist aus der Balance geraten. Die duale Berufsausbildung gilt zwar als Garant unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, gerät jedoch durch den ungebremsten Trend zu Studium und Abitur zunehmend unter Druck.

- ▶▶ Wir wollen Schüler durch entsprechende Werbekampagnen des Landes wieder von einer Berufsausbildung begeistern, damit wir heute schon dem Fachkräftemangel von morgen entgegenwirken können. Wir fördern das Interesse der Schülerinnen und Schüler an technisch-praktischen Berufe und die Betonung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

Wir stellen auch bei Arbeit 4.0 den Menschen in den Mittelpunkt.

Nicht nur beim Wirtschaftswachstum, auch bei den Investitionen fällt unser Bundesland immer weiter zurück. So ist die Investitionsquote des verarbeitenden Gewerbes nur in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern noch geringer als in Nordrhein-Westfalen. Deshalb konnten die Menschen in Nordrhein-Westfalen von der guten Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland nur in Ansätzen profitieren. Die Armutsrisikoquote ist in Nordrhein-Westfalen seit 2010 sogar von 14,7 Prozent auf 16,2 Prozent gestiegen und liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Dies liegt nicht zuletzt an der in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten überdurchschnittlich hohen Langzeitarbeitslosigkeit. Mit diesem Zustand können und wollen wir uns nicht abfinden.

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht vor diesem Hintergrund für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die auch unter den Bedingungen einer zunehmenden Digitalisierung auf eine frühzeitige und passgenaue Aktivierung Arbeitsloser und deren schnellstmögliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist. Arbeit ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, bietet Einkommen und Wohlstand. Damit schafft Arbeit nicht nur Sicherheit und Unabhängigkeit, sondern auch die Grundlage für eine freie Lebensplanung und -gestaltung, sowie die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme.

Unser Ziel ist die Verwirklichung von Vollbeschäftigung in unserem Land. Dabei nehmen wir alle Bevölkerungsgruppen in den Blick: Männer und Frauen, Junge und Ältere, gut und gering qualifizierte Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Wir wissen darum, dass jeder Mensch Fähigkeiten besitzt, nach Anerkennung strebt und teilhaben will. Vor diesem Hintergrund treten wir dafür ein, dass jeder Mensch Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommt. Und auch mit Blick auf die anstehenden demografischen Herausforderungen darf niemand von Arbeit ausgegrenzt werden.

- ▶ Dieses Ziel zu erreichen, ist vorrangig die gemeinsame Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, denn sie tragen mit ihrer Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit gleichermaßen zum Erfolg ihrer Unternehmen und unserer Volkswirtschaft sowie zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei. Wir werden die Tarifpartner an ihre diesbezügliche hohe Verantwortung erinnern und bei der Entwicklung von Beschäftigungsmodellen, die insbesondere Langzeitarbeitslosen zugutekommen, nachhaltig unterstützen. Der Staat kann jedoch nicht selbst auf Dauer als Akteur im Bereich des Arbeitsmarktes auftreten. Deshalb werden wir staatliche Förderprogramme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit kritisch überprüfen und ausschließlich unter den Kriterien der Effizienz, Wirksamkeit und Finanzierbarkeit weiterführen bzw. neu konzipieren.

Wir sehen neue Möglichkeiten durch flexibles Arbeiten als Chance.

Es ist uns bewusst, dass wir diesen Anspruch vor dem Hintergrund und den Herausforderungen einer neuen industriellen Revolution, des demografischen Wandels und eines globalisierten Wettbewerbs erheben. Aber gerade deshalb wollen wir die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt in unserem Land gestaltend in den Blick nehmen, politisch mit der gebotenen Flexibilität begleiten und entscheiden, wo Handlungs- und Regelungsbedarf besteht.

Unser Anspruch ist es, die Digitalisierung in den Dienst der Menschen zu stellen, und nicht umgekehrt. Wie jede technische Umwälzung verunsichert auch die Digitalisierung viele Menschen. Sorgen über Jobverlust und Überforderung am Arbeitsplatz nehmen zu. Deshalb werden wir dem technischen Wandel weder blind folgen, noch wollen wir ihn verhindern. Statt nur abzuwarten und zu reagieren, wollen wir ihn von Anfang an aktiv mitgestalten – mit Maß und Mitte.

- ▶▶ Wir wollen, dass die Menschen die Digitalisierung der Arbeitswelt als Chance erfahren. Um das zu erreichen, müssen die Bildungs- und Sozialsysteme auf die Digitalisierung zugeschnitten und der Arbeitsmarkt modernisiert werden.
- ▶▶ Bildung und Qualifizierung sind die zentralen Voraussetzungen dafür, dass die Menschen den digitalen Wandel als Chance begreifen. Deswegen werden wir Berufsschulen mit Blick auf ihre digitalen Möglichkeiten besser ausstatten und die Weiterbildung der Beschäftigten durch den Nordrhein-Westfalen Bildungsscheck unterstützen.
- ▶▶ Wir sind sicher, dass es in Zukunft mehr Arbeit geben wird, die nicht mehr an einen festen Ort und an feste Arbeitszeiten gebunden ist. Daraus ergeben sich für Arbeitnehmer Chancen, auf ein stärker selbstbestimmtes und an Lebensphasen orientiertes Arbeiten, in dem sich auch Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen. Das daraus erwachsene neue Handlungsfeld, sich die digitale Arbeitswelt für Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen zu Nutze zu machen, wollen wir gemeinsam mit Betrieben und Sozialpartnern angehen.
- ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, dass den Wünschen der Beschäftigten nach mehr Arbeitszeit-souveränität und den Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber Rechnung getragen wird und vorhandene Hürden abgebaut werden.
- ▶▶ Wir wollen passgenaue Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitregelungen, die den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Betriebe und ihrer Beschäftigten, insbesondere im Hinblick auf ihren Gesundheitsschutz entsprechen. Dabei haben für uns Lösungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene Vorrang vor gesetzlichen Regelungen.

Wir stehen für die Sicherung und den Ausbau von sozialer und ökonomischer Teilhabe.

Seit dem ersten CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold steht Nordrhein-Westfalen für soziale Partnerschaft und Mitbestimmung. Die Arbeitnehmer haben das Recht, in persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten in ihrem Betrieb mitzubestimmen. Darauf sind wir stolz.

- ▶▶ Wir vertrauen den Sozialpartnern und sind bestrebt, deren Verantwortung gerade in Zeiten des Wandels zu festigen. Deshalb werden wir in Nordrhein-Westfalen die Tarifautonomie und Tarifbindung stärken und die gesetzliche Regelung einer tariftreuen Auftragsvergabe auf diese Aspekte beschränken. Wir begrüßen es ausdrücklich, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitglied von Gewerkschaften und Arbeitgeber Mitglied von Arbeitgeberverbänden sind.

Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt für betriebliche Gesundheitsförderung und Rehabilitation ein. Wir wollen, dass die Menschen gesund und motiviert arbeiten können. Deshalb sind Gesundheitsschutz und Prävention wesentliche Pfeiler einer guten Arbeit. Die Gestaltung gesundheitsgerechter Arbeitsbedingungen fällt besonders den kleineren Unternehmen oft schwer.

- ▶▶ Deshalb werden wir einen Teil der dem Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehenden ESF-Mittel gezielt für den betrieblichen Gesundheitsschutz in kleinen und mittleren Unternehmen einsetzen.

Für die CDU ist die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt ein vorrangiges Ziel und unbedingtes Element einer umfassenden Inklusionspolitik. Auf ihr Wissen und ihre Fertigkeiten können und wollen wir nicht verzichten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Förderung von Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt fortgesetzt wird.

- ▶▶ Wir wollen ausdrücklich bewährte Strukturen erhalten. Deshalb sollen Werkstätten für behinderte Menschen als Anbieter von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in unserem Land weiterhin ihren festen Platz haben.
- ▶▶ Wir werden die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung garantieren und die Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben stärken. Dieses gilt auch für die personelle Ausstattung. Dafür ist eine barrierefreie Umgebung eine zentrale Voraussetzung.

Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben auch in Nordrhein-Westfalen wird die soziale Absicherung von Frauen sein. Neben der Höherbewertung der ganz überwiegend von Frauen geleisteten Familienarbeit bei der Berechnung der Altersbezüge und einer Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf gehören die noch immer zu beklagenden Unterschiede in der Entlohnung von Frauen bei gleicher Ausbildung und gleichwertiger Tätigkeit abgebaut. Teilzeitarbeit muss darüber hinaus besser bewertet werden und darf keinen Karriereknick nach sich ziehen.

2. Infrastruktur, Verkehr, Bauen und Wohnen

Nordrhein-Westfalen ist das Drehkreuz im Herzen Europas. Wichtige europäische Handelswege und Verkehrsachsen begegnen sich bei uns. Nur durch eine leistungsfähige Infrastruktur können wir von unserer guten Lage nachhaltig profitieren. Doch leider wird unsere Infrastruktur den wachsenden Bedürfnissen schon lange nicht mehr gerecht. Der Zustand unserer Straßen, Brücken und Schienen ist schlecht. Nordrhein-Westfalen ist das Stauland Nr. 1 unter den deutschen Ländern. Die volkswirtschaftlichen Schäden sind enorm.

Wir werden die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zu einem Schwerpunkt der Landespolitik machen. Denn eine gute Infrastruktur ist für den Standort Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung. Wir stehen für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik, in der die unterschiedlichen Verkehrsträger ineinandergreifen und ein gemeinsames Infrastrukturnetz bilden.

Wir werden das Stauaufkommen nachhaltig senken.

Die rot-grüne Landesregierung hat bei Regierungsübernahme die Bedeutung der Verkehrsadern für die Wirtschaft, insbesondere für die Logistik und das produzierende Gewerbe, völlig unterschätzt. Der Planungs- und Bauhochlauf, den die CDU-geführte Vorgängerregierung bei Bundesfernstraßen in ihrer Amtszeit erzielt hatte, wurde abrupt gestoppt. Die Planungen wurden massiv zurückgefahren. So konnten Bundesmittel im dreistelligen Millionenbereich nicht abgerufen werden. Sie flossen in andere Bundesländer wie z. B. Bayern. Im Jahr 2015 bekam Nordrhein-Westfalen aus dem Sonderprogramm des Bundes zur Brückenmodernisierung noch nicht einmal halb so viele Mittel wie Hessen. Die Folge sind unzählige Staus auf unseren Straßen, die alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen belasten. Seit dem Jahr 2012 haben sich die Staukilometer in Nordrhein-Westfalen mehr als verdoppelt. Hauptursachen für das enorme Stauaufkommen sind marode Straßen, sanierungsbedürftige Brücken, fehlende Lückenschlüsse und ein unzureichendes Baustellenmanagement.

- ▶▶ Wir wollen einen Vorrat an durchgeplanten Bauvorhaben anlegen, um zu jeder Zeit sämtliche zur Verfügung stehenden Bundesfernstraßenmittel abrufen zu können. Unser Ziel ist dabei die Schaffung eines Planungsvorrats mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro.
- ▶▶ Wir werden eine Prioritätenliste für Straßenbaustellen vorlegen, damit Straßenschäden und Brücken fachgerecht und schnellstmöglich saniert werden können. Dadurch wird die Staubelastung deutlich reduziert.

Wir werden das Baustellen-Management verbessern.

Unabgestimmte Planungen und Missmanagement sind seit Jahren kennzeichnend für das Baustellenmanagement in Nordrhein-Westfalen. Sperrungen und Teilsperren dauern um Monate länger als angekündigt.

- ▶▶ Wir werden ein professionelles Baustellenmanagement für Autobahnen mit dem Ziel einführen, Bauzeiten drastisch zu verkürzen und die Belastung für alle Verkehrsteilnehmer zu reduzieren.
- ▶▶ Dazu gehört der Einsatz moderner, digitaler Technologien zur Stauererkennung und Verhinderung unnötiger Störstellen und Engpässe im Autobahnssystem.
- ▶▶ Wir sind der Überzeugung, dass Bauzeitverkürzungen nicht ausschließlich durch Vollsperrungen erreicht werden können. Alle Verkehrsträger wie ÖPNV und Schienenverkehr müssen in die Planung einbezogen werden, um Ausweichmöglichkeiten für Pendler und Reisende zu gewährleisten.

Wir werden den Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen verbessern.

Im Bereich der Bundesfernstraßen existieren in Nordrhein-Westfalen nach wie vor große Defizite, insbesondere bei Lückenschlüssen und dem Ausbau von sogenannten Nadelöhren. Der Bund hat dies erkannt und entsprechend gehandelt. Der neue Bundesverkehrswegeplan der CDU-geführten Bundesregierung macht nach dem „Aufbau Ost“ den Weg frei für die „Sanierung West“. Der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Straßenmitteln hat sich um über 20 Prozent erhöht. So bekommt unser Bundesland mit rund 13,8 Milliarden Euro den größten Anteil der Bundesmittel. Die Landespolitik ist nun am Zug und muss unverzüglich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bundesmittel auch zeitnah und vollständig verbaut werden.

- ▶▶ Wir werden einen Masterplan zum Bundesverkehrswegeplan 2030 entwickeln und dabei die zeitliche Priorisierung der Projekte und ihrer Umsetzung vornehmen.
- ▶▶ Um eine vernünftige Planungsgrundlage für die Bundes- und Landesstraßen zu erstellen, werden zwingend mehr Planungsingenieure benötigt. Ohne einen personellen Zuwachs in diesem Bereich werden nicht alle Bundesmittel abgerufen und verbaut werden können. Daher wollen wir mit einem Sonderprogramm neue Straßenbauingenieure gewinnen und zeitlich befristet hochqualifizierte Planungsingenieure aus dem Ruhestand aktivieren.
- ▶▶ Wir stehen den Möglichkeiten von öffentlich-privaten Partnerschaften beim Bundesfernstraßenbau positiv gegenüber, um den bestehenden Investitions- und Sanierungstau bei der Infrastruktur abzubauen. Diese bedürfen jedoch klarer Regelungen und haben den Geboten größtmöglicher Transparenz und, soweit möglich, der Mittelstandsfreundlichkeit zu entsprechen.
- ▶▶ Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, den Ausbau von LKW-Rastplätzen voran zu treiben.

Wir werden mehr Mittel für den Landesstraßenneubau zur Verfügung stellen.

Der Paradigmenwechsel, mehr in den Erhalt als in den Neubau von Landesstraßen zu investieren, war nötig und wurde bereits 2008 unter der damaligen CDU-geführten Landesregierung vorgenommen. Deshalb darf der Neubau von Landesstraßen aber nicht völlig vernachlässigt werden. Der Landesstraßenneubau ist mit zuletzt 32 Millionen Euro im Jahr vollkommen unterfinanziert. So können wichtige Ortsumgehungen nicht gebaut werden. Der Lkw-Verkehr staut sich weiterhin in Ortschaften. Dadurch entstehen sowohl Lärm- und Feinstaubbelastungen für die Anwohner als auch wirtschaftliche Schäden für kleinere Unternehmen und Handwerksbetriebe, deren Mitarbeiter im Stau stehen.

- ▶▶ Wir wollen durch eine Umschichtung im Haushalt von rein konsumtiven Titeln hin zu investiven Ausgaben dafür sorgen, dass mehr Mittel für den Landesstraßenbau bereitgestellt werden können.

- ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass die vom Land bereitgestellten Investitionsmittel konsequent verausgabt und überjährig zur Verfügung gestellt werden.
- ▶▶ Wir wollen die Streichliste der rot-grünen Landesregierung aus dem Jahr 2011 für Landesstraßen aufheben und alle auf Rot gestellten Landesstraßenprojekte umgehend prüfen. Die Priorisierung erfolgte willkürlich, bis heute hat die rot-grüne Landesregierung keine Begründung für die Einteilung geliefert.

Wir werden den Verfall unserer Brücken stoppen.

Zwei Drittel der 10.000 Straßenbrücken in Nordrhein-Westfalen mussten oder müssen noch auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft werden, denn viele Brücken sind marode. Allein 400 Brücken müssen in den kommenden 10 Jahren ersetzt werden. Unternehmen, die schwere Maschinen herstellen, lassen diese mittlerweile im grenznahen Ausland fertigmontieren, da Schwertransporte an die Nordsee-Häfen durch Nordrhein-Westfalen nicht mehr in jedem Fall möglich sind. Das muss sich ändern.

- ▶▶ Wir wollen eine zweigleisige Brückenstrategie verfolgen: Dort, wo es machbar ist, wollen wir mit neuestem technischem Know-How sanieren. Dort, wo es unumgänglich ist, muss die Brücke durch einen Neubau ersetzt werden.
- ▶▶ Dabei gehören nicht nur die maroden Brücken auf den Prüfstand, sondern auch die Genehmigungsverfahren, denn diese dauern deutlich zu lang. Dies geht auf Kosten der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Wir wollen uns in Berlin dafür einsetzen, dass zum Bau oder zur Renovierung zentraler Infrastrukturvorhaben in Nordrhein-Westfalen schnellere Genehmigungsverfahren beschlossen werden.
- ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, dass Genehmigungen von Ausweichstrecken für Schwerlasttransporte über einen längeren Zeitraum gültig bleiben.

Nordrhein-Westfalen braucht leistungs- und zukunftsfähige Flughäfen.

Die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen sind wichtige Drehkreuze des Flugverkehrs und bedeutende Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktoren. Es gilt, ihre Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit dauerhaft zu erhalten. Doch das letzte Luftverkehrskonzept Nordrhein-Westfalen ist bereits im Jahr 2010 ausgelaufen. Es stammt aus dem Jahr 2000 und basiert auf einer Datenlage aus den 1990er Jahren. Dabei hat sich in der Zwischenzeit der Luftverkehr in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen rasant verändert. Die rot-grüne Landesregierung hat auf Grundlage dieses völlig veralteten Konzepts die Einteilung von Flughäfen im neuen Landesentwicklungsplan vorgenommen. Dies ist unseriös.

- ▶▶ Wir wollen mit der zügigen Fortschreibung des Luftverkehrskonzeptes für eine verlässliche Datenlage für alle Flughäfen des Landes sorgen. Damit soll ein fairer Ausgleich der

wirtschaftlichen Interessen von Flughäfen, Fluglinien und Fluggästen und den berechtigten Anliegen der Anwohner geschaffen werden.

- ▶▶ Wir wollen bei den Flughafenbetreibern dafür sorgen, dass diese ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Lärmschutzes intensivieren. Wir wollen gemeinsam mit Anwohnern, Fluggesellschaften, Flughafenbetreibern und Fluglärmkommissionen Regeln vereinbaren, um Fluglärm in der Nacht weiter zu reduzieren. Dazu zählen eine Gebührenspreizung als Anreiz für den Einsatz von leiserer Flugtechnik und für die Durchführung von Flugbewegungen außerhalb der Kernnacht, Fluganpassungen zur Verringerung von Passagiernachtflügen, die Festlegung lärmschonender Flugrouten und Flugverfahren sowie die Anwendung passiver Schallschutzmaßnahmen.

Wir erhöhen die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt und auf dem Land.

Unser Anspruch ist, Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen. Dazu ist ein starker und zukunftsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ein zentrales Instrument. Der urbane Raum, ländliche Regionen und städtische Randlagen müssen zeitgemäß durch Bus und Bahn erschlossen werden. Leider ist Nordrhein-Westfalen davon noch ein ganzes Stück entfernt.

Förderprogramme für den Öffentlichen Personennahverkehr bezogen sich in der Vergangenheit im Wesentlichen auf Gleisanlagen und Bahnhöfe der Deutschen Bahn. Völlig außer Acht gelassen wurden in den letzten Jahren dagegen die Anlagen und Fahrzeuge der kommunalen U-Bahnen, Straßenbahnen und Stadtbahnen. Dabei belegen Studien bereits seit langem erhebliche Instandhaltungsrückstände. Der ÖPNV hat in den vergangenen Jahren unter der rot-grünen Landesregierung erheblich an Attraktivität verloren. Dadurch wird das dringend erwünschte Umsteigen vom PKW auf Busse und Bahnen vor allem in den Großstädten und Ballungsräumen massiv behindert.

- ▶▶ Wir wollen die Sanierung und einen bedarfsgerechten Ausbau im kommunalen schienegebundenen Nahverkehrsnetz sowie eine schrittweise Modernisierung und Aufstockung des Fahrzeugparks ermöglichen.
- ▶▶ Durch eine Investitionsoffensive wollen wir die Attraktivität und Barrierefreiheit des ÖPNV landesweit verbessern sowie den Anteil von Elektrobussen deutlich erhöhen.
- ▶▶ Wir wollen die bestehenden ÖPNV-Netze mittelfristig auch in städtischen Randlagen stärken, um den angespannten innerstädtischen Wohnungsmarkt zu entlasten und die Situation auf den ländlichen wie städtischen Arbeitsmärkten zu verbessern.
- ▶▶ Wir setzen uns in Abstimmung mit den Nahverkehrsverbänden und den Arbeitgebern für die Einführung eines mit den Semestertickets der Studierenden vergleichbaren „Azubi-Tickets“ ein.

- ▶▶ Mithilfe der anwachsenden Regionalisierungsmittel des Bundes wollen wir den ÖPNV gemeinsam mit den Aufgabenträgern durch Express-S-Bahnen mit nur wenigen Haltepunkten ergänzen und Schnellbussen in Landstrichen ohne Schienenstrecke absichern, um die Attraktivität des ÖPNV für Berufspendler zu erhöhen und Regionen mit stark steigenden Mieten und Wohnungsmangel mit Regionen mit einem weniger angespannten Wohnungsmarkt zu verbinden.
- ▶▶ In kleinen Ortschaften wollen wir „Mobilstationen“ einrichten, an denen Haltestellen mit weiteren Versorgungsfunktionen wie Postagenturen, Bankautomaten, Tankstellen, Kiosken oder Bäckereien angesiedelt werden, um die Dorfkerne zu beleben und die Nahversorgung zu verbessern.
- ▶▶ Wir werden die längst überfällige Anhebung der Vereinspauschale endlich vornehmen, um das von über 100 ehrenamtlichen Bürgerbusvereinen in ländlichen Regionen organisierte attraktive Mobilitätsangebot auch weiterhin wirksam zu unterstützen.

Stärkung der Fahrradinfrastruktur

Zur Verkehrspolitik in Stadt und Land gehört auch die Einbeziehung von Fahrrad, E-Bike und Pedelec. Hierzu bedarf es eines engmaschigen Radwegenetzes einschließlich der erforderlichen Ladestationen im gesamten Land.

- ▶▶ Wir wollen die Lücken im konventionellen Radwegenetz und den Sanierungsbedarf systematisch erfassen und eine realistische Finanzplanung vorlegen.
- ▶▶ Um Pendlern in Ballungsräumen eine echte Alternative zu Auto und ÖPNV anzubieten und bestehende Verkehrsadern auf Straße und Schiene zu entlasten, ist die Infrastruktur für Radverkehr auf Radschnellwegen auszubauen sowie die Übernahme der Betriebskosten von Radschnellwegen durch das Land dauerhaft sicherzustellen. Des Weiteren unterstützen wir den Ausbau von Bürgerradwegen.

Wir stärken den Verkehrsträger Schiene.

In keinem anderen Bundesland ist das Schienennetz so dicht ausgebaut wie in Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo sonst nutzen mehr Menschen täglich die Bahn, um zur Arbeit zu gelangen wie in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr. Das wichtigste NRW-Projekt im Schienenpersonennahverkehr ist der Rhein-Ruhr-Express (RRX). Er ist mit 2,5 Milliarden Euro im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 eingestellt. Auch für unsere Industrie ist das Schienennetz ein wichtiger Transportweg zur Beschaffung von Rohstoffen und zum Absatz von Gütern.

- ▶▶ Wir setzen uns für die schnelle Realisierung des RRX gemeinsam mit dem Bund und der Deutschen Bahn ein.
- ▶▶ Auch der begonnene Ausbau der Betuwe-Linie muss mit Hochdruck weitergehen.

- ▶▶ Wir werden beim Bund darauf drängen, dass auch diesen Schienenprojekten im verkehrsreichsten Bundesland oberste Priorität zukommt:
 - dem dringend benötigten zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Münster-Lünen,
 - dem zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Kaldenkirchen-Dülken,
 - der Verbindung Ruhrgebiet-Rheinland mit den Metropolen Brüssel, Paris, London, um den Engpass im europäischen Schienenverkehr zu beheben.
- ▶▶ Wir werden beim Neu- und Ausbau von Bahnstrecken auf eine deutlich erhöhte Qualität von Lärmschutzmaßnahmen Wert legen und ein besonderes Augenmerk auf den ländlichen Raum legen. Wir wollen gemeinsam mit anderen Rheinanliegerländern und dem Bund einen Masterplan „Lärmbekämpfung und Bahnübergangsbeseitigung im Rheintal“ auf den Weg bringen.

Wir werden die Potenziale unserer Wasserwege stärker nutzen.

Nordrhein-Westfalen liegt an der Schnittstelle wichtiger europäischer Wasserstraßen. Kein anderes Bundesland verfügt über ein so dichtes Netz an Flüssen und Kanälen. Unsere Wasserwege sind ein wichtiger Standortfaktor unseres Landes.

- ▶▶ Wir werden gemeinsam mit dem Bund das neue Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzept baldmöglichst umsetzen. Das bedeutet konkret, die Sanierung der Schleusenbauwerke, den Ausbau der Hafenanlagen sowie eine Anhebung der Fluss- und Kanalbrücken voranzutreiben.

Wir wollen attraktiven und bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen unseres Landes.

In Nordrhein-Westfalen, vor allem aber in einigen Großstädten und Ballungsräumen, herrscht Knappheit an Wohnraum und an Bauflächen. Speziell für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie für Familien gibt es vielerorts nicht genügend erschwinglichen Wohnraum. Dies liegt an der Mietpreisentwicklung sowie am Rückgang des Bestands an Sozialwohnungen. Die Mietpreisbremse wirkt längst nicht so wie erwünscht. Sie kann bestenfalls einen zeitlich befristeten positiven Effekt auslösen, bekämpft jedoch nicht die wirklichen Probleme. Hinzu kommt, dass die Zahl der Sozialwohnungen in Nordrhein-Westfalen seit Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung um über 50.000 zurückgegangen ist.

Der Wohnungsnot muss durch eine intelligente Setzung von Anreizen zur Schaffung neuen Wohnraums entgegen gewirkt werden. Ein zentrales Problem sind fehlende Bauflächen, zeit- und kostenintensive Genehmigungsverfahren und ein hoher bürokratischer Aufwand. Dieser Entwicklung werden wir ein Ende setzen und wieder für ausreichend preiswerten Wohnraum in Nordrhein-Westfalen sorgen.

- ▶▶ Wir wollen das Baurecht entrümpeln und die Baugenehmigungsverfahren schneller und günstiger machen.
- ▶▶ Des Weiteren werden wir gemeinsam mit der kommunalen Familie einen Masterplan zur schnelleren Bearbeitung von Bauanträgen auflegen.
- ▶▶ Wir wollen beim geförderten Mietwohnungsbau Wohnungsgrößen für Mehrkindfamilien besonders berücksichtigen. Dies gilt insbesondere bei künftigen Förderprogrammen für Quartiersentwicklungen.
- ▶▶ Wir werden die vorhandene Kubatur unter Beachtung des Brandschutzes auch bei Neubauten im verdichteten Innenstadtbereich wieder ausschöpfen.
- ▶▶ Wir werden uns für die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für den Mietwohnungsbau auf 20 bzw. 25 Jahre einsetzen.
- ▶▶ Wir werden unnötige Restriktionen für die Ausweisung von Bauland aus dem Landesentwicklungsplan entfernen.

Wir werden den Leerstand in strukturschwachen Regionen bekämpfen.

In vielen Teilen des Landes herrscht akute Wohnungsnot, in anderen dagegen Wohnungsleerstand. Beides werden wir wirksam bekämpfen.

- ▶▶ Wir wollen Kommunen einen Impuls geben und dabei unterstützen, bestehende innerstädtische Flächen für Wohnungsbau zu mobilisieren.
- ▶▶ Auch Programme zum Abbruch und zur städtebaulichen Überplanung von monotonen Siedlungsstrukturen der Wiederaufbaujahre gehören dazu.
- ▶▶ Eines unserer Ziele ist die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Sanierung alter Ortskerne. Hierfür werden wir eigene Städtebauförderungsmittel bereitstellen.

Wir wollen jungen Familien den Traum vom eigenen Heim ermöglichen.

Viele Familien träumen davon, in den eigenen vier Wänden zu leben. Die Bildung von Wohneigentum ist zudem die beste Altersvorsorge. Doch für viele Familien ist es zunehmend schwierig, Wohneigentum zu bilden. Die zweimalige Erhöhung der Grunderwerbsteuer durch Rot-Grün auf mittlerweile 6,5 Prozent hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

- ▶▶ Wir wollen die Grunderwerbsteuererhöhung zurücknehmen. Dies wollen wir erreichen, indem wir Familien durch die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer entlasten.
- ▶▶ Darüber hinaus setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene für die Einführung eines Baukindergeldes ein.

- ▶▶ Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, die Baukosten zu senken. Dazu werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Energieeinsparverordnung für drei Jahre ausgesetzt wird und ihre Vorgaben über eine Bundesratsinitiative überprüft werden.

Wir werden das digitale Planen und Bauen voranbringen.

Die Planungs- und Kostensicherheit bei Bauprojekten laufen in Nordrhein-Westfalen unter der rot-grünen Landesregierung vielfach aus dem Ruder. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass Bauprojekte nicht nach einem heute möglichen Stand der Technik geplant und errichtet werden. Der Einsatz von Digitalem Planen und Bauen (Building Information Modeling, BIM) unter umfassender Beteiligung von Experten aus Verwaltung und Wirtschaft sowie der Universitäten und Hochschulen würde nicht nur zu einer wahrnehmbaren Verbesserung führen, sondern auch einen Qualitätssprung für die Planung, den Bau und die Einhaltung der Kostenvorgaben ermöglichen.

- ▶▶ Wir werden das Baugenehmigungsverfahren auf ein einheitliches, digitales System nach dem Vorbild anderer Bundesländer umstellen.

3. Digitalisierung verantwortlich gestalten und ausbauen

Die Digitalisierung unseres Lebens schreitet immer weiter voran. Smartphones und mobiles Internet sind für viele Menschen unverzichtbare Begleiter des täglichen Lebens geworden. Smart-Home-Technik soll uns vor Einbrüchen schützen und beim Energiesparen helfen. Filme und Musik rufen wir im Stream ab. Unsere Bankgeschäfte erledigen wir vermehrt online. Viele Güter des täglichen Bedarfs werden zunehmend online bestellt und nach Hause geliefert. Digitalisierung macht unser Leben an vielen Stellen bequemer und einfacher. Gleichzeitig ist Digitalisierung ein Wachstumstreiber: Laut einer Studie des Branchenverband BITKOM und des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation ist ein zusätzliches jährliches Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozentpunkten durch die Digitalisierung unserer Wirtschaft möglich.

Wir wollen schnelles Internet für alle.

Digitalisierung braucht eine gigabitfähige Infrastruktur. Laut Breitbandatlas NRW hat aktuell immer noch knapp jeder fünfte Haushalt in unserem Land keinen Zugang zum schnellen Internet von mindestens 50 Mbit/s. Im ländlichen Raum verfügten Ende 2015 sechs von zehn Haushalten über keinen schnellen Internetanschluss. Noch schlechter sieht die Versorgung in nordrhein-westfälischen Gewerbegebieten aus: 9 von 10 Gewerbegebieten hatten Ende 2015 keinen Zugang zur schnellen Datenautobahn. Und der Ausbau kommt in NRW nur schleppend voran. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der schnellen Anschlüsse

gerade einmal um 14,4 Prozentpunkte gestiegen. Damit jeder Haushalt bis 2018 über einen solchen Anschluss verfügt, müssten in diesem Jahr also deutlich mehr Haushalte ans schnelle Internet angeschlossen werden, als in den vergangenen fünf Jahren zusammen. Deshalb ist heute schon klar: SPD und Grüne verfehlen ihr selbst gestecktes Ziel bei weitem! Bund und Länder haben sich nun zum Ziel gesetzt, bis 2026 alle Haushalte mit Glasfaseranschlüssen zu versorgen. Aktuell verfügen gerade einmal 7 Prozent der Haushalte in NRW über einen solchen Anschluss. Damit Nordrhein-Westfalen hier ein ähnliches Desaster erspart bleibt, muss das Land mehr Ausbaudynamik entfachen. Wir werden in den nächsten fünf Jahren die Mehrheit der Anschlüsse in Nordrhein-Westfalen gigabitfähig machen und bis 2025 eine flächendeckende Versorgung erreichen.

- ▶▶ Wir wollen freiwerdende Mittel aus der auslaufenden Steinkohlesubventionierung in die Förderung des Breitbandausbaus investieren.
- ▶▶ Wir werden die Beratung der Kommunen für die Breitbandförderprogramme des Bundes erheblich verstärken, so dass die verfügbaren Bundesmittel in Nordrhein-Westfalen voll ausgeschöpft werden.
- ▶▶ Wir wollen den Anschluss Kleiner und Mittlerer Unternehmen über die Ausgabe von Fördergutscheinen beschleunigen.
- ▶▶ Wir werden das Förderkreditprogramm „NRW.BANK.Breitband“ grundlegend überarbeiten.
- ▶▶ Wir wollen die Ausbaukosten beispielsweise durch Änderungen in der Landesbauordnung reduzieren.
- ▶▶ Wir werden die Bürgerbeteiligung beim Netzausbau durch den Aufbau eines Bürgerbreitbandfonds sowie durch ein Konzept für Bürgerbreitbandprojekte stärken.
- ▶▶ Wir wollen uns für den Ausbau des mobilen Netzes sowie einer kostenlosen WLAN-Infrastruktur einsetzen.
- ▶▶ Darüber hinaus soll Nordrhein-Westfalen bei der Einführung der neuen Mobilfunktechnologie 5G eine Führungsrolle in Deutschland einnehmen.

Wir nehmen digitale Bildung ernst.

Wie in vielen anderen Politikfeldern hinkt Nordrhein-Westfalen auch bei der digitalen Bildung hinterher. Wir Christdemokraten wollen, dass digitale Technologien in sämtlichen Lebensbereichen und auf allen Bildungswegen nicht nur instrumentell verstanden werden. Wir werden deshalb die neuen Verbindungsmöglichkeiten sowohl im Rahmen der Forschung also auch bei der Integration in die bereits existierenden Lehrangebote vorantreiben.

- ▶▶ Wir unterstützen den von der Bundesregierung vorgeschlagenen DigitalPakt#D, der vorsieht, dass alle Schulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung versorgt werden

und werden die für NRW vorgesehenen Mittel zu 100 Prozent an die Schulträger weiterleiten.

- ▶▶ Unser Ziel ist, dass Schulabgänger über eine tiefgreifend technologische Beurteilungskompetenz verfügen.
- ▶▶ Wir werden bei der Mittelausstattung der Schulen neue Wege gehen, um allen Schülern möglichst gleiche Lernbedingungen zu ermöglichen. Dabei werden Bring-Your-Own-Device-Konzepte ebenso eine Rolle spielen wie Sponsoring und eine Neukonzeptionierung der Schulpauschalen.
- ▶▶ Wir werden auch Hochschulen konsequent für die Digitalisierung stärken. Wir sehen insbesondere in der Lehre, aber auch in der Forschung noch deutliche Potenziale, die bislang nicht ausgeschöpft werden, wie z. B. in den Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften.
- ▶▶ Wir werden eine Initiative starten, signifikant mehr Software-Entwickler und Data Scientists in Nordrhein-Westfalen auszubilden. Sowohl an den Hochschulen als auch auf dem Wege der Berufsausbildung. Wir wollen das führende Land der Software-Entwickler werden.

Wir werden E-Governance ausbauen.

Die Digitalisierung bietet nicht nur Bürgern und Unternehmen, sondern auch der Verwaltung viele neue Möglichkeiten. Nordrhein-Westfalen muss dabei der digitale Vorreiter in Deutschland werden. Die technische Weiterentwicklung von Verwaltungsprozessen ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Steigerung von Effizienzen wichtig, sondern auch, um die zukünftigen Personalbedarfe am Angebot auszurichten. Hierfür sollten standardisierte Verwaltungsabläufe zentralisiert und so zielgerichteter erledigt werden.

- ▶▶ Wir wollen für Nordrhein-Westfalen unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände eine einheitliche Digitalisierungsstrategie für die öffentliche Verwaltung entwickeln.
- ▶▶ Wir wollen ein Open-Data-Gesetz verabschieden, das sich am Open-Data-Gesetz des Bundes orientiert. Offene Daten sind nicht nur für Startups und Mittelstand ein Wachstumsfaktor, sondern auch Motor der Verwaltungsdigitalisierung. Nordrhein-Westfalen muss dieses Potential nutzen und daran einen Anteil haben. Der Staat kann mit Open Data so die Grundlage für Innovationen und neue Geschäftsmodelle sowie neue Arbeitsplätze legen.
- ▶▶ Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auf die Einführung der elektronischen Akte nur noch in begründeten Ausnahmefällen und nur übergangsweise verzichtet werden darf.
- ▶▶ Zusammen mit den Kommunen sollen Vorgaben und verpflichtende Standards entwickelt werden, zum Beispiel in den Bereichen Interoperabilität, Schnittstellen, und IT-

Sicherheit. Das stärkt die Effizienz und Leistungsfähigkeit der Verwaltung und die Sicherheit der IT-Anwendungen. Dazu zählen insbesondere Berichtspflichten von und Genehmigungsverfahren für kleine und mittlere Unternehmen. Im Land Nordrhein-Westfalen sollen vertrauenswürdige und sichere Zugänge zur Verwaltung Standard werden.

- ▶▶ Wir wollen sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger möglichst viele Leistungen der Landesverwaltung und der Kommunen online nutzen können.
- ▶▶ Wir wollen die IT-Kompetenz der Landesverwaltung deutlich erhöhen, was in Zukunft auch bei der Personalauswahl und bei der Aus-, Fort-, und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen ist.

Wir begreifen die Industrie 4.0 als Motor des digitalen Wandels.

Ein Drittel des produzierenden Mittelstands hat sich nach einer Umfrage der DZ Bank bislang noch nicht ausreichend mit den Folgen des digitalen Wandels befasst. Damit die Digitalisierung zur Chance und nicht zum Risiko für unsere Unternehmen und Betriebe wird, muss der Mittelstand für die Digitalisierung sensibilisiert und bei der Umsetzung unterstützt werden.

- ▶▶ Wir wollen die sechs bisherigen DWNRW-Hubs (Zentren der Digitalen Wirtschaft NRW) zu einem landesweiten, flächendeckenden Netz der Zusammenarbeit von traditioneller und digitaler mittelständischer Wirtschaft weiterentwickeln. An jedem Standort sollte ein thematischer Schwerpunkt herausgearbeitet werden.
- ▶▶ Wir wollen durch den Aufbau von Demonstrationsprojekten z. B. im Rahmen von Lernfabriken 4.0 an berufsbildenden Schulen für mittelständische Unternehmen die Möglichkeit schaffen, sich mit den Vorteilen der Digitalisierung vertraut zu machen.

Wir werden Start-Ups eine Chance geben.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Gründung von Start-Ups verbessern.

- ▶▶ Wir wollen Gründungen aktiv durch Beratungs- und Förderprogramme fördern. Hierzu zählt der Abbau von bürokratischen Hindernissen ebenso wie die Anpassung von Vergabeverfahren, damit auch Neugründungen und Start-Ups die Möglichkeit haben, öffentliche Aufträge zu erhalten.
- ▶▶ Wir wollen die Start-Up-Finanzierung verbessern. Dazu werden wir bestehende Programme des Landes evaluieren und nachschärfen und uns auf Bundesebene für einen erleichterten Zugang zu Risikokapital einsetzen.
- ▶▶ Wir wollen Männer und Frauen für Existenzgründungen motivieren. Gründungen sind sehr zeitintensiv und zusätzlich drohen im Falle des Scheiterns hohe finanzielle Einbußen bis hin zur Privatinsolvenz. Deshalb setzen wir uns zum Ziel, die Rahmenbedingungen und soziale Absicherung für Start-Ups in Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

- ▶▶ Das verwirrend vielfältige Förder- und Beratungsangebot für Existenzgründer und für etablierte Unternehmen wollen wir verschlanken und gleichzeitig besser auf die tatsächlichen Bedürfnisse ausrichten.

4. Energie und Klimaschutz

Für kein anderes Bundesland sind Fragen der Energieerzeugung, der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit von Energie so entscheidend wie für Nordrhein-Westfalen, das industrielle Schüsselndland Deutschlands. Als Energieproduzent Nr. 1 und Standort vieler energieintensiver Betriebe hat Nordrhein-Westfalen ein besonderes Interesse am Gelingen der Energiewende. Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen wieder zu einem wettbewerbsfähigen Industrieland mit einer starken heimischen Wirtschaft zu machen. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Deshalb ist es Aufgabe der staatlichen Wirtschaftsförderung und der energiepolitischen Entscheidungsträger, die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Die Energiepolitik der CDU Nordrhein-Westfalen wird vor diesem Hintergrund von fünf Handlungsmaximen geprägt:

- ▶▶ Erstens wollen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter fördern und den Strukturwandel des nordrhein-westfälischen Kraftwerksparks mit marktwirtschaftlichen Instrumenten voranbringen.
- ▶▶ Zweitens muss sichergestellt sein, dass auch in Nordrhein-Westfalen Energie künftig effizienter produziert, transportiert, gespeichert und genutzt wird.
- ▶▶ Drittens wollen wir den „schlafenden Riesen“ der Energieeffizienz auch durch Einsparungen im Verbrauch wecken und so zur Verwirklichung der Ziele der Energiewende und damit zum Klimaschutz beitragen.
- ▶▶ Viertens müssen wir dafür sorgen, dass im Rahmen der Energiewende der Aspekt der Versorgungssicherheit stets eine starke Beachtung erfährt. Dies bedeutet auch, dass wir so lange an effizienten Formen der fossilen Energieerzeugung festhalten, wie dies für eine sichere und bezahlbare Versorgung notwendig ist.
- ▶▶ Fünftens ist unsere Überzeugung, dass die Umsetzung der Energiewende nur mit der Bevölkerung und nicht gegen sie möglich ist. Wir wollen bei der Umsetzung der Energiewende möglichst den Konsens mit den Menschen vor Ort finden.
- ▶▶ Wir stehen für die kommunale Selbstverantwortung. Deshalb müssen Städte und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, den Ausbau der Windkraft rechtssicher auf ihrem Gebiet selbst zu steuern. Eine Überforderung einzelner Kommunen und Regionen darf es nicht geben. Wir werden uns einer landesplanerischen Abstandsregel nicht verschließen. Aus raumordnerischer Sicht ist gänzlich auf Festlegungen für die Windenergienutzung zu verzichten.

- ▶▶ Kommunen gestalten die Energiewende vor Ort durch ihre kommunalen Unternehmen. Diese leisten durch die Modernisierung der Netze, die Integration der erneuerbaren Energien und den Ausbau der dezentralen Erzeugung einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge. Eine moderne Daseinsvorsorge ist heute wichtiger denn je. Deshalb werden wir kommunale Unternehmen unterstützen und stärken.

Wir wollen, dass NRW auch nach der Energiewende Energieland Nr. 1 bleibt.

Für uns ist die Energiewende erst dann ein Erfolg, wenn wir auch nach der Umstellung auf Erneuerbare Energien immer noch eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt sind – mit Industriearbeitsplätzen, geschlossenen Wertschöpfungsketten und einem weltweit erfolgreichen Mittelstand.

- ▶▶ Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen in der gesamtdeutschen Energiewende-Debatte als Stimme der Industrie und des Mittelstandes auftritt und immer wieder darauf hinweist, wie sehr sich die Entwicklung der Energiekosten auf deren Wettbewerbsfähigkeit auswirkt.
- ▶▶ Das aus Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Bezahlbarkeit bestehende Zieldreieck der Energiewende wollen wir weiterentwickeln zu einem Viereck, indem wir das Ziel der Förderung und Sicherung von Industriearbeitsplätzen hinzufügen. Unsere Energiepolitik hat die Folgen für bestehende und künftige Arbeitsplätze im Blick. Nur so können die erforderliche breite gesellschaftliche Akzeptanz geschaffen werden und die Energiewende gelingen. Eine umsichtige Energiepolitik schafft Stabilität, Planungssicherheit für Verbraucher und die Akteure an den Energiemärkten.

Wir wollen auch für energieintensive Industrien der beste Standort bleiben.

Industrie funktioniert nicht ohne Energie. Wir müssen in Nordrhein-Westfalen eine bezahlbare und versorgungssichere Energieversorgung sicherstellen, um weiterhin einen Standortvorteil für Industrieunternehmen bieten zu können.

- ▶▶ Wir stehen für eine Klimapolitik, die den Industriestandort stärkt, statt die energieintensiven Industrien und die damit verbundenen Arbeitsplätze aus Nordrhein-Westfalen zu vertreiben.
- ▶▶ Wir werden bei der Wirkungsanalyse von Maßnahmen gerade im Energiebereich oder bei der Herstellung von Grundstoffen stets die gesamte Wertschöpfungskette in den Blick nehmen. Voraussetzung dafür sind belastbare Kosten-Nutzen-Analysen.

Wir werden erneuerbare und konventionelle Energieversorgung mit Bedacht weiterentwickeln.

Ausstiegsszenarien aus der konventionellen Energieversorgung, die sich allein an Jahreszahlen orientieren, lehnen wir ab. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien und der Strukturwandel des Kraftwerkparks müssen vielmehr mit Hilfe marktwirtschaftlicher Anreize umgesetzt werden. Durch einen überhasteten Ausstieg aus der konventionellen Energieerzeugung und nationale Alleingänge werden wir das Weltklima nicht retten, wohl aber die Grundlage für unseren Wohlstand riskieren. Wir stehen daher zu den Energieträgern Gas und Braunkohle, um eine jederzeit sichere und bezahlbare Stromversorgung zu garantieren.

- ▶▶ Obwohl wir die jüngste Leitentscheidung der rot-grünen Landesregierung zum Braunkohletagebau Garzweiler II fachlich wie politisch für falsch halten, werden wir sie aus Gründen der Rechts- und Planungssicherheit nach einem Regierungswechsel nicht kippen. Die genehmigte Betriebsdauer bis zum Jahr 2045 stellen wir im Grundsatz nicht in Frage, die bis dahin abzubauenende Fördermenge ist allerdings noch offen und abhängig von der weiteren Entwicklung der Erneuerbaren Energien sowie der Speichertechnologie. Wir wollen die Kommunen im rheinischen Braunkohlerevier aktiv bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen. Hierzu wird diesen Kommunen im Rahmen der Landesplanung und Regionalplanung dauerhaft eine Sonderstellung eingeräumt und ihnen die Ausweisung neuer Gewerbegebiete gestattet.
- ▶▶ Moderne Gaskraftwerke, Kraft-Wärme-(Kälte-)Kopplungsanlagen und – bei gegebener Abwärme – Fernwärme leisten einen wichtigen Beitrag zu Energieeffizienz und Versorgungssicherheit. Wir wollen ihnen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen geben.
- ▶▶ Die Windenergie begrüßen wir als wichtige Quelle heimischer Erneuerbarer Energien. Ihren Ausbau werden wir jedoch nur mit der größtmöglichen Zustimmung und Akzeptanz der Bevölkerung und der Kommunen sowie unter Beachtung eines bestmöglichen Landschaftsschutzes vorantreiben. Bei ihrem Ausbau hat die kommunale Planungshoheit Vorrang. Der in Nordrhein-Westfalen geltende Winderlass wird überarbeitet mit dem Ziel, dass u.a. ein „Regionaler Deckel“ entwickelt wird, der die bereits erfolgte Flächennutzung für den Windenergieausbau in den Kreisen und kreisfreien Städten berücksichtigt. Das Land muss hierfür einen sicheren Rechtsrahmen schaffen.
- ▶▶ Die bisher unternommenen kommunalen Anstrengungen zum Ausbau der Windenergie sind von der Landesplanung zu berücksichtigen und zu würdigen. Maßnahmen, die zu einer Reduzierung von Belastungen beitragen, z. B. die Einführung einer bedarfsgerechten Nachtbefeuern von Windenergieanlagen, sind ausdrücklich zu unterstützen und zu fördern, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.
- ▶▶ Wir wollen einen transparenten und schnellen Netzausbau mit der dafür notwendigen Bürgerbeteiligung, die zum schnellstmöglichen Erfolg führt.

- ▶▶ Zum weiteren Gelingen der Energiewende wollen wir die technische Forschung in allen Bereichen, speziell in Speichertechnologien, vorantreiben, die ihren Beitrag hierzu leisten können.

Wir wollen den Klimaschutz durch moderne Technologien voranbringen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht zur Energiewende. Aber nur eine Offenheit gegenüber allen technologischen Entwicklungen bei der Stromerzeugung und den Stromnetzen ermöglicht ihr Gelingen. Ideologische Beschränkungen und ständige Zielverschärfungen, wie nationale CO₂-Ziele für einzelne Branchen, lehnen wir ab.

- ▶▶ Wir wollen durch Anreize für Einsparungen im Verbrauch zur Umsetzung der Energiewende und damit zum Klimaschutz beitragen.
- ▶▶ Wir fordern daher die Einführung einer anteiligen steuerlichen Absetzbarkeit von Gebäudesanierungen. Die Nutzung von modernen und effizienten Technologien sorgt dabei nicht nur für Energieeinsparungen, sondern stärkt die Bauwirtschaft und sorgt damit wiederum für einen Ausgleich der steuerlichen Ausfälle.
- ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, die Umrüstung von energieintensiven Verkehrsmitteln wie z. B. Schiffen und Lastkraftwagen auf Gas- bzw. Elektromotoren voranzutreiben.

5. Finanzen und Landesverwaltung

Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit der höchsten Verschuldung. Die enorme Schuldenlast führt zu einer immer niedrigeren staatlichen Investitionsquote, einer deutlichen Überlastung der Kommunen und mangelhafter Wettbewerbsfähigkeit. Die Handlungsspielräume des Landes werden immer kleiner. Die Schulden von heute beeinträchtigen die öffentliche Finanzlage von morgen. Sie verringern die Gestaltungsspielräume und Entwicklungschancen für uns und alle nachfolgenden Generationen.

Wir werden wieder investieren.

Das wirtschaftliche Wachstum muss in Nordrhein-Westfalen wieder gestärkt werden. Je stärker unsere Wirtschaft wächst, desto leichter fällt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aufgrund steigender Einnahmen. Wir werden dazu die bestehenden Wachstumsbremsen endlich lösen und die Rahmenbedingungen für Gründungen, Investitionen sowie Forschung und Entwicklung verbessern. Wir werden unsere Prioritäten auf Wachstumsimpulse legen.

Zudem wollen wir in verschiedenen Feldern schlafende Reserven wecken:

- ▶▶ Wir werden die Landesförderungen auf ihre Nachhaltigkeit und Wirksamkeit hin überprüfen.
- ▶▶ Wir werden die Verwaltung durch gezielten Bürokratieabbau leistungsfähiger und moderner machen.
- ▶▶ Die technische Weiterentwicklung von Verwaltungsprozessen ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Effizienzsteigerung wichtig, sondern auch hinsichtlich der Ausrichtung zukünftiger Personalbedarfe am vorhandenen Angebot. Durch sie erwarten wir mittel- und langfristig erhebliches Potenzial zur Haushaltskonsolidierung.
- ▶▶ Wir werden die Weiterentwicklung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW zügig vorantreiben.
- ▶▶ Wir wollen, dass die Betreuungsvereine unterstützt werden, um unter anderem mit ehrenamtlichen Betreuern dem enormen Kostenanstieg im Betreuungswesen entgegenzuwirken. Damit leisten sie zugleich einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Wir werden die Schuldenlast Nordrhein-Westfalens reduzieren.

Insgesamt wurden seit 1973 fast 144 Milliarden Euro Landesschulden angehäuft. Im gleichen Zeitraum zahlte das Land an die Banken und privaten Kreditgeber Zinsen in einer Gesamthöhe von rund 139 Milliarden Euro (ohne Tilgung). Das bedeutet: Nur 5 Milliarden Euro haben in dieser Zeit für Investitionen in die Zukunft des Landes real zur Verfügung gestanden, was beweist: Eine schuldenfinanzierte, „präventive“ Finanzpolitik kann es nicht geben. In 2017 will die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen alleine mehr Schulden aufnehmen als alle übrigen Bundesländer zusammen. Bei einer Neuverschuldung von 13,8 Milliarden Euro zwischen 2011 bis 2016 hat das Land trotz einer historischen Niedrigzinsphase Zinsausgaben von insgesamt 22 Milliarden Euro geleistet. Das hat nichts mit solider Haushaltspolitik zu tun. Haushaltskonsolidierung setzt nach unserem Verständnis auf der Ausgabenseite an. Um die Schuldenbremse wirklich einhalten zu können, hat der Ausgabenzuwachs künftig unter dem Einnahmewachstum zu liegen.

- ▶▶ Wir werden sämtliche Ausgaben und Aufgaben einer kritischen Prüfung unterziehen und auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit hin überprüfen. Ausgaben und Maßnahmen, die ihren Zweck nicht erfüllen oder überflüssig sind, müssen wegfallen. Bei notwendigen Mehrausgaben in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit und Zukunftsinvestitionen ist strikt darauf zu achten, dass ihre Finanzierung durch Einsparungen an anderer Stelle dauerhaft gesichert ist.
- ▶▶ Wir wollen Generationengerechtigkeit. Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck. Wir wollen eine Schuldenbremse in der Landesverfassung, die die Landesregierung nicht durch selbstgeschaffene Schlupflöcher oder Ausweich-Tricks umgehen kann. Daher werden wir eine Initiative zur Änderung der Landesverfassung vorlegen, die die Schlupflöcher schließt und Umgehungsmöglichkeiten verhindert.

Wir werden mit Mehreinnahmen solide und verantwortlich umgehen.

Die derzeitige Landesregierung verfügt seit 2010 gegenüber den Planungen der früheren CDU-geführten Landesregierung wie auch im Vergleich zu den eigenen ursprünglichen Planungen über 52 Milliarden Euro mehr Haushaltsmittel. So mussten über 11 Milliarden Euro weniger als vorgesehen für Zinsen ausgegeben und konnten zusätzlich fast 41 Milliarden Euro Mehreinnahmen erzielt werden. Trotzdem gelingt es der Regierung Kraft nicht, einen ausgeglichenen Haushalt 2017 vorzulegen. Stattdessen dreht sich ungeachtet der stetig steigenden Steuereinnahmen der letzten Jahre die Steuerspirale im Vergleich zu den anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen am schnellsten.

- ▶▶ Steigende Mehreinnahmen wollen wir für Bürokratieabbau, neue wirtschaftliche Impulse und eine Stärkung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft nutzen. Gleichzeitig streben wir eine geringere Abgabenlast für die Industrie, den Mittelstand, das Handwerk und die Freiberufler an.
- ▶▶ Steuererhöhungen auf Landesebene lehnen wir ab. Vielmehr wollen wir die Mitte unserer Gesellschaft stärken, indem wir sie vor unnötigen Abgaben schützen.
- ▶▶ Wir werden Steuerhinterziehung, Steuerumgehung und unsoziale Steuergestaltung aktiv bekämpfen und unterbinden. Hierfür brauchen wir eine leistungsfähige Finanzverwaltung. Unser Ziel ist, die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung für die Zukunft zu rüsten.
- ▶▶ Die staatliche Mitfinanzierung der vielen Vereine und Verbände aus dem sozialen Bereich, des Sports und der Kultur spielt eine wichtige Rolle. Sie alle haben eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft. Diese werden wir daher auch weiterhin mit den Einnahmen aus dem staatlichen Glücksspiel unterstützen.

Wir stärken den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Nordrhein-Westfalen eine eher dezentrale Wirtschaftsstruktur mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Regionen auf. Die Struktur der Kreditwirtschaft spiegelt diese Verteilung wider.

- ▶▶ Wir wollen diese Vielfalt erhalten und stärken. Besonders den Sparkassen und Genossenschaftsbanken kommt eine zentrale Bedeutung in unserem Land zu.
- ▶▶ Wir brauchen daher einen starken Finanzplatz Nordrhein-Westfalen. Unser Land ist traditionell ein bedeutender Banken- und Versicherungsstandort. Wir bekennen uns ausdrücklich zur erfolgreichen Drei-Säulen-Struktur von Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken.
- ▶▶ Wir wollen die Rahmenbedingungen für Banken und Versicherungen am Standort Nordrhein-Westfalen verbessern, insbesondere wegen der lang anhaltenden Niedrigzins-

phase und der immer höheren Regulierung. Dazu gehören die Begleitung neuer Marktsegmente der Finanzwirtschaft, kurze Wege zwischen Unternehmen und Politik sowie eine bessere Vernetzung.

- ▶▶ Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Bankensektor und Versicherungswirtschaft bei Investitionen langfristiger Unternehmensfinanzierungen verbessern.
- ▶▶ Auch bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten z. B. durch Öffentliche-Private-Partnerschaften kann eine Kooperation mit Bankensektor und Versicherungswirtschaft nur bei Beachtung strenger Qualitätsstandards einen deutlichen Mehrwert erzielen.
- ▶▶ Insgesamt wollen wir zu einer besseren Außendarstellung des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen beitragen.

Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiv gestalten.

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich klar zu den Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Allen Bestrebungen, das Berufsbeamtentum abzuschaffen, treten wir entgegen. Eine angemessene Besoldung und Versorgung sind wichtige Grundsteine der öffentlichen Verwaltung, denn Leistung muss honoriert und Flexibilität gefördert werden. Hier ist viel Vertrauen durch das verfassungswidrige Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/2014 verspielt worden. Der verfassungsmäßige Anspruch von Beamtinnen und Beamten auf eine angemessene Besoldung und Versorgung darf durch niemanden in Frage gestellt werden.

Zur politischen Verantwortung gehört, Vorsorge für heute schon absehbare Pensionsausgaben der Zukunft zu betreiben. Wir wollen daher wieder mehr Geld für zukünftige Pensionsaufwendungen zurücklegen. Denn: unterlassene Vorsorge von heute sind Kürzungen von morgen.

Im öffentlichen Dienst müssen gute Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wir wollen uns insbesondere an folgenden Grundsätzen orientieren:

- ▶▶ Wir wollen eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst starten. Wir brauchen ein modernes, leistungsfähiges und flexibles öffentliches Dienstrecht. Das Land muss ein attraktiver Arbeitgeber sein, nicht nur hinsichtlich der Bezahlung.
- ▶▶ Wir bekennen uns klar zum Landespersonalvertretungsgesetz.
- ▶▶ Wir wollen eine zentrale und flexible Personalsteuerung einsetzen. Ein so großer Arbeitgeber wie das Land braucht Mittel zur Flexibilisierung des Einsatzes von Beschäftigten, um bedarfsgerecht und zielorientiert Personal steuern zu können. Dies eröffnet vielen Beschäftigten auch neue Zukunftschancen.
- ▶▶ Wir wollen das Gesundheitsmanagement weiterentwickeln. Für eine erfolgreiche öffentliche Verwaltung sind gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unerlässlich. Mit

einer gezielten betrieblichen Gesundheitsförderung können krankheitsbedingte Ausfälle reduziert und die Zufriedenheit gesteigert werden. Aber auch in sozialer Hinsicht ist das Land Nordrhein-Westfalen gefordert, als fürsorglicher Arbeitgeber die Voraussetzungen für eine gesündere Mitarbeiterschaft mit höherer Motivation, besserer Arbeitsmoral und besserem Arbeitsklima zu schaffen.

- ▶▶ Wir wollen verpflichtend Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzepte erstellen. Diese Konzepte müssen bedarfsgerecht konzipiert und mit den Beschäftigten und deren Beschäftigtenvertretungen abgestimmt werden. Die Konzepte sollen nicht als Sanktionsinstrumente missbraucht, sondern als Chance für die Mitarbeitermotivierung verstanden werden.
- ▶▶ Wir wollen schnell ein ganzheitliches Sicherheitskonzept für die gesamte Landesverwaltung erarbeiten, um unseren öffentlichen Dienst vor Gewalt zu schützen. Dieses Konzept soll auch ein Modul für die Kommunen beinhalten, die sich auf freiwilliger Basis beteiligen können. Gewaltprävention hat für uns oberste Priorität. Dass fast täglich von Übergriffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes berichtet wird, wollen wir nicht hinnehmen.

III. Aufstieg durch Bildung

1. Familien und Generationen

Die Familie ist Kern und Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie ist eine generationenübergreifende Verantwortungsgemeinschaft, in der Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern in allen Lebensphasen einstehen. Familie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gemeinschaft und Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der Mensch zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeit heran. Die Familie ist das zuverlässigste soziale Netz in unserer Gesellschaft und übernimmt im besten subsidiären Sinne zentrale gesellschaftliche Aufgaben. Deshalb ist sie besonders zu schützen und zu unterstützen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in der grundgesetzlich geschützten Ehe zwischen Mann und Frau die verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie. Sie verkörpert die häufigste Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern in unserer Gesellschaft. Die Ehe bleibt auch im Hinblick auf die Familiengründung unser Leitbild.

Eine Ehe muss nicht zwangsläufig zur Gründung einer Familie führen. Sie ist aber in der großen Mehrzahl noch immer ihr Ausgangspunkt. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird Sorge dafür tragen, dass Ehe und Familie weiterhin in besonderer Weise geschützt und gefördert werden. Staat und Gesellschaft bedürfen einer gesicherten Generationenfolge und stabiler sozialer Verhältnisse.

Wir schreiben niemandem eine bestimmte Lebensweise vor. Das ist nicht die Aufgabe von Staat und Politik. Auch in Nordrhein-Westfalen sind die Formen des familiären und partnerschaftlichen Zusammenlebens vielfältiger und bunter geworden. Die CDU Nordrhein-Westfalen respektiert, schützt und unterstützt daher alle diese unterschiedlichen Lebensweisen und all jene, die füreinander einstehenden und gegenseitig Verantwortung übernehmen.

Wir kämpfen gegen Diskriminierung.

Ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben gelingt auch zukünftig nur, wenn die freie Entfaltung des Einzelnen gesichert bleibt. Homophobie oder Hass auf sexuelle Minderheiten haben in Nordrhein-Westfalen keinen Platz.

- ▶▶ Wir fördern auch künftig Projekte, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen. Dies gilt ausdrücklich auch für Projekte, welche die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen nach dem alten § 175 StGB wissenschaftlich und didaktisch aufarbeiten.
- ▶▶ Insbesondere junge Menschen müssen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ohne Diskriminierungen und Diffamierungen aufwachsen können.

- ▶▶ Dazu gehört auch eine besondere Sensibilisierung für die Situation derjenigen Heranwachsenden, die sich von der Mehrheit ihrer Altersgenossen unterscheiden. Homo- oder Bisexuelle, Transgender oder Intersexuelle stehen auch heute noch oft vor einer schwierigen „Coming out“-Phase. Wir unterstützen deshalb Aufklärungs- und Toleranzprojekte.

Wir eröffnen Perspektiven für eine nachhaltige Familienpolitik.

Familienpolitik hat in Nordrhein-Westfalen über viele Jahrzehnte hinweg unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ein Schattendasein gefristet. Sichtbarster Ausdruck hierfür ist u. a. die Zahl der zur Verfügung stehenden U-3-Betreuungsplätze, welche landesweit im Jahre 2005 gerade einmal 11.000 ausmachten. Das bedeutete den mit Abstand letzten Platz unter allen deutschen Ländern. Auch unter der jetzigen rot-grünen Landesregierung hat Nordrhein-Westfalen diesen letzten Platz nicht verlassen können. Das wollen wir ändern und das nächste Jahrzehnt in Nordrhein-Westfalen zu einem Jahrzehnt der Familie machen. Ein wesentliches Ziel unserer Politik besteht darin, Familien ihren Bedürfnissen gemäß zu stärken, familiengerechte Strukturen zu schaffen und für eine kinderfreundliche Gesellschaft zu arbeiten, damit sich wieder mehr junge Menschen dafür entscheiden, eine eigene Familie zu gründen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen versteht Familien- und Generationenpolitik als Querschnittsaufgabe für sämtliche gesellschaftliche und politische Bereiche und Ebenen. Auf Landesebene fordern wir eine strukturelle Neuausrichtung der Familienpolitik.

- ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass sich Familien in Nordrhein-Westfalen wohlfühlen und bedarfsgerechte Unterstützung erhalten. Belange von Familien sollen bei der Gestaltung von Landespolitik vorrangig behandelt werden. Bei Gesetzesvorhaben, Gesetzesänderungen und darauf beruhenden Verordnungen wollen wir auch immer die Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit von Familien, insbesondere mit Blick auf die Generationengerechtigkeit, prüfen.
- ▶▶ Wir wollen mit einem Familienfördergesetz die rechtliche Grundlage schaffen, um Familien in Nordrhein-Westfalen gezielter als bisher zu stärken und zu unterstützen. Strukturelle Benachteiligungen von Familien werden wir abbauen. Die bisherigen Ausführungsgesetze zur Kinder- und Jugendhilfe sowie zur frühen Bildung und Förderung von Kindern wollen wir in dieses Gesetz integrieren.
- ▶▶ Alleinerziehende Mütter und Väter verdienen besondere finanzielle Unterstützung sowie begleitende und helfende Dienstleistungen. Deshalb setzen wir uns gegenüber der Wirtschaft auf Landesebene mit Nachdruck für flexible Arbeitszeitmodelle und hieran angepasste Ganztagsbetreuungsmodelle in Kindertagesstätten und Schulen ein.
- ▶▶ Wir wollen einen Landesfamilienförderplan entwickeln. Dieser legt kurz-, mittel- und langfristige familienpolitische Ziele fest. Regelmäßig soll ein Landesfamilienbericht

vorgelegt werden, um die gesteckten Ziele zu evaluieren und gegebenenfalls nachsteuern zu können.

- ▶ Die kommunale Ebene ist der erste öffentliche Ansprechpartner für Familien. Es ist daher unser Ziel, die Kommunen in ihrer Familienpolitik zu stärken und nachhaltig zu unterstützen. Wir empfehlen daher, Kommunale Familienkonferenzen einzurichten. Kommunale Familienkonferenzen haben das Ziel, lokale, heterogene familienpolitische Kompetenzen fachübergreifend zu vernetzen, die kommunale Familiengerechtigkeit zu erhöhen und Beteiligung an kommunalpolitischen Prozessen zu institutionalisieren. Die Kommunale Familienkonferenz kann staatliche und nicht-staatliche Akteure vernetzen, die jeweils ihre spezifischen Interessen und Ressourcen einbringen können.

Wir stellen größtmögliche Wahlfreiheit für Eltern her.

Wir wissen, dass der Wunsch, eine Familie zu gründen, unter jungen Menschen ungebrochen groß ist und als Teil ihres privaten Lebensglücks angesehen wird. Dennoch steht die Entscheidung für Kinder heute stärker als je zuvor in Konkurrenz zu anderen Formen der Lebensgestaltung. Die Familiengründung selbst fällt oftmals in die gleiche Lebensphase wie Studium und Berufseinstieg. Unsere Familienpolitik ist deswegen darauf angelegt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Entscheidung für Kinder so leicht wie möglich machen. Es sollen sich wieder mehr junge Menschen dafür entscheiden, eine eigene Familie zu gründen.

- ▶ Eltern müssen dabei unterstützt werden, ihrem Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsauftrag nachkommen und dabei gleichzeitig berufliche Ziele weiterverfolgen zu können. Familien brauchen langfristige Planungssicherheit und stabile Rahmenbedingungen. Wichtig ist, dass niemand Eltern vorschreibt, wie sie das Familienleben, die Erziehung der Kinder und ihr berufliches Engagement gestalten. Unser Ziel ist, ihnen die größtmögliche Wahlfreiheit zu eröffnen.
- ▶ Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich Eltern die Erziehungs- und Erwerbsarbeit untereinander ihren Bedürfnissen entsprechend teilen können. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch Männer ermutigen, stärker als bisher Familienarbeit, sei es die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen, zu übernehmen.
- ▶ Frauen und Männer, die sich der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen widmen und damit Staat und Gesellschaft massiv entlasten, dürfen am Ende ihres Erwerbslebens nicht benachteiligt werden. Dies betrifft vor allem Frauen, die immer noch den Hauptanteil der Familienarbeit leisten. Familienarbeit muss in der Rente höher anerkannt werden.
- ▶ Wir fordern darüber hinaus die Unterstützung flexibler Modelle des Wiedereinstiegs in den Beruf nach einer Familienpause. Nordrhein-Westfalen muss nach unseren Vorstellungen hier zum Vorreiter werden. Es ist dringend notwendig, Frauen und Männern nach der Familienpause den beruflichen Wiedereinstieg besser, schneller und nachhaltiger zu ermöglichen.

- ▶▶ Die Arbeitswelt muss familiengerechter und nicht die Familie arbeitsmarktkompatibler werden. Daher möchten wir Unternehmen dazu ermutigen, familiengerechte Arbeitszeitmodelle zu implementieren und Betriebskindergärten einzurichten. Hier hat das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen Behörden als öffentlicher Arbeitgeber eine Vorbildfunktion.
- ▶▶ Auch wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung bzw. Studium verbessern. Dazu wollen wir uns dafür einsetzen, die bestehenden Bafög-Regelungen auf ihre Familienfreundlichkeit hin zu überprüfen und sie gegebenenfalls über eine Initiative im Bundesrat reformieren. Außerdem wollen wir die Kinderbetreuungsmöglichkeiten an Universitäten weiter verbessern.

Wir schaffen eine gute Infrastruktur für Familien.

Wir wollen für Familien in Nordrhein-Westfalen eine bedarfsgerechte Infrastruktur schaffen, die es ihnen ermöglicht, ihr Lebensmodell aktiv zu gestalten.

- ▶▶ Die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung steht für die CDU in Nordrhein-Westfalen an oberster Stelle. Neben der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels und der Ausstattung der Kindertageseinrichtungen gehören dazu auch verlässliche Betreuungsverhältnisse und eine stabile Betreuungsumgebung. Die stetige Weiterentwicklung der Betreuungsqualität in der Kindertagesbetreuung kann aber nicht durch Schulden finanziert werden, die nur die künftigen Generationen belasten. Stattdessen bekennen wir uns zu einer gemeinsamen finanziellen Verantwortung von Land, Kommunen, Trägern und Eltern.
- ▶▶ Wir sehen, dass es einer dringenden Neustrukturierung der Kita-Finanzierung bedarf. Wir werden diese Herausforderung gemeinsam in einem transparenten Verfahren mit allen Akteuren der Kindertagesbetreuung konstruktiv angehen. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werden wir zur Verfügung stellen. Für den Erhalt der Trägervielfalt in Nordrhein-Westfalen wollen wir uns in diesem Prozess ausdrücklich einsetzen.
- ▶▶ Das Land muss dennoch darauf hinwirken, dass Bildung und Betreuung nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Daher sollen unter Berücksichtigung der Situation des Landeshaushalts die Bildungs- und Betreuungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule abgeschafft werden. Sollte der Bund finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die die Einführung einer Elternbeitragsfreiheit zu einem früheren Zeitpunkt ermöglichen, würden wir dies ausdrücklich begrüßen und umsetzen. Unabhängig davon soll das Land die qualitative Weiterentwicklung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vorantreiben.
- ▶▶ Wir werden den bürokratischen Aufwand in Kindertageseinrichtungen reduzieren, damit mehr Zeit und Aufmerksamkeit für die Kinder bleibt.
- ▶▶ Auch wollen wir die Erziehungspartnerschaft von Eltern sowie Erzieherinnen und Erziehern stärken. Kindertagesbetreuung ist keine reine Dienstleistung, die man beliebig in

Anspruch nehmen kann. Ihr kommt vielmehr eine die Eltern unterstützende und ergänzende Funktion zu. Sie kann aber niemals die Elternarbeit voll ersetzen.

- ▶▶ Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt eine größere Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer pädagogischen Qualität an. Dafür müssen die Betreuungsangebote in den sogenannten Randzeiten verbessert werden. Randzeitenbetreuung sollte in diesem Sinne nicht die Regel sein, sondern sporadische Bedarfe abdecken bzw. auf die Erfordernisse von Schichtarbeit reagieren. Entsprechende Modelle sind vor Ort zu entwickeln.
- ▶▶ Die Vergabe eines Ü3-Platzes darf nicht an die vorherige Buchung eines U3-Platzes gekoppelt werden.
- ▶▶ Eine Möglichkeit, passgenaue Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst anzubieten, sind Betriebskindergärten. Unter Berücksichtigung der Trägervielfalt und Qualitätssicherung sollen betriebliche Betreuungsangebote und Kooperationen von Betrieben und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe unterstützt werden, um Eltern eine arbeitsplatznahe Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen.
- ▶▶ Die Tagespflege stellt für uns eine wichtige Säule der Kindertagesbetreuung dar, vor allem im U3-Bereich. Wir wollen daher die Tagespflege als Betreuungsform weiter stärken und Tagesmütter und -väter noch besser unterstützen. Dafür sollen landeseinheitliche Standards in der Tagespflege geschaffen werden.
- ▶▶ Familien, bei denen ein Elternteil die Kinder zu Hause betreut, sollen ebenfalls aktive Unterstützung erfahren. Ihre Erziehungsarbeit verdient eine besondere Anerkennung.

Wir bieten Unterstützung für alle Familien.

Familien stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die sie nicht immer alleine bewältigen können. Familiäre Unterstützungs- und Beratungsangebote stellen einen wichtigen Baustein präventiver Familienarbeit dar. Eine besonders hohe Akzeptanz und Wirksamkeit erreichen solche Hilfsangebote, wenn sie für Familien leicht zugänglich, d. h. wohnortnah und niedrigschwellig organisiert sind.

- ▶▶ Die CDU hat in ihrer Regierungszeit Familienzentren eingeführt, die vorbildliche Strukturen für die Bündelung und Vernetzung von Beratungs- und Hilfsangeboten für Eltern und Familien bieten. Die Wahrnehmung sozialraumbezogener Aufgaben schafft eine Vielfalt an Leistungen für Eltern und Familien. Im Sinne eines flächendeckenden Angebots für alle Familien in Nordrhein-Westfalen muss der Ausbau der Familienzentren weiter vorangetrieben und deren finanzielle Situation verbessert werden. Eine Ausweitung der Familienzentren auf den Offenen Ganztage wollen wir prüfen.
- ▶▶ Familienberatung und Familienbildung sind wichtige, ergänzende und stärkende Familienhilfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern, die Unterstützung benötigen, diese

auch niedrigschwellig erfahren. Dafür wollen wir die Angebote der Familienberatung evaluieren, bedarfsgerecht ausbauen und finanziell besser fördern.

- ▶▶ Für Familien, die eine gemeinsame Erholung oder ein gemeinsames Bildungs- und Freizeiterlebnis aus eigenen Mitteln nicht bestreiten können, wollen wir wieder die Förderung einer Familienerholung in einer anerkannten, gemeinnützigen Einrichtung während gemeinsamer Ferien oder durch gemeinsame Bildungs- und Freizeiterlebnisse ermöglichen. Dabei sind insbesondere Alleinerziehende, Mehrkindfamilien oder Familien, in denen Menschen mit Behinderung leben, zu berücksichtigen.
- ▶▶ Hilfsangebote und präventive Maßnahmen müssen für alle Familien in Nordrhein-Westfalen zugänglich sein. Wir sprechen uns daher dafür aus, diese Angebote flächendeckend zu implementieren.
- ▶▶ Im Interesse des Kindeswohls müssen Eltern, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden können oder die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, vom Staat wirksam unterstützt, begleitet und befähigt werden. Das unter christdemokratischer Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen aufgebaute, präventiv wirkende Frühwarnsystem bzw. Netz rechtzeitiger Hilfen muss künftig noch dichter werden und darf nicht wie bisher nur auf Modellkommunen beschränkt bleiben, um Eltern und Kindern in Not wirksam und zuverlässig helfen zu können.
- ▶▶ Der Übergang von der Kindertageseinrichtung auf die Grundschule ist ein wichtiger Schritt. Unser Ziel ist, die Startchancen aller Kinder am Beginn der Schulzeit zu verbessern und den Übergang zu erleichtern.
- ▶▶ Das Schulfähigkeitsprofil muss als verbindlicher Rahmen entsprechend überarbeitet und angepasst werden. In einem Modellprojekt wollen wir den Entwicklungsstand der Kinder im vierten Lebensjahr untersuchen, um frühzeitig Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung sowie der individuellen Förderung ergreifen zu können.
- ▶▶ Die besondere Sprachförderung ist landesweit anzubieten und darf nicht wie bisher auf besondere Brennpunkte beschränkt bleiben bzw. einem Losverfahren unterliegen. Ob ein Kind in seinen elementaren Bedürfnissen allein gelassen wird oder nicht, kann nicht von seinem Wohnort oder den sozialen Lebensumständen abhängig gemacht werden.

Wir bekämpfen Kinderarmut.

Die rot-grüne Landesregierung hat den Anspruch, „kein Kind zurücklassen“ zu wollen, zum Kernvorhaben ihres Regierungshandelns erklärt und damit ihre massive Schuldenpolitik begründet. Die Entwicklung der Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen belegt, dass sie mit diesem Vorhaben deutlich gescheitert ist. Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einer Studie festgestellt: Seit Amtsantritt der Regierung Kraft 2010 ist die Kinderarmutsquote in kaum einem anderen Bundesland so stark angewachsen wie an Rhein, Ruhr und Wupper. Im Gegenteil: Die absolute Zahl an armen Kindern ist in allen Bundesländern bis auf Nordrhein-Westfalen und Berlin in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Während in den Neuen Ländern die

Kinderarmut massiv gesunken ist, verzeichnete unser Bundesland einen genau gegenteiligen Trend. Jedes vierte arme Kind in Deutschland lebt mittlerweile in Nordrhein-Westfalen.

- ▶▶ Wir wollen Kinderarmut bekämpfen und sind im Gegensatz zu SPD und Grünen der Überzeugung, dass weder neue Schulden noch staatliche Sonderprojekte die Ursachen von Armut beheben können. Der Schlüssel gegen Kinderarmut ist vielmehr eine bessere Wirtschaftspolitik, die die Potenziale Nordrhein-Westfalens freisetzt und die von Armut bedrohten Familien in Lohn und Brot bringt. Andere Bundesländer haben vorgemacht, dass es gerade in Zeiten der Hochkonjunktur möglich ist, durch eine richtige Prioritätensetzung in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen die Kinderarmut abzusenken. Was in den Neuen Bundesländern funktioniert hat, ist auch in Nordrhein-Westfalen möglich.

Wir ermöglichen Teilhabe für alle Familien.

Die volle gesellschaftliche Teilhabe von Familien, egal welcher Größe, muss in Nordrhein-Westfalen eine Selbstverständlichkeit sein.

- ▶▶ Wir wollen einen Familienpass NRW einführen, mit welchem Familien der kostenlose oder kostenreduzierte Besuch öffentlicher Einrichtungen wie Schwimmbäder, Museen, Theater, Schlösser und Gärten ermöglicht wird. Auch private Anbieter wollen wir ermutigen, dem Familienpass NRW beizutreten. Ziel ist es, vor allem kinderreichen und einkommensschwachen Familien sowie Alleinerziehenden eine kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.
- ▶▶ Auch beeinträchtigte Kinder, Eltern und Großeltern ebenso wie Familien mit Zuwanderungsgeschichte müssen Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten. Notwendig ist eine inklusive und integrative Weiterentwicklung und Öffnung der Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit.

Wir geben Jugendlichen eine Stimme.

Wir wollen junge Menschen in Nordrhein-Westfalen ermutigen, sich in die Gesellschaft einzubringen und ihre Anliegen selbstbewusst zu vertreten. Deshalb setzen wir uns für eine aktive Jugendpolitik ein. Die Kinder- und Jugendarbeit erkennen wir dabei als eigenständiges Politikfeld an, das einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentfaltung junger Menschen und zu deren Hineinwachsen in unsere Gesellschaft leistet.

- ▶▶ Deshalb stärken wir das Engagement junger Menschen in den Parteien und Parlamenten. Junge Menschen sollen für Teilhabe in der parlamentarischen Demokratie befähigt und begeistert werden. Daher unterstützen wir die Einrichtung eines überwiegend direkt gewählten Landesjugendparlaments nach dem Vorbild des Scottish Youth Parliament (SYP).

- ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulformen verstärkt über unseren Staatsaufbau, die Grundwerte und Rechte in unserer Demokratie aufgeklärt wird. Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die unsere Grundwerte leben.
- ▶▶ Wir setzen uns dafür ein, dass die jährliche Fördersumme des Kinder- und Jugendförderplans dauerhaft erhöht und durch eine Dynamisierung der Mittelansätze zukunftsfähig gestaltet wird. So wollen wir die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit für die nächsten Jahre sicherstellen.

Wir schaffen Wohnraum für alle Generationen.

In vielen Teilen unseres Landes wird es sowohl für Familien, vor allem Mehrkindfamilien, als auch für Seniorinnen und Senioren immer schwieriger, bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.

- ▶▶ Wir wollen dafür sorgen, dass die soziale Wohnungsbauförderung quantitativ ausgeweitet wird und in Zukunft die besonderen Bedürfnisse von Familien und Senioren mehr Beachtung finden.
- ▶▶ Im Hinblick auf Senioren ist es unser Ziel, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Neue Technologien, etwa im Bereich der Digitalisierung und der Telemedizin, bergen ein enormes Potenzial, das wir nutzen und weiterentwickeln wollen.
- ▶▶ Unsere Kommunen werden wir dabei unterstützen, Handlungskonzepte hinsichtlich der demografischen Entwicklung zu erarbeiten. Wichtiges Ziel ist die Entwicklung eines generationengerechten Wohnumfelds, das gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen gleich welchen Alters fördert.
- ▶▶ Mehrgenerationenhäuser geben uns ein geeignetes Instrument an die Hand, um das generationenübergreifende Zusammenleben in unserem Land zu stärken und Unterstützungsmaßnahmen beispielsweise bei der Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen und im Bereich der familiären Pflege weiterzuentwickeln. Wir streben eine Fortführung des Bundes-Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser ab 2020 an.

Wir nutzen die Potenziale der Seniorinnen und Senioren.

Viele Seniorinnen und Senioren sind sehr aktiv und bereit, sich auch nach Eintritt in den Ruhestand weiterhin einzubringen. Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in Familie und Ehrenamt benötigen wir die Kompetenz älterer Menschen.

- ▶▶ Barrieren, die einer längeren Erwerbstätigkeit auf freiwilliger Basis im Wege stehen, wollen wir abbauen. Durch spezielle Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren werden wir ihre Potenziale für die Gesellschaft stärken.

- ▶▶ Wir gehen entschieden gegen jegliche Form von direkter oder indirekter Altersdiskriminierung vor. Alter allein darf kein Maßstab für die Beurteilung eines Menschen sein.

Im Zuge des demografischen Wandels werden die familiären, generationenübergreifenden Verbindungen zusehends schwächer, obwohl gerade heute Großeltern viel Engagement in der Erziehung und Betreuung ihrer Enkelkinder zeigen und damit die meist berufstätigen Eltern, aber auch die Gesellschaft entlasten. Zugleich wächst aber auch die Anzahl der älteren Menschen, die selbst keine Kinder oder Enkelkinder haben. Deshalb benötigen wir neue Formen und Orte der Begegnung zwischen den Generationen.

- ▶▶ Wir wollen entsprechende Angebote im sozialen Umfeld und generationen- sowie familienübergreifende Netzwerke fördern, um den Austausch zwischen den Generationen zu stärken. In den Familienzentren sehen wir dabei ein wichtiges Instrument. Unser Ziel ist, sie auch im Hinblick auf Austausch und Zusammenhalt der Generationen auszubauen.
- ▶▶ Für ein menschenwürdiges Leben im Alter und die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe können Seniorenwohngemeinschaften einen wichtigen Beitrag leisten und eine Alternative zum Seniorenwohnheim bieten. Solche Angebote müssen freilich durch die Gewährleistung haushaltsnaher Dienstleistungen, die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Barrierefreiheit, einen funktionierenden ÖPNV sowie Pflegeleistungen vor Ort ergänzt werden.
- ▶▶ Das Ziel der Landespolitik muss eine landesweite seniorengerechte Infrastruktur sein, innerhalb der die Menschen ausreichende Versorgungsangebote vorfinden, soziale Kontakte pflegen, an Kultur und Sport partizipieren sowie Beratungsdienstleistungen aller Art in Anspruch nehmen können. Wir werden daher die Einrichtung von Generationenausschüssen bzw. -beiräten in den Kommunen ausdrücklich unterstützen, die dazu beitragen, das Zusammenleben der Generationen in unseren Städten und Gemeinden zu verbessern.

Wir begreifen Frauen- und Gleichstellungspolitik als wichtige politische Querschnittsaufgabe.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen begreift die Anliegen von Frauen als Querschnittsaufgabe, die in verschiedenen Politikfeldern immer mitgedacht werden müssen. Es geht darum, frauenpolitische Themen breit zu implementieren anstatt sie isoliert zu betrachten. Immer noch unterscheidet sich die Lebenssituation vieler Frauen in Nordrhein-Westfalen von der von Männern.

Wir wollen Frauenerwerbstätigkeit steigern und den beruflichen Wiedereinstieg ermöglichen.

Eine wichtige frauenpolitische Herausforderung stellt die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit dar. Hier ist Nordrhein-Westfalen nach wie vor bundesweites Schlusslicht. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung belegt für 2012, dass nur 47,5 Prozent der erwerbsfähigen Frauen in Nordrhein-Westfalen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen. Nordrhein-Westfalen ist auch Schlusslicht bei Frauen mit Vollzeitjobs. Aktuelle Zahlen belegen, dass die Beschäftigungsquote von Frauen in Nordrhein-Westfalen bei 49,8 Prozent liegt. Teilzeitarbeit wird in Nordrhein-Westfalen immer noch überwiegend von Frauen ausgeführt und der Anteil von Frauen mit einem Verdienst im unteren Entgeltbereich ist im Vergleich zu Männern doppelt so hoch. Hier gibt es deutlichen Handlungsbedarf, der angesichts des drohenden Fachkräftemangels, des Problems der Altersarmut von Frauen und des allgemeinen demografischen Wandels zusätzlich an Brisanz gewinnt.

- ▶▶ Wir fordern, dass Frauen, die nach Abschluss der Familienphase wieder in ihren Beruf einsteigen wollen, spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote erhalten. Diese sollen entsprechend weiter ausgebaut werden, beispielsweise in Form von Potentialanalysen und Weiterbildungsangeboten während der Familienphase.
- ▶▶ Wir wollen eine zielgerichtete Frauenförderung. Dabei kommt es auch auf bessere Voraussetzungen für den Zugang von Frauen zu Führungspositionen an. Es gilt Beurteilungskriterien für Beamtinnen und Beamte ihrer Familien- und Lebensphase entsprechend zu gestalten und alternative Modelle zur Arbeit in Teilzeit und Telearbeit zu entwickeln. Das führt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem soll die Übernahme von Führungspositionen auch in Teilzeit ermöglicht werden. Der Verfassungsgrundsatz, im öffentlichen Dienst nach Eignung, Leistung und Befähigung zu befördern, darf in diesem Zusammenhang nicht ausgehöhlt werden.
- ▶▶ Frauen, die aufgrund einer längeren Familienphase keiner Erwerbstätigkeit nachgehen konnten, dürfen bei der Rente nicht schlechter gestellt werden. Wir wollen uns daher für die Höherbewertung der geleisteten Familienarbeit bei der Berechnung der Altersbezüge einsetzen.

Wir gewähren Hilfe und Schutz für Opfer von (sexualisierter) Gewalt.

Gewalt gegen Frauen ist in Nordrhein-Westfalen leider immer noch weit verbreitet. Allein im Jahr 2015 gab es rund 26 500 Polizeieinsätze bei häuslicher Gewalt. Wir werden durch eine Rechtsänderung sicherstellen, dass Gewalttäter, die einen polizeilichen Platzverweis nicht befolgen oder bei dem diese polizeiliche Anordnung nicht ausreichend erscheint, bis zu zehn Tage in Gewahrsam genommen werden können, um Frauen und Kinder zu schützen. Die Einführung eines Richtervorbehaltes für die längerfristige Ingewahrsamnahme ist zu prüfen. Darüber hinaus ist es umso wichtiger, dass Opfer von Gewalt in Nordrhein-Westfalen flächendeckend Zugang zu Beratungs- und Hilfsangeboten haben.

- ▶▶ Laut Studien wird etwa jede vierte Frau in Deutschland im Laufe ihres Lebens Opfer von häuslicher Gewalt. Die Frauenhäuser stellen für die Betroffenen oft die letzte Zuflucht dar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Frauenhäusern leisten eine unverzichtbare Arbeit. Wir wollen für das Netz der Frauenhäuser eine solide Finanzierung sicherstellen.

Studien belegen, dass etwa die Hälfte der Männer mit Behinderungen und rund zwei Drittel der Frauen mit Behinderungen in ihrem Leben Opfer sexualisierter Gewalt werden. Strategien der Prävention oder Bewältigung sexueller Übergriffe, die allgemein anerkannt sind, können nicht ohne weiteres auf die Situationen behinderter Menschen übertragen werden. Insbesondere bei geistiger Behinderung oder Gehörlosigkeit bestehen hohe Kommunikationsbeeinträchtigungen, die überwunden werden müssen.

- ▶▶ Eine verbesserte Bereitstellung niedrigschwelliger und barrierefreier Schutz- und Unterstützungsangebote sind erforderlich. Die CDU setzt sich daher für die Schaffung einer Ombudsstelle für Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden, ein.
- ▶▶ Durch Aufklärungskampagnen und Unterstützung im Ernstfall wollen wir den meist weiblichen Opfern von Cyber-Gewalt, Cyber-Mobbing oder Cyber-Grooming helfen, der Gewaltspirale zu entkommen.

2. Bildung und Schule

Die CDU Nordrhein-Westfalen berücksichtigt in ihrer Bildungspolitik die Einzigartigkeit, aber auch die Unterschiedlichkeit jedes Menschen mit seinen verschiedenen Anlagen und Begabungen, Interessen, Neigungen und Bedürfnissen, seinem jeweiligen Lerntempo und Leistungsvermögen. Zugleich respektieren wir das Erziehungsrecht und die Wahlfreiheit der Eltern. Aus diesen Gründen stehen wir für ein gegliedertes, vielfältiges und leistungsorientiertes Bildungssystem in allen Schulstufen. Eine Einheitsschule lehnen wir entschieden ab, denn wir sind überzeugt, dass die Unterschiedlichkeit der Kinder auch schulische Vielfalt braucht. Jede Schülerin und jeder Schüler muss den vorhandenen individuellen Neigungen, Interessen und Leistungen gemäß gefördert werden. Dabei ist jeder Schulform und jeder Schule die Möglichkeit zur spezifischen Profilbildung zu eröffnen.

Menschen sind nicht nur unterschiedlich, sondern entwickeln sich auch unterschiedlich schnell. Deshalb wollen wir die Durchlässigkeit des Schulsystems weiter erhöhen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schulkarriere beginnen und losgelöst von ihrer sozialen Herkunft bzw. dem Bildungshintergrund ihrer Eltern, ihren bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Ebenso muss es immer die Möglichkeit geben, auch zu einem späteren Zeitpunkt einen Schulabschluss nachzuholen.

Neben einer Stärkung des Gymnasiums und der Sicherung des Charakters der Abiturprüfung als Nachweis einer allgemeinen, studienvorbereitenden Hochschulreife streben wir an,

dass die Abschlüsse anderer Schulformen wieder verstärkt als geeignete Qualifikationen für Ausbildungsberufe anerkannt werden. Für die CDU Nordrhein-Westfalen beginnt der Mensch nicht erst mit dem Abitur und sein Wert für die Gesellschaft bemisst sich nicht an einem akademischen Grad. Wir erkennen und würdigen deshalb mit Nachdruck unser weltweit einzigartiges System der dualen Ausbildung als optimalen Weg, gesellschaftliche Vielfalt im Bildungswesen abzubilden, Potenziale zu fördern, Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken. Wir wollen dabei die Möglichkeit modularer Ausbildungen fördern.

Gute Bildung schafft Unabhängigkeit, Aufstiegschancen und Wohlstand. Unser Ziel ist es, allen Menschen in Nordrhein-Westfalen ihren individuellen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und zu sichern. Doch im bundesweiten Schulvergleich ist Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden 40 Jahren unter sozialdemokratischer und grüner Verantwortung für den Bildungsbereich immer weiter zurückgefallen. Praktisch jede Schulform steht vor massiven Problemen, die größtenteils jahrzehntealte strukturelle Ursachen besitzen. Aktuelle Hauptprobleme der nordrhein-westfälischen Schulen sind insbesondere die mangelhafte Umsetzung der Inklusion, der massive Unterrichtsausfall, die systematische Unterfinanzierung bei Personal, Gebäuden und Infrastruktur sowie die schwierige Debatte über ein Abitur nach acht oder neun Gymnasialjahren. Unser Land weist den höchsten strukturell bedingten Unterrichtsausfall (sog. „Kienbaumlücke“), die ungünstigsten Lehrer-Schüler-Relationen und die niedrigsten Bildungsausgaben pro Schüler auf. Zudem sind Schulen, Lehrer und Schüler schlecht auf das digitale Lernen und damit auf die Zukunft vorbereitet. Hinzu kommen ständig neue Belastungen für Schulen und Pädagogen durch immer neue Vorgaben und Erlasse der Landesregierung.

Alle diese Probleme wollen und werden wir lösen. Wir verbannen eine bildungspolitische Ideologie aus den Schulen und analysieren stattdessen sachlich und wissenschaftlich fundiert die Stärken und Schwächen unseres Schulwesens in Nordrhein-Westfalen. Wir werden der Bildung Priorität einräumen und dabei den Fokus auf eine hohe Bildungsqualität setzen. Nordrhein-Westfalen muss wieder bundesweiter Vorreiter und Vorbild in der Bildungspolitik werden!

Unser Schul- und Lehrerverständnis

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule droht unter Rot-Grün zunehmend aus dem Blick zu geraten. Leistungsansprüche durch Lehrkräfte wirken motivierend auf Schülerinnen und Schüler. Lehrerinnen und Lehrer dürfen allerdings weder auf die rein funktionale Vermittlung von Kompetenzen und Fähigkeiten noch auf bloße Beratung bei Lernprozessen reduziert werden. Eine Verengung des Lehrerbildes auf die Funktion eines bloßen „Lernbegleiters“ verkennt solche elementaren Zusammenhänge und privilegiert oftmals einseitig Kinder und Jugendliche aus bildungsaffinen Familien, die selbständiges Lernen und Arbeiten gewohnt sind. Umgekehrt werden häufig solche Schülerinnen und Schüler benachteiligt, die aus eher bildungsfernen Familien stammen und führungsstarke Lehrerinnen und Lehrer als

Orientierungspersönlichkeiten benötigen, um selbst ihre Lern- und Wissenspotenziale entwickeln und optimieren zu können.

Wir wollen wieder eine hohe Arbeitszufriedenheit der Lehrer erreichen. Zufriedene Lehrer sind gut für unsere Kinder. Dazu gehört insbesondere auch eine Wertschätzung für deren heute immer herausfordernder und umfassender werdende Arbeit.

Hauptanliegen schulpolitischen Handelns ist für die CDU Nordrhein-Westfalen deshalb die Qualität des Unterrichts. Den Erwerb von Basiskompetenzen, zu denen das Beherrschen von Lesen, Schreiben und den Grundrechenarten gehören, werden wir wieder stärken. Eine fundierte Bildung ermöglicht jedem Menschen frei und selbständig in Verantwortung für sich und für die Gesellschaft zu leben. Lehrpläne müssen den Lehrkräften als Qualitätsstandards dienen und gleichzeitig Hilfsmittel zur Unterrichtsvorbereitung sein. Die pädagogische Freiheit der Lehrerinnen und Lehrer bildet dabei für die nordrhein-westfälische CDU ein elementares und unverzichtbares Prinzip von Bildungspolitik. Grundlage professionellen Unterrichtens ist die Fachlichkeit von Lehrkräften. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass fachfremder Unterricht an Schulen vermieden wird.

- ▶▶ Wir halten Angriffe und Beleidigungen von Lehrern für absolut inakzeptabel und plädieren für einen respektvollen Umgang mit Ihnen. Wir setzen uns für schärfere Strafen bei Beleidigungen, Drohungen oder Gewalt gegen Lehrer ein. Wir stellen uns vor unsere Lehrerinnen und Lehrer in NRW, weil wir um ihre verantwortungsvolle Tätigkeit und ihre zunehmend schwieriger gewordenen Aufgaben in der Schule wissen.
- ▶▶ Wir werden das bewährte Konzept der eigenverantwortlichen Schule reaktivieren und weiter stärken. Dies bedeutet einen Paradigmenwechsel, weg von der Aufsicht, hin zu Beratung und Unterstützung. Die Schulaufsicht kann dabei durch eine durchgängige Zweistufigkeit optimiert werden. Die durch den Verzicht auf eine Ebene frei werdenden Kapazitäten sollen dem Unterricht zu Gute kommen.
- ▶▶ Wir werden die Rahmenbedingungen für guten Unterricht verbessern. Sämtliche Berichtspflichten und sämtliche Pflichten zur Erstellung von speziellen Programmen werden wir auf ihre pädagogische Relevanz hin überprüfen und wo möglich reduzieren.
- ▶▶ Wir wollen eine verbesserte Lehrer-Schüler-Relation sowie multiprofessionelle Teams an Schulen in Stadtteilen mit hohen Problemlagen.
- ▶▶ Wir werden die Lehrerausbildung an unseren Universitäten inhaltlich an die tatsächlichen Bedürfnisse des späteren Berufes ausrichten.
- ▶▶ Wir werden die Entscheidungsspielräume für Lehrerinnen und Lehrer vergrößern. Zur pädagogischen Freiheit gehört, dass die Schulen über den Anteil von innerer und äußerer Differenzierung selbst entscheiden.

Lehrerfortbildungen sind für die Qualitätssicherung, aber auch Qualitätsverbesserung in unserem Schulsystem unerlässlich.

- ▶▶ Wir werden die Lehreraus- und -fortbildung so gestalten, dass sie sich auf die Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung unseres Schulsystems konzentrieren. Fortbildungen haben die Lehrkräfte in ihrer fachlich pädagogischen Verantwortung und in der Umsetzung ihrer Unterrichtsziele zu unterstützen.
- ▶▶ Dafür müssen die Fortbildungsangebote ausgebaut und die Universitäten stärker als bisher mit einbezogen werden.

Zur Wertschätzung aller Lehrerinnen und Lehrer gehört eine gerechte Bezahlung. Die gleichlange Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen in Nordrhein-Westfalen macht eine Änderung der Besoldungsstruktur notwendig. Aufgrund der angespannten Haushalts- und Finanzsituation durch die rot-grüne Haushalts- und Verschuldungspolitik in Nordrhein-Westfalen kann die Angleichung der Gehälter nicht in einem Zug erfolgen.

- ▶▶ Wir werden im Einvernehmen mit den Lehrerverbänden einen Stufenplan erarbeiten, der die Ungerechtigkeit in der Lehrerbesoldung, wozu auch das Ungleichgewicht bei der Vergütung von angestellten und verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern gehört, beseitigt.

Wir bekämpfen den Unterrichtsausfall an unseren Schulen.

Zu einem aktiven Schulleben gehört auch die Zusammenarbeit mit Eltern. Wir werden weiterhin vertrauensvoll mit den Elternverbänden arbeiten und deren Kompetenz nutzen. Anregungen und Sorgen von Eltern sind Ansporn für unsere schulpolitische Arbeit. Eigenständige Elternverbände sehen wir daher als einen Mehrwert für die nordrhein-westfälische Schulpolitik an.

Unterrichtsausfall an einer Schule ist nie ganz zu verhindern. Massiver und flächendeckender Unterrichtsausfall aber ist ein nicht hinnehmbares Ärgernis. Jede Stunde, die ausfällt, behindert die Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen unserer Kinder. Dabei geht ausfallender Unterricht besonders zu Lasten derjenigen Schülerinnen und Schüler, die durch ihr familiäres und soziales Umfeld benachteiligt sind.

- ▶▶ Eltern verdienen Transparenz: Wir werden Unterricht, der nicht nach geltendem Lehrplan erteilt wird, egal, ob er komplett ausfällt, fachfremd unterrichtet wird oder die Schülerinnen und Schüler in Eigenregie arbeiten müssen (Ausnahmen: Klassenfahrten, Schulprojekte oder Wandertage), als Ausfall werten.
- ▶▶ Wir werden mittels softwaregestützter Lösungen für eine schulscharfe digitale Erfassung des Unterrichtsausfalls sorgen.
- ▶▶ Wir wollen Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen durch die Einführung von Schulverwaltungsassistenten von der Ausübung unterrichtsfremder Tätigkeiten entlasten.

- ▶▶ Langfristig werden wir eine effektive Vertretungsreserve an allen Schulformen aufbauen. Die hierfür benötigten Finanzmittel können aus der Bafög-Erstattung des Bundes aufgebracht werden.

Wir schaffen die Voraussetzungen für eine gelingende schulische Inklusion.

Wir sind der Überzeugung, dass ein breites schulisches Angebot auch für Kinder mit Behinderung richtig und notwendig ist. Entsprechend wollen wir eine schrittweise und angemessene Ausweitung inklusiver Schulangebote. Gleichzeitig erkennen wir den Wert der Förderpädagogik ausdrücklich an. Sie wird durch eine einfache Ausweitung der Inklusion nicht überflüssig.

Wir sind der Auffassung, dass viele Kinder und Jugendliche mit Einschränkungen erfolgreich an Regelschulen lernen können. Für andere Kinder und Jugendliche bieten hingegen die speziellen Möglichkeiten der Förderschulen die besseren Voraussetzungen. Daher wollen wir Eltern nach individueller professioneller und unabhängiger Beratung in die Lage versetzen, zu entscheiden, wo ihr behindertes Kind am besten gefördert werden kann.

Leider erfolgte die flächendeckende Einführung des inklusiven Unterrichtes durch die rot-grüne Landesregierung völlig überhastet und ohne entsprechende Vorbereitung. Bestens funktionierende Förderschulen wurden geschlossen. Für Regelschullehrer gab und gibt es viel zu wenige und häufig fachlich unzureichende Fortbildungsangebote. Ebenso fehlen jegliche verbindliche Qualitätsstandards für inklusiven Unterricht, genauso wie Konzepte für einen geregelten Einsatz von Sonderpädagogen an inklusiven Schulen. Hinzukommen häufig nicht nachzuvollziehende Schulformzuweisungen (Kinder mit Lernbehinderungen an Gymnasien). Es fehlt an einem Konzept sowie an personellen, baulichen und didaktischen Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion.

- ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass die schulische Inklusion gelingt. Dazu legen wir verbindliche Qualitätsstandards sowie ein Konzept für den Einsatz von Sonderpädagogen an inklusiven Schulen vor.
- ▶▶ Wir werden die für inklusiven Unterricht zwingend erforderlichen Rahmenbedingungen an unseren Schulen schaffen. Dazu gehören entsprechend fortgebildete Regelschullehrer, genügend Sonderpädagogen, kleine Lerngruppen sowie Differenzierungsräume.
- ▶▶ Wir wollen den Ausbau multiprofessioneller Teams an inklusiven Schulen und eine bessere Zusammenführung der spezifischen Kompetenzen der sonderpädagogischen Lehrkräfte und der Lehrkräfte von allgemeinen Schulen.
- ▶▶ Wir wollen die Tätigkeit der sogenannten Inklusionshelfer über die Schaffung einer einheitlichen Qualifikation für die Zukunft absichern. Dazu gehört es, dass im Zuge der Umsetzung der schulischen Inklusion die rechtliche Stellung von Inklusionshelfern an Schulen einer Lösung zugeführt werden muss. Es ist eine Pool-Bildung anzustreben, um damit Befristungen möglichst zu vermeiden.

- ▶▶ Die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ist für uns selbstverständlich.
- ▶▶ Für uns hat auch in einem inklusiven Bildungssystem die Qualität des Unterrichts im Mittelpunkt zu stehen. An den Gymnasien hat im Regelfall zielgleicher statt zieldifferenter Unterricht zu erfolgen. Gymnasien, die aufgrund ihres pädagogischen Konzepts für Inklusion zieldifferenten Unterricht durchführen, müssen durch Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen besonders gestärkt werden.
- ▶▶ Unser Ziel ist das realistische Erreichen eines Schulabschlusses für Kinder mit Behinderung an einer weiterführenden Schule.

Wir werden die Förderschulen erhalten.

Wir sind der Auffassung, dass viele Kinder und Jugendliche mit Einschränkungen erfolgreich an Regelschulen lernen können. Für andere Kinder und Jugendliche bieten hingegen die speziellen Möglichkeiten der Förderschulen die besseren Voraussetzungen. Die Förderschulen in Nordrhein-Westfalen stellen eine bewährte, hochdifferenzierte und mit bestens qualifizierten Lehrkräften ausgestattete Schulform dar. Die Förderschulen diagnostizieren, erziehen, unterrichten, beraten und fördern Kinder und Jugendliche, die der sonderpädagogischen Förderung in besonderem Maße bedürfen und aufgrund des Kindeswohls und/oder des Elternwillens nicht inklusiv beschult werden sollen.

- ▶▶ Wir wollen bis auf weiteres keine Förderschulen mehr schließen. Ein solches Moratorium bedeutet keine Absage an die Inklusion oder gar deren Rückabwicklung, sondern sichert die Wahlfreiheit der Eltern und wichtige Ressourcen, die in der weiteren Entwicklung der Inklusion noch dringend benötigt werden. Wir wollen, dass Eltern frei entscheiden können, wo ihr behindertes Kind am besten gefördert wird.
- ▶▶ Um das Schulangebot schrittweise inklusiv auszubauen, wollen wir allgemeine Schulen aller Schulformen als Schwerpunktschulen benennen, in denen Kinder und Jugendliche ohne und mit Behinderung gemeinsam unterrichtet werden. Solch ein schrittweiser Ausbau ermöglicht den gezielten Einsatz von Ressourcen.
- ▶▶ Gleichzeitig werden wir die bewährten – von der CDU eingeführten und von der aktuellen Landesregierung vorschnell abgeschafften – Kompetenzzentren wieder einführen und mittelfristig zu regionalen Inklusionszentren weiterentwickeln, an denen neben den allgemeinbildenden Schulen auch immer mindestens eine Förderschule, die zuständigen Schul- und Jugendämter, Weiterbildungseinrichtungen, die örtliche Handwerkskammer sowie gesellschaftliche Partner (Vereine, Kirchen, Wohlfahrtsverbände) zu beteiligen sind.
- ▶▶ An den Schwerpunktschulen soll der gezielte Einsatz von Ressourcen für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer Behinderung (z. B. Hörschädigung, Gehbehinderung) einer besonderen personellen und sächlichen Ausstattung bedürfen, ermöglicht werden.

- ▶▶ An Förderschulen mit dem Schwerpunkt Hören und Kommunikation werden wir das Fach „Deutsche Gebärdensprache“ verpflichtend einführen. Ebenso haben mittelfristig alle an einer entsprechenden Förderschule unterrichtenden Lehrkräfte die Deutsche Gebärdensprache aktiv wie passiv zu beherrschen.

Wir werden einen Masterplan für die Grundschulen vorlegen.

Alle Schulen müssen mit den großen Herausforderungen aus dem rot-grünen bildungspolitischen Erbe umgehen: Inklusion, Unterrichtsausfall oder die Integration von Flüchtlingskindern. Besonders schwer haben es dabei die Grundschulen. Sie leiden schon ohne die genannten zusätzlichen Herausforderungen seit langem unter zu großen Klassen, Lehrermangel und unbesetzten Rektorenstellen. Dies ist deshalb so fatal, weil in der Primarstufe die Grundlagen für den weiteren Bildungsweg der Kinder gelegt werden. Ein guter Start ist besonders wichtig für diejenigen, die von ihrer sozialen Herkunft her benachteiligt sind. An den beschriebenen Mängeln wird deutlich, dass es in Nordrhein-Westfalen einen „Masterplan Grundschule“ braucht, um die Bildung der Kinder von Anfang an auf eine sichere Basis zu gründen. Unser „Masterplan Grundschule“ umfasst folgende wesentliche Punkte:

- ▶▶ Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für Ziffernnoten spätestens ab der dritten Klasse ein.
- ▶▶ Bei Grundschulen, die inklusiv unterrichten, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen erfüllt sein. Dazu gehören eine angemessene Ausstattung mit Sonderpädagogen und Schulsozialarbeitern, die Möglichkeiten zu durchgehenden Doppelbesetzungen sowie das Angebot entsprechender Fortbildungen für inklusiv unterrichtende Lehrkräfte.
- ▶▶ Bei der Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern von Aufgaben der Bewirtschaftung und Verwaltung durch Schulverwaltungsassistenten ist zu prüfen, inwieweit in kleineren Systemen, wie sie vor allem viele Grundschulen im ländlichen Raum darstellen, Schulverwaltungsassistenten auch für mehrere Schulen zuständig sein können.
- ▶▶ Unabhängig vom Status einer Grundschule als Inklusionsschule soll die Arbeit der Lehrkräfte an Grundschulen generell durch den vermehrten Einsatz von Schulsozialarbeitern entlastet werden.
- ▶▶ Bei der Sprachförderung von Flüchtlingskindern im Primarbereich ist eine flächendeckende Versorgung der betroffenen Grundschulen unabhängig von ihrer Größe mit externen Fachkräften sicherzustellen, notfalls auch dadurch, dass einzelne Fachkräfte für mehrere Grundschulen zuständig sein können.
- ▶▶ Wir werden die Möglichkeit einer landesweiten Vertretungsreserve auch im Grundschulbereich schaffen, um einen ordnungsgemäßen Unterricht in der Primarstufe sicherzustellen. Die „flexiblen Mittel“ für den Vertretungsunterricht sind entsprechend auf Auskömmlichkeit hin zu evaluieren.

- ▶ Schließlich gilt es auch, die Lehrerversorgung an den Grundschulen langfristig zu gewährleisten. Hierfür notwendig ist eine enge Abstimmung des Schulministeriums mit den Universitäten, damit entsprechend der Prognosen zur Entwicklung der Schülerzahlen und der anstehenden Pensionierungen auch ausreichend Studienkapazitäten für den Primarbereich vorgehalten werden.

Wir werden die Hauptschule qualitativ weiterentwickeln.

Die Hauptschule ist und bleibt eine wichtige Schulform innerhalb des differenzierten Schulangebots, denn sie vermittelt eine grundlegende Allgemeinbildung. Darüber hinaus arbeitet sie sowohl an einer intensiven Sprachförderung als auch an einer konkreten Berufsorientierung und schafft solide Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Bildung. Gerade Hauptschulen erhalten deshalb regelmäßig Förderpreise des Landes für herausragende schulische Erfolge. Auf das breite Feld von unterschiedlichen Anliegen, Interessen und Neigungen der Schülerinnen und Schüler wird an den Hauptschulen durch ein differenziertes und vielfältiges Auswahlangebot an Zusatzkursen eingegangen, die neben dem Kanon an für alle verbindlichen Fächern angeboten werden.

- ▶ Wir werden die Hauptschule auch für die Integration von praktisch begabten Flüchtlingskindern bzw. für die Anforderungen von qualitativ hochwertigem inklusivem Unterricht mit Abschlussorientierung für alle Schülerinnen und Schüler konzeptionell weiterentwickeln.
- ▶ Um die Zielsetzung der Berufsförderung noch stärker zu betonen, werden wir dafür sorgen, dass Hauptschulen mit beruflichen Schulen, der regionalen Wirtschaft, der Handwerkskammer sowie der Industrie- und Handelskammer der jeweiligen Region enger zusammenarbeiten, um in Form von „Bündnissen für Schule, Ausbildung und Beruf“ den Übergang in den praktischen Beruf zu erleichtern und Wege der schulischen Weiterbildung zu eröffnen.

Wir wollen zukunftsfeste und starke Realschulen.

Die Realschule nimmt im gegliederten Schulwesen zwischen dem praktischen und dem akademischen Bildungsgang eine wichtige Scharnier- und Mittelposition ein und legt eine wichtige Grundlage für eine Berufsausbildung und eine spätere Tätigkeit in Berufen mit gehobenen Ansprüchen. Sie schafft dadurch günstige schulische Voraussetzungen für den Übertritt in weitere schulische Bildungsgänge bis hin zur Hochschulreife im Rahmen eines klar definieren und strukturierten Bildungsprofils. Von Vertretern des „längeren gemeinsamen Lernens“ wird sie dennoch systematisch diskreditiert und wie zuvor die Hauptschule zur „Auslaufschule“ erklärt, obwohl ihre Erfolge unbestreitbar sind und sie in vielen Städten und Gemeinden unseres Landes nach wie vor über eine große Akzeptanz verfügt. Die Realschule ermöglicht Aufstieg durch Bildung in geradezu vorbildlicher Weise.

- ▶▶ Deshalb werden wir die Realschule dem Wunsch vieler Eltern entsprechend schulorganisatorisch wie konzeptionell stärken, statt sie langfristig zur Disposition zu stellen.
- ▶▶ Im Rahmen der Überarbeitung der Lehrpläne werden wir das spezifische Schulprofil der Realschule stärker betonen und herausarbeiten.
- ▶▶ Vor allem werden wir im Sinne maximaler Durchlässigkeit für geeignete Schülerinnen und Schüler den Übergang von der Realschule in die gymnasiale Oberstufe erleichtern und generell die Kooperation zwischen Gymnasien und Realschulen verbessern.

Wir bekennen uns zu Sekundar- und Gesamtschule.

Wir bekennen uns zu der im Zuge des Schulkonsenses von 2011 eingeführten neuen Schulform der Sekundarschule. Sekundarschulen geben kleineren Kommunen, vor allem im ländlichen Raum, die Möglichkeit, das Angebot einer weiterführenden Schule vorzuhalten, auch wenn der demografische Wandel den Fortbestand eigenständiger Haupt- und Realschulen am Ort nicht mehr erlaubt.

Viele Sekundarschulen kämpfen aber bereits kurz nach ihrer Gründung mit sinkenden, existenzgefährdenden Anmeldezahlen. Dies liegt vor allem daran, dass das Schulministerium Sekundarschulen einseitig und fälschlicherweise zu „Schulen des längeren gemeinsamen Lernens“ deklariert hat.

- ▶▶ Wir werden das Profil der Sekundarschule schärfen. Eine neue Schulform braucht Zeit, sich pädagogisch und gesellschaftlich zu etablieren. Diese Zeit verdienen und bekommen unsere Sekundarschulen. Dazu gehört eine verstärkte Informationsarbeit in der Elternschaft und Öffentlichkeit, die nachhaltig die Inhalte, Stärken und Chancen dieser neuen Schulformen für Kinder und Jugendliche vermittelt. Wir garantieren den Kommunen, die Sekundarschulen errichtet haben, die nötige Zukunftssicherheit, dass ihr Engagement und ihre teilweise beträchtlichen Investitionen für die Sekundarschule nachhaltig Bestand haben. Insbesondere in ländlichen Kommunen ist eine Sekundarschule als oft einzige weiterführende Schule von besonderer Bedeutung. Dem werden wir in Regierungsverantwortung durch Flexibilität in der Schulorganisation und durch Beständigkeit in der Schulpolitik Rechnung tragen, um dieses wohnortnahe Schulangebot zu verstetigen, auch wenn sich demografische Trends auf die Schülerzahlen auswirken. Für neu zu gründende Sekundarschulen soll im Einzelfall auch eine Zweizügigkeit ausreichend sein, wie in anderen Bundesländern üblich.
- ▶▶ Zur weiteren Festigung der Sekundarschule werden wir auch die Bezirksregierungen anweisen, bei der Beratung der Kommunen anders als bisher ausdrücklich auf die im Schulkonsens vorgesehene kooperative Form der Sekundarschule hinzuweisen.

Wir sehen die Gesamtschulen als festen Bestandteil des mehrgliedrigen Schulwesens in Nordrhein-Westfalen. Gerade als integrative Schulform kommt Gesamtschulen bei der inklusiven Beschulung eine hohe Bedeutung und Verantwortung zu.

- ▶▶ Entscheidend für die Neugründung von Gesamtschulen muss ein objektiv feststellbarer Bedarf bzw. Elternwillen sein.
- ▶▶ Wir werden für die Einhaltung der sogenannten „Drittelparität“ (ein Drittel Gymnasiasten, ein Drittel Realschüler und ein Drittel Hauptschüler) in der Schülerschaft unserer Gesamtschulen sorgen. Fehlen Haupt-, Real- oder Sekundarschulen, droht Gesamtschulen das Schicksal einer „Restschule“ mit allen gravierenden Konsequenzen für das interne Lernklima und die soziale Ausgeglichenheit.
- ▶▶ Die Gesamtschule ist als integrative Schulform, die in besonderer Weise das Ziel inklusiver Beschulung verfolgt, von Rot-Grün geschwächt worden. Wir wollen sie in ihrer wichtigen Inklusionsarbeit stärken.

Wir werden die Strukturfrage an unseren Gymnasien klären.

Die Gymnasien in unserem Land haben zunehmend Probleme, ihrem pädagogischen Auftrag, Schüler auf ein späteres Studium vorzubereiten, nachzukommen. Die Oberstufe muss deshalb in ihrer Qualität gesteigert werden, so dass sie eine echte Vorbereitung auf das Studium darstellt. Mit dem Abitur wird die Hochschulreife verliehen. Darauf müssen sich die Hochschulen verlassen können.

Die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Schulpolitik und dem Qualitätsverlust an den Gymnasien drückt sich in dem Wunsch vieler Eltern aus, wieder zu G9-Gymnasien zurückzukehren. Durch die ständigen Veränderungen am G8 durch die rot-grüne Landesregierung hat sich an den Gymnasien nichts verbessert. Dabei stellt die Lösung der Strukturfrage nach einem acht- oder neunjährigen gymnasialen Bildungsgang einen wichtigen Schritt hin zur qualitativen Weiterentwicklung der Gymnasien dar.

Eine Wiedereinführung des G9 ohne Vorbereitung kann es dennoch nicht geben. Es darf keine unnötige Unruhe an den Gymnasien entstehen. Für alle Gymnasien G9 einzuführen, würde diejenigen Schulen benachteiligen, bei denen G8 gut umgesetzt wird und wo die Eltern mit dieser Umsetzung zufrieden sind. Andererseits nähme die Haltung, landesweit alles beim Alten zu belassen, die vielen Eltern nicht ernst, die keine Akzeptanz mehr für G8 haben.

- ▶▶ Wir wollen G8 und G9 gleichberechtigt im Schulgesetz verankern und die pädagogische Freiheit der Gymnasien stärken. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, individuell entsprechend ihrer Schülerschaft und auch mit Blick auf die örtlichen Bedingungen ihren zukünftigen Bildungsgang zu gestalten.
- ▶▶ Gymnasien, bei denen G8 gut umgesetzt ist und wo die Eltern mit dieser Umsetzung zufrieden sind, können ihren Weg konsequent weitergehen.
- ▶▶ Gymnasien, an denen der Wunsch nach einer Rückkehr zu G9 überwiegt, sollen die Möglichkeit dazu erhalten. Die einmalige Entscheidung für G9 soll so schnell wie möglich gefällt werden können, muss aber nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen.

- ▶▶ Der Prozess wird vom Schulministerium und den Schulämtern aktiv begleitet und, wo erforderlich bzw. gewünscht, fachlich unterstützt und moderiert. Dabei müssen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulträger gleichermaßen beteiligt werden.
- ▶▶ Die Entscheidung für einen Wechsel aus der bestehenden Struktur treffen die Schulkonferenz und der Schulträger mit Ratsbeschluss. Bei einer Weiterentwicklung zu G9 können neben der Eingangsklasse 5 auch weitere Jahrgänge in den G9-Bildungsgang überführt werden.

Wir ermöglichen ein echtes G9.

Die Neugestaltung des G9 darf sich nicht am bisherigen G8-Bildungsgang orientieren, denn das würde zu einem unechten G9 führen. Unser Konzept für die Neugestaltung eines echten G9 zielt vor allem auf eine Verbesserung der Qualität der Gymnasien.

- ▶▶ Wir werden die Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe auflösen, indem wir die Jahreswochenstunden auf 180 reduzieren.
- ▶▶ Die zweite Fremdsprache wird wieder erst ab der 7. Klasse unterrichtet.
- ▶▶ Zur besonderen Förderung von starken und schwächeren Schülern werden wir zusätzliche Stundenkontingente schaffen.
- ▶▶ Zudem werden wir die Lehrpläne und Stundentafeln für die Gymnasien mit dem Ziel überprüfen und überarbeiten, die Fachlichkeit des Unterrichts zu stärken.
- ▶▶ Auch werden wir zur Vergabe der mittleren Reife nach der Sekundarstufe I in Klasse 10 zurückkehren.
- ▶▶ Für Gymnasien mit G9-Bildungsgang werden wir die Möglichkeit des Überspringens einer Klasse für Schülerinnen und Schüler, die entsprechende Leistungen erbringen, erleichtern und verbessern.
- ▶▶ Wir erkennen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, die wir durch verbesserte Förderkonzepte für Schulwechsler auf das Gymnasium erreichen wollen.

Wir stärken unsere Gymnasien – G8 wie G9.

Unabhängig von der Frage, ob das Abitur nach acht oder neun Jahren erreicht wird, kommt den Gymnasien eine zentrale Bedeutung in unserem gegliederten Schulsystem zu. Es gilt, unsere Gymnasien zukunftsfest zu machen.

- ▶▶ Wir werden Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität an den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen ergreifen und die Studierfähigkeit der Studienanfänger verbessern. Dazu gehört die Stärkung der technischen Grundbildung und Nachwuchsförderung, die

Grundvoraussetzung für den Innovations- und Technikstandort Nordrhein-Westfalen ist. Die MINT-Fächer an den Gymnasien werden wir zu einem attraktiven Angebot weiter ausbauen. Das Fach Wirtschaft wird im Wahlpflichtbereich gestärkt.

- ▶ Die Gymnasien sollten durch eine enge Kooperation mit Universitäten und Hochschulen ihr Profil im Sinne der Wissenschaftspropädeutik schärfen können.

Wir werden echte Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und Ganztagsunterricht schaffen.

Bei der Einführung der Ganztagschule war die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf das vorrangige Ziel. Inzwischen ist diese Zielsetzung ergänzt durch verbesserte Bildungsqualität und ein Mehr an individueller Förderung. So begrüßenswert dieses Ziel der Bildungsförderung im Ganztage ist, stellt jedoch auch der Grundgedanke der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin einen zentralen Gesichtspunkt der Ganztagschule dar. Für Kinder vor allem im Primarbereich ist es besonders wichtig, dass sie neben dem Kindergarten und der Schule über ein starkes familiäres Umfeld verfügen. Deshalb darf das Angebot des Ganztags nicht zum Hinderungsgrund werden, wenn z. B. eine Familie trotz Berufstätigkeit beider Eltern an einem Nachmittag etwas gemeinsam unternehmen möchte.

Für uns stehen Halbtags- und Ganztagsunterricht gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander. Das oberste Gebot ist das Prinzip der Wahlfreiheit für Eltern und Schüler. Einen verbindlichen „Ganztage für alle“ lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen entschieden ab. Deshalb treten wir dafür ein, dass sämtliche Schulformen als Halbtags- wie als Ganztagsvariante zur Verfügung stehen. Ganztags- und Halbtagszüge sollen, wenn die notwendigen baulichen wie personellen Voraussetzungen vorhanden sind, dabei prinzipiell auch parallel an einer Schule geführt werden können.

Bei der Ausgestaltung von Ganztagsangeboten gilt es zu berücksichtigen, dass die Möglichkeit für außerschulische Aktivitäten, wie z. B. religiöser, sportlicher, künstlerischer, musischer oder therapeutischer Art, erhalten bleibt. Gleichzeitig müssen Strukturen etabliert werden, die es den Trägern der außerschulischen Freizeitangebote erleichtern, im Rahmen des schulischen Ganztags mitzuwirken.

Wir sind sicher, dass flexible Lösungen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und den Möglichkeiten der einzelnen Schulen entgegenkommen.

- ▶ Wir werden die Konzepte der Ganztagschulen, vor allem der Grundschulen als OGS, deshalb unter Berücksichtigung der pädagogischen und organisatorischen Planungssicherheit der Schulen und der Schulträger dahingehend überarbeiten, dass die Teilnahme von Kindern flexibler gestaltet werden kann.

Wir beenden den Schulleitermangel in Nordrhein-Westfalen.

Vielen Schulen in Nordrhein-Westfalen, in erster Linie Grund- und Hauptschulen, fehlt ein Schulleiter. Aktuell sind es mehr als 700 Schulen in unserem Land, die ohne Rektorin oder Rektor auskommen müssen; damit ist fast jede siebte Schulleiterstelle unbesetzt (13,5 Prozent). Hintergrund ist auch die lang anhaltende Weigerung der rot-grünen Landesregierung, Rektoren entsprechend ihrer Verantwortung zu besolden. Noch häufiger als Schulleiter fehlen ihre Stellvertreter: an einem Viertel der Schulen ist dieser Posten nicht besetzt.

- ▶▶ Wir werden eine Erhöhung der Besoldung der Konrektoren bei Grund- und Hauptschulen auf mindestens A 13 vornehmen und damit die eklatante Ungleichbehandlung der Konrektoren durch die amtierende Landesregierung korrigieren.
- ▶▶ Für eine Entlastung der Schulleiter werden wir durch den verstärkten Einsatz von Schulverwaltungsassistenten Sorge tragen.

Wir stärken die Schulsozialarbeit und bauen sie aus.

Eine gezielte Förderung gerade der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler und derjenigen mit einem schwierigen sozialen Hintergrund ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

- ▶▶ Deshalb werden wir die Schulsozialarbeit stärken. Sie soll in Kooperation mit der kommunalen Jugendhilfe die Schulen und ihre Lehrkräfte in ihren pädagogischen Aufgaben unterstützen. Ihren Ausbau werden wir vorrangig in sozial schwachen Regionen voranbringen und dafür sorgen, dass die Schulsozialarbeit bei Bedarf für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Einordnung in die Strukturen der Sozialgesetzgebung, zugänglich ist.
- ▶▶ Eine auf die einzelnen Schüler ausgerichtete Kooperation und Kommunikation insbesondere zwischen den schulischen Akteuren und den kommunalen Ämtern ist unablässig. Wir werden daher die unter CDU-Verantwortung vorangetriebenen Bildungsnetzwerke weiter ausbauen und stärken.

Wir werden für eine gute Ausstattung und ein gutes Lernumfeld an unseren Schulen sorgen.

Zustand und Ausstattung der nordrhein-westfälischen Schulen sind in einem bedenklichen Zustand. Lediglich 15 Prozent aller Schulgebäude im Land gelten derzeit als baulich vollkommen in Ordnung. Der geschätzte Sanierungsstau beläuft sich auf mehrere Milliarden Euro. Zwar handeln die Kommunen als Schulträger hier eigenverantwortlich, doch trägt die Landesregierung für die eingetretenen Zustände sehr wohl Mitverantwortung. Obwohl der Landeshaushalt seit 2010 um mehr als ein Drittel angewachsen ist, verharrt die für den

Schulbau vorgesehene Investitionspauschale des Landes auf dem mittlerweile völlig unzureichenden Niveau von 600 Millionen Euro.

- ▶▶ Wir werden in der Landesregierung unsere Verantwortung für die Schulgebäude im Land ernst nehmen und ein verlässlicher Partner für Kommunen und Schulen sein. Dazu gehört eine regelmäßige und angemessene Erhöhung der Investitionspauschale, um den Investitionsstau wirksam und nachhaltig abzubauen. Denn dauerhafter Lernerfolg ist auch vom Umfeld und der Ausstattung der Räumlichkeiten in den Schulen abhängig.

Wir geben Flüchtlingskindern eine Perspektive.

In den kommenden Jahren wird die Beschulung und soziale Integration zehntausender Flüchtlingskinder eine zusätzliche Herausforderung für die Schulen in Nordrhein-Westfalen bedeuten. Auf diese Herausforderung sind Schulen wie Lehrer durch die rot-grüne Landesregierung jedoch nur unzureichend vorbereitet. Es fehlen zusätzliche Lehrerstellen, Räumlichkeiten und Unterrichtskonzepte.

- ▶▶ Wir werden Eingangsklassen für Kinder und Jugendliche ohne jede Deutschkenntnisse als Basis für den anschließenden Besuch des Regelunterrichts bilden und darüber hinaus schulbegleitende, differenzierte Angebote zum verbesserten Spracherwerb schaffen.
- ▶▶ Den Erlass, der Kinder und Jugendliche ohne deutsche Sprachkenntnisse direkt in die Regelklassen schickt, werden wir zurücknehmen.
- ▶▶ Dazu werden wir gezielte Zusatzqualifikationen „Deutsch als Fremdsprache“ für Lehrkräfte anbieten.
- ▶▶ Auch werden wir pensionierte Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer aktivieren.
- ▶▶ Zudem werden wir für eine frühzeitige Feststellung der Potenziale der Kinder und Jugendlichen sorgen, um ihnen eine entsprechende Schullaufbahn an den für sie geeigneten Schulen zu ermöglichen.
- ▶▶ Zur Unterstützung der Lehrkräfte wollen wir multiprofessionale Teams aus Psychologen und Schulsozialarbeitern an unseren Schulen einsetzen, die vor allem traumatisierte Kinder und Jugendliche intensiv betreuen können.
- ▶▶ Wir werden die Vermittlung historisch-politischer Bildung, speziell der Werte und demokratischen Grundprinzipien unserer Verfassung, zu einem zentralen Bestandteil der Beschulung von Flüchtlingskindern machen, um kulturelle Integration zu erleichtern und Radikalisierungen frühzeitig zu verhindern.
- ▶▶ Wir werden geeignete Rahmenbedingungen für berufsschulpflichtige Flüchtlinge schaffen und dabei Berufskollegs, Weiterbildungskollegs, Volkshochschulen und andere Weiterbildungseinrichtungen beteiligen und die Arbeitsvermittlung frühzeitig einbinden.

Wir werden die Beschulung von geflüchteten Heranwachsenden ohne Schulabschluss ermöglichen.

Wir nutzen die Chancen des digitalen Wandels für die schulische Bildung

Von der digitalen Revolution können Schule und Bildung natürlich nicht ausgenommen werden. Alles andere wäre ein gefährlicher Anachronismus und würde die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gefährden. Doch kann es nicht darum gehen, analoges Lernen komplett durch digitalen Unterricht zu ersetzen.

- ▶▶ Wir werden für sinnvolle Verzahnungen von analogem und digitalem Lernen sorgen.
- ▶▶ Die Medienerziehung in der Schule ist ein erster Schritt zur Selbstbestimmung. Unser Ziel ist, dass Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen Kenntnisse und Kompetenzen erwerben, die zu einem verantwortungsvollen, eigenständigen Umgang mit Informations- und Kommunikationstechniken befähigen.
- ▶▶ Entsprechend werden wir das Fach Informatik an allen Schulformen stärken. Wir werden den Medienkompetenzerwerb in den Fachcurricula aller Schulformen verbindlich verankern.

Digitale Medien eröffnen neue Möglichkeiten für die Gestaltung des Unterrichts und die Sicherung des Lernerfolgs. So können Lernprozesse durch den Einsatz digitaler Medien interaktiv und adaptiv gestaltet werden und damit Lernhilfen und -hinweise auf Lernvoraussetzungen und -möglichkeiten des einzelnen Schülers abgestimmt werden. Der Einsatz digitaler Medien im Unterricht trägt damit nicht nur zum Erwerb einer zeitgemäßen Medienkompetenz bei, sondern erweitert auch die Möglichkeiten individueller Förderung.

- ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass mittelfristig alle Schulen in Nordrhein-Westfalen über eine angemessene technische Ausstattung verfügen.
- ▶▶ Auch werden wir das digitale Lernen verstärkt in der Lehreraus- und -fortbildung verankern.
- ▶▶ Durch den Einsatz qualifizierter Moderator/innen wollen wir die Schulen und Lehrkräfte durch geeignete Fortbildungsangebote bei ihrer Schul- und Unterrichtsentwicklung im digitalen Bereich umfassend beraten und begleiten.

Wir stärken die berufliche Bildung und das duale System.

Dem dualen Bildungssystem in Deutschland kommt bei der Berufsausbildung eine besondere Bedeutung zu. Es ist ein wichtiger Baustein, um den zukünftigen Fachkräftebedarf in Deutschland zu decken. Die duale Ausbildung ist keine Sackgasse und auch keine Notlösung, sondern – ganz im Gegenteil – ein attraktiver Weg zu einem Beruf, was sich nicht zuletzt auch in den Verdienstmöglichkeiten zeigt.

- ▶▶ Die Berufskollegs leisten einen besonderen Beitrag der allgemeinbildenden und beruflichen Qualifizierung vieler junger Menschen aller Bildungsschichten in unserem Land. Auch bei zurückgehenden Schülerzahlen werden wir insbesondere in den Landkreisen die Berufskollegs mit ihrem fachlichen Angebot der Fachklassen des dualen Systems in den Berufsschulen erhalten.
- ▶▶ Wir werden daher mehr als bisher in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass für Fachkräfte mit abgeschlossener dualer Ausbildung ausgezeichnete Berufsaussichten mit Aufstiegschancen bestehen.
- ▶▶ Um den Einstieg in das duale System zu erleichtern, wollen wir die Praxisorientierung an den Schulen erhöhen. Vor allem das Handwerk ist auf Bewerberinnen und Bewerber angewiesen, die neben notwendigem theoretischem Wissen vor allem praktische Fertigkeiten mitbringen. Technisch-praktische Fachkompetenz werden wir entsprechend als Bildungsstandard in den Lehrplänen verankern.
- ▶▶ Um die Attraktivität der beruflichen Bildung im dualen System zu steigern, werden wir dafür sorgen, dass auch in Nordrhein-Westfalen ein „Berufsabitur“ als Angebot eingeführt wird, das Gesellenprüfung und Abitur miteinander verbindet.
- ▶▶ Zur Stärkung der beruflichen Bildung werden wir die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer gezielt fördern.
- ▶▶ Der Anteil von Schülern und Schulabgängern in Nordrhein-Westfalen, die Kompetenzdefizite aufweisen oder nicht ausbildungsreif sind, ist im Vergleich zu anderen Bundesländern zu hoch. Das birgt hohe soziale Risiken und führt zu Ausbildungsabbrüchen. Wir werden daher zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die Ausbildungsreife aller Schulabgänger zu erhöhen.
- ▶▶ Wir werden die Sachausstattung und insbesondere die Personalsituation an unseren Berufskollegs deutlich verbessern. Dazu wollen wir wieder mehr Studienanfänger für das Studium des Lehramtes begeistern, die Studienbedingungen verbessern und die Übernahme in den Schuldienst erleichtern. Auch berufserfahrenen Meistern und Ingenieuren, die über die erforderlichen fachdidaktischen und pädagogischen Kompetenzen verfügen, wollen wir die Übernahme in den Schuldienst ermöglichen, um vor allem im technischen Bereich den Lehrermangel an Berufskollegs zu bekämpfen. Vorrangig werden jedoch weiterhin die wissenschaftlich ausgebildeten Berufspädagogen eingestellt.
- ▶▶ Die Bildungs- und Kompetenzzentren des Handwerks sind unverzichtbarer Partner in der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Hier besteht großer Bedarf zur Sanierung der Gebäude und zur Modernisierung der Ausstattung. Kurzfristige Programme sind dafür keine tragfähige Lösung. Wir werden auf Dauer für verlässliche und bedarfsgerechte Rahmenbedingungen sorgen, um die Handwerksorganisationen bei Investitionen zu unterstützen.

Unser Ziel ist: Kein Schüler ohne Abschluss.

Ein zentrales Ziel der Bildungspolitik muss es sein, dass möglichst kein Jugendlicher mehr die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlässt.

- ▶ Für Schülerinnen und Schüler, die dennoch einen solchen Abschluss zu verpassen drohen, wollen wir einen neuen Bildungsgang an den Berufsschulen speziell mit Lehrkräften anbieten, welche über eine eigene sonderpädagogische Ausbildung im Berufsbildungsbereich verfügen. Hierzu ist gegebenenfalls ein neuer Zweig der Lehrerausbildung zu schaffen.
- ▶ Zu prüfen ist die Einrichtung sonderpädagogischer Berufskollegs. Diese Schulform ist besonders für die inklusiv unterrichteten Schülerinnen und Schüler mit Behinderung attraktiv, die wegen der zieldifferenten Beschulung an einer allgemeinbildenden Regelschule keine Chance haben, einen höheren als den Förderschulabschluss zu erwerben.

Wir werden die Attraktivität von Weiterbildungsangeboten erhöhen.

Mit ihren Angeboten in den Bereichen Alphabetisierung und elementarer Grundbildung, der Vermittlung von Sprachkenntnissen für Zugewanderte und Geflüchtete, der beruflichen Qualifizierung im Rahmen des Konzepts des lebenslangen Lernens sowie Maßnahmen der politischen Bildung sind die Volkshochschulen und Weiterbildungsinstitutionen in freier Trägerschaft zu einem tragenden und unverzichtbaren Bestandteil der nordrhein-westfälischen Bildungslandschaft geworden. Die rot-grüne Landesregierung hat es in der Vergangenheit versäumt, die politisch gewollte Ausweitung der Bildungsangebote der verschiedenen Organisationen der Weiterbildung sach- und fachgerecht auszugestalten und mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Neben vielen anderen unerwünschten Ergebnissen hat die rot-grüne Landesregierung u. a. zu verantworten, dass Kursleiterinnen und -leiter infolge einer unzureichenden Förderung im Rahmen von Landesprogrammen oftmals nur in prekären Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt werden konnten und können.

Die mangelhafte Finanzierung der Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen gefährdet die erfolgreiche Bewältigung ihrer wichtigen Aufgaben.

- ▶ Wir wollen deshalb für einen verlässlichen Rahmen der Arbeit der Volkshochschulen und Weiterbildungsinstitutionen in freier Trägerschaft sorgen. Dieser umfasst neben einer angemessenen und projektungebundenen Ressourcenausstattung auch die Dynamisierung der institutionellen Förderung durch das Land. Hierzu streben wir eine zeitgemäße und den neuen Rahmenbedingungen von Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen gerecht werdende Reform des Weiterbildungsgesetzes NRW (WbG) an. Im Zuge dieser Gesetzesreform beabsichtigen wir insbesondere auch den arbeitsrechtlichen Status von Lehrenden neu zu regeln. Die Chancen der Digitalisierung müssen auch in der Weiterbildung genutzt werden.

- ▶▶ Vor allem wollen wir die personellen und räumlichen Ressourcen der Familienbildungsstätten gut und verlässlich absichern. Ferner gilt es, innovative Lehrkonzepte in der Erwachsenen- und Familienbildung stärker zu unterstützen und die Initiierung entsprechender Programme der Familienbildung zu fördern.
- ▶▶ Speziell streben wir an, für die Integration von Flüchtlingen durch die Weiterbildungseinrichtungen ein Bedarf deckendes Förderprogramm aufzulegen. Mittel aus europäischen Programmen und vom Bund sind dabei einzubeziehen.
- ▶▶ Daneben wollen wir über die kommunalen Bildungskoordinatorinnen und -koordinatoren, die durch den Bund finanziert werden, hinaus den Einrichtungen für Weiterbildung ein Sonderbudget für die individuelle Bildungsberatung zur Verfügung stellen.

3. Wissenschaft und Forschung

Der Erfolg der Wirtschaft, die Sicherung unseres Wohlstandes und der Beschäftigung wie auch die Zukunftsfähigkeit des ganzen Landes hängen unmittelbar mit der Qualität und der Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen und seiner vielfältigen Hochschul- und Forschungslandschaft zusammen. Wir sind grundsätzlich davon überzeugt, dass die Hochschulen selbst am besten entscheiden können, wie und wozu geforscht wird und wie die vorhandenen Mittel möglichst optimal eingesetzt werden können. Gleichwohl bedarf es einer sorgfältigen Evaluation bisheriger Lehrinhalte und der Forschungsförderung, um die vorhandenen begrenzten Ressourcen nicht ineffizient zu verschwenden.

In der Zeit des Hochschulfreiheitsgesetzes in den Jahren 2005 bis 2010 waren die Hochschulen sehr erfolgreich. Nordrhein-Westfalen galt aufgrund einer sehr autonom gestalteten Hochschullandschaft als Vorreiter in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

Das von der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2014 verabschiedete Hochschulgesetz wird von vielen Studierenden, Professoren, den Hochschulleitungen und Senaten, den Hochschulräten, den Studentenwerken und der Wirtschaft jedoch massiv kritisiert. Das so genannte „Hochschulzukunftsgesetz“ ist rückwärtsgewandt und atmet den Geist der Bevormundung, des Misstrauens, des Regelungswahns und der Bürokratie.

Wir stellen die Hochschulfreiheit wieder her.

Zentrales Element unserer Wissenschaftspolitik ist und bleibt die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Denn erst Freiheit im Denken schafft den nötigen Raum für Kreativität und Erkenntnisgewinn. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen dringend eine neue Kultur für Innovation, Forschung und Entwicklung. Diese Kultur bezieht ausdrücklich außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Stiftungen mit ein.

- ▶▶ Wir werden nach der Regierungsübernahme unverzüglich gemeinsam mit den Hochschulen die Weiterentwicklung und Stärkung des Hochschulstandortes Nordrhein-

Westfalen unterstützen und das Hochschulgesetz im Lichte der jüngsten Rechtsprechung der überfälligen Evaluation unterziehen.

- ▶▶ Wir werden Innovationsprozesse in Wissenschaft und Wirtschaft so unterstützen, dass die Hochschulen ihre wiedergewonnene Freiheit zur Kooperation mit der Wirtschaft verantwortungsvoll nutzen können. Hier liegt eine besondere Herausforderung, aber auch Chance insbesondere für die vielen Universitäten und Fachhochschulen im Ruhrgebiet, der dichtesten Hochschullandschaft Europas.
- ▶▶ Wir wollen die Verzahnung zwischen universitärer Forschung und Lehre auf der einen und der regionalen Wirtschaft, Unternehmensgründern, Stiftungen, dem innovativen Mittelstand oder Start-ups auf der anderen Seite stärken.

Wir wollen Forschungsfreiheit.

Unseren Hochschulen wurde mit dem Inkrafttreten des Hochschulzukunftsgesetzes im Jahr 2014 in ihrer Forschungsfreiheit beschränkt. Dies drückt sich unter anderem darin aus, dass die amtierende Landesregierung beispielsweise durch einen eigenen Hochschulentwicklungsplan aktiv auf Ziele und Schwerpunkte einer Hochschule und auf Lehre und Forschung inhaltlich Einfluss nehmen kann.

- ▶▶ Wir lehnen jeden unzulässigen Eingriff in das sowohl grundgesetzlich als auch durch die Landesverfassung Nordrhein-Westfalen verbrieftete Recht der Freiheit von Forschung und Lehre entschieden ab.
- ▶▶ Alle Maßnahmen, Projekte, Ziele und Absichten, die diesen Rechten zuwiderlaufen, werden wir im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung ändern. So wollen wir u. a. die eingeführte Möglichkeit für eine Zivilklausel reformieren (Verbot von Forschung, die auch zu militärischen Zwecken genutzt werden könnte), bei der nicht festgelegt wurde, wo eine solche Forschung beginnt und wann eine Forschung als militärisch nutzbar gilt.

Wir werden die Qualität des Studiums erhöhen.

Noch immer brechen zu viele Studierende ihr Studium ab. Betroffen ist rund ein Drittel aller Studierenden. Die rot-grüne Landesregierung kümmert sich jedoch mehr um die Symptome als um die Ursachen dieses Problems. Das muss sich ändern.

- ▶▶ Der von der rot-grünen Landesregierung vorgelegte Hochschulentwicklungsplan ist unzureichend und erfasst nicht die unterschiedlichen Bedürfnisse der Hochschulen. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Hochschulen moderne Steuerungsmöglichkeiten entwickeln, die zur Qualitätsverbesserung der Hochschulen beitragen. Zu diesem Zweck werden wir eine Hochschulentwicklungskommission unter Beteiligung der Universitäten und Fachhochschulen einsetzen, die in einem ersten Schritt eine umfängliche

Bestandsaufnahme hinsichtlich der Personal- und Sachausstattung sowie der baulichen Infrastruktur der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft durchführen soll.

- ▶▶ In einem zweiten Schritt wollen wir konkrete Maßnahmen, welche geeignet sind, Qualität und Effizienz von Forschung und Lehre zu steigern, gemeinsam erarbeiten und umsetzen.
- ▶▶ In einer dritten Stufe werden schließlich die einzelnen Studiengänge insbesondere unter Modernisierungsaspekten evaluiert.
- ▶▶ Insgesamt sollen die Universitäten und (Fach)Hochschulen wieder vermehrt nach dem Grundsatz der forschungsorientierten Lehre arbeiten können und dabei klare Profile ausbilden. Während die Universitäten tendenziell grundlagenbezogen forschen und lehren, sind die (Fach)Hochschulen anwendungsorientiert ausgerichtet. Beiden Hochschultypen wird durch Anpassung der Strukturen ermöglicht, den Transfer von Wissen und Technologie in die Wirtschaft und in die Gesellschaft zu betreiben. Zudem werden die Universitäten und (Fach)Hochschulen durch seit langem dringend benötigte Investitionen gestärkt und von unnötigen Verwaltungsaufgaben befreit.
- ▶▶ Kurzfristig wollen wir die Hochschulen, die das wünschen, dabei unterstützen, durch landesweite, freiwillige Eingangstests bereits zu Beginn eines Studiums sicherzustellen, dass Studienanfänger fähig sind, den von ihnen gewählten Studiengang auch erfolgreich abzuschließen.
- ▶▶ Zudem werden wir uns für eine Intensivierung von Kooperation und Vernetzung zwischen Hochschulen und dem Handwerk sowie der Industrie einsetzen, um Studienabbrechern ohne Verzögerung und große Hürden Alternativen jenseits eines Studiums aufzuzeigen.
- ▶▶ Dirigistische Vorgaben wie Kopfprämien für Studienabschlüsse lehnen wir ab. Damit kann man zwar einen immer breiteren Zugang zu den Hochschulen ermöglichen sowie die Zahl der Studierenden und damit auch die Quote der Abschlüsse erhöhen, jedoch nicht die Qualität an den Hochschulen erhalten, geschweige denn heben. Eine solche Politik verwechselt konsequent Quantität mit Qualität. Die bisher für die Kopfprämien zur Verfügung stehenden Mittel werden wir komplett in eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen investieren.

Wir setzen uns für verbesserte Studienbedingungen ein.

Im Ländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen bei den Pro-Kopf-Ausgaben je Studienplatz bei den Fachhochschulen auf Platz 14 und bei den Universitäten auf dem letzten Platz. Nicht besser sieht es bei der Betreuungsrelation (Studierende pro Lehrendem) an Universitäten aus. Hier hat Nordrhein-Westfalen an den Universitäten bundesweit die schlechteste Betreuungsquote. An einer nordrhein-westfälischen Universität kommen im Schnitt auf einen Lehrenden zwölf Studierende mehr als im Land des Spitzenreiters Thüringen. Dies bedeutet

einen weiteren, eklatanten Standort- und Wettbewerbsnachteil Nordrhein-Westfalens im Kampf um die besten Köpfe Deutschlands.

- ▶▶ Wir werden dafür sorgen, dass die Landesregierung ihrer originären Aufgabe nachkommt, ausreichend Grundmittel für die Einrichtung von Studienplätzen bereitzustellen. Dazu gehört ein angemessenes Studierenden-Lehrenden-Verhältnis ebenso wie die Vorhaltung einer zeitgemäß ausgestatteten Infrastruktur. Studiengebühren lehnen wir ab.
- ▶▶ Wir begrüßen eine breite Stipendienkultur zur zusätzlichen Förderung besonders kluger Köpfe, unterstützen die Kooperationen zwischen Stiftungen und Universitäten und fordern auch die Wirtschaft dazu auf, sich auf diesem Gebiet noch stärker als bisher finanziell zu engagieren.

Wir schaffen gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen.

Gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal sind ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Hochschulstandortes Nordrhein-Westfalen. Demgegenüber haben befristete Beschäftigungsverhältnisse in den zurückliegenden Jahren an Hochschulen immer weiter zugenommen. Hinzu kommt, dass die Grundmittel seit Jahren stagnieren und nur Projektmittel und zeitlich befristete Mittel (Hochschulpakt) zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden.

- ▶▶ Wir wollen auf eine weitere Verstetigung der Hochschulpaktmittel hinwirken.
- ▶▶ Für uns ist das sogenannte Tenure Track Verfahren, in dem Nachwuchswissenschaftler über festgelegte Stufen bei Erbringen von Leistungskriterien in die W-Besoldungsgruppen für Professoren aufsteigen, eines der zukunftsweisenden Konzepte der Nachwuchsförderung, das wir noch stärker fördern wollen.

Wir brauchen mehr digitale Hochschulbildung.

In Nordrhein-Westfalen fehlt es derzeit immer noch an den grundlegenden Voraussetzungen für das digitale Lernen, den digitalen Wissensaustausch und einer Forschungsstrategie für den Megatrend Digitalisierung in allen Wirtschaftsbereichen. Auch die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe an den Universitäten und Fachhochschulen ist noch nicht so weit vorangeschritten wie nötig und möglich. Digitalisierung kann nur mit zeitgemäßer Ausstattung erfolgen.

- ▶▶ Daher werden wir die Hochschulen entsprechend unterstützen, zeitgemäße Software im Bereich ihrer Lernmanagementsysteme sowie ausreichend frei zugängliche Hardware anzuschaffen.
- ▶▶ Wir werden gemeinsam mit den Hochschulen ein Anreizsystem begründen, das digitale Lehr- und Lernformen stärkt und fördert.

- ▶▶ Um mehr digitale Hochschulbildung zu erreichen, werden wir zudem politische Rahmenbedingungen schaffen, die eine hochschulübergreifende Vernetzung ermöglichen und einheitliche Standards für die kompatible übergreifende Nutzung der IT-Systeme sowie Internetbasierte Services festlegen.
- ▶▶ Es soll geprüft werden, ob zur Sicherung des gleichen Zugangs auf bestehende Open-Source-Lösungen zurückgegriffen werden kann oder ob diese gegebenenfalls entwickelt werden können.
- ▶▶ Wir wollen eine landesweite Hochschulkooperation in verschiedenen Bereichen koordinieren und begleiten.
- ▶▶ Für Hochschulen wie Studierende wollen wir eine landesweite, einheitliche Matrikelnummer einführen. Sie stellt ein wichtiges Instrument dar, um Ziele wie eine stärker vernetzte Hochschule, weniger bürokratischen Verwaltungsaufwand oder ein hochschulübergreifendes Studium zu erreichen.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Hochschulleben verbessern.

Familienfreundlichkeit, Wohnheimplätze, gute Beschäftigungsbedingungen – diese „weichen“ Standortfaktoren werden angesichts des demografischen Wandels auch an den Hochschulen an Bedeutung gewinnen. Studium und Familiengründung müssen besser miteinander vereinbar werden. Vor dem Hintergrund der verbreiteten Akademiker-Kinderlosigkeit ist gerade die Familienförderung an den Hochschulen weiter auszubauen.

- ▶▶ Wir wollen für eine bessere Vereinbarkeit von Studium und Familiengründung sorgen und die Familienförderung an den Hochschulen weiter stärken. Dazu gehören ein Ausbau der unmittelbar an den Hochschulen gelegenen Kinderbetreuungsplätze sowie eine Flexibilisierung ihrer Nutzung. Auch müssen dringend Möglichkeiten für eine unterjährige Aufnahme geschaffen werden. Deshalb ist es notwendig, die Vernetzung zwischen den Hochschulen und den familienberatenden Einrichtungen und Organisationen weiter zu verbessern.

Wir wollen starke Studierendenwerke für den Erfolg des Studiums.

Als moderne Dienstleistungsunternehmen kommen die Studierendenwerke Ihrem Auftrag, die Studierenden in NRW wirtschaftlich und sozial zu unterstützen, seit vielen Jahren nach. Sie müssen den Spagat zwischen sozialem Handeln und wirtschaftlichen Denken ökonomisch lösen. Dazu brauchen sie unternehmerischen Spielraum und keine Überregulierung seitens der Politik.

- ▶▶ Wir wollen, dass Studierende in Nordrhein-Westfalen neben optimalen Lernbedingungen auch gute Lebensbedingungen am Campus vorfinden. Bezahlbarer Wohnraum, preiswerte und hochwertige Verpflegung, Hilfe bei der Finanzierung des Studiums und

die Betreuung der eigenen Kleinkinder – Studierende in Nordrhein-Westfalen benötigen eine moderne soziale Hochschulinfrastruktur.

Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass die Studierendenwerke ihren Sozialauftrag nur unter erschwerten finanziellen Bedingungen nachkommen konnten.

- ▶▶ Statt steigender Sozialbeiträge zu Lasten der Studierenden, wollen wir eine stabile Finanzierung der Studierendenwerke.

Studierendenwerke sind Partner, sowohl für Wissenschaftsregionen und Hochschulstandorte als auch für die regionale Wirtschaft. Ihre Infrastrukturleistungen sind Kernelemente für die Attraktivität von Hochschulstädten.

- ▶▶ Wir werden gemeinsam mit den Studierendenwerken ein modernes Studierendenwerksgesetz schaffen, damit sie auch in Zukunft leistungsfähige Dienstleistungsunternehmen bleiben – für Studierende, Hochschulen und Wirtschaft.

Für uns ist das BAföG ein wichtiger Bestandteil eines erfolgreichen Studiums. Die Studierendenwerke können jedoch nur mithilfe einer modernen IT-Ausstattung eine bedarfsgerechte und schnelle Bearbeitung des BAföG leisten.

- ▶▶ Wir werden die IT so modernisieren, dass eine schnellere und effizientere Bearbeitung der Bedarfe möglich wird.

Wir brauchen eine leistungsfähige Hochschulmedizin.

Das gelungene Zusammenspiel von Forschung, Lehre und Krankenversorgung ist nicht nur die Voraussetzung für eine Hochleistungsmedizin, sondern stellt auch die unerlässliche Grundlage für die Aus- und Weiterbildung des medizinischen Nachwuchses und damit die zukünftige Attraktivität des Arztberufs dar.

- ▶▶ Wir wollen gemeinsam mit den Universitäten auf eine Reform des Studiengangs Humanmedizin hinwirken. Ziel dabei ist es, den Schwerpunkt Allgemeinmedizin stärker zu gewichten. Diesem Ziel dient auch die Einrichtung weiterer ordentlicher Professuren für Allgemeinmedizin mit entsprechenden Lehrstühlen an den medizinischen Fakultäten in Nordrhein-Westfalen.
- ▶▶ Wir werden darauf hinwirken, dass eine bedarfsdeckende Anzahl von Medizinstudienplätzen vorgehalten wird. Dem soll auch eine neue Medizinische Fakultät in Ostwestfalen-Lippe dienen, um dem überproportionalen Ärztemangel gerade in dieser Region wirksam und vorbeugend zugleich zu begegnen. Vergleichbare Planungen anderer Regionen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung, wie aktuell z. B. Südwestfalen mit dem innovativen Konzept der Universität Siegen zur Schaffung weiterer Medizinstudienplätze, finden mit Blick auf ihre Notwendigkeit und Realisierbarkeit unsere volle Unterstützung.

- ▶▶ Zusätzlich bedarf es eines Stipendienprogramms, das an eine zeitlich begrenzte Verpflichtung zur hausärztlich-ländlichen Tätigkeit gekoppelt wird. Die praktische Ausbildung angehender Mediziner hat an externen Krankenhäusern genauso zu erfolgen wie an Universitätskliniken.

IV. Lebensqualität und Nachhaltigkeit

1. Lebensqualität, Gesundheit und Pflege

Unser Land ist durch eine hohe Dichte von Großstädten geprägt, steht aber daneben auch für weite Landschaften und ländliche Strukturen. Die rot-grüne Landesregierung wird dieser einzigartigen Vielfalt mit ihrer Politik jedoch nicht gerecht. Ob in der Stadt oder auf dem Land, für Jung oder Alt, die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich nicht zuletzt aus ihrer christlichen Verantwortung für ein gerechtes Gemeinwesen heraus für gute und möglichst gleichwertige Lebensbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einsetzen.

Wir werden eine Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen.

Das oberste Ziel unserer Gesundheitspolitik ist die Sicherstellung einer guten Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Gesundheitsversorgung ein, die den Bürgerinnen und Bürgern in der höchstmöglichen Qualität und Erreichbarkeit zur Verfügung steht und die gleichzeitig allen Beschäftigten im Gesundheitswesen eine zukunfts-sichere Beschäftigung bietet.

- ▶▶ Deshalb wollen wir die praktischen Erfahrungen der Ärzte, Apotheker, Pflegeberufe, der Heil- und Hilfsberufe und der Krankenhäuser deutlich stärker als bisher nutzen. In diesem Sinne steht die CDU Nordrhein-Westfalen für eine vernetzte Zusammenarbeit aller Leistungsbereiche im Gesundheitswesen ein.
- ▶▶ Hierzu werden wir den medizinischen und technischen Fortschritt nutzen, insbesondere die Digitalisierung. Einsatz und Ausbau von telemedizinischen Anwendungen können beispielsweise im ländlichen Raum eine Sicherstellung der medizinischen Versorgung unterstützen.
- ▶▶ Wir werden für die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln durch die Apotheke vor Ort eintreten, weil wir die persönliche Beratung durch Apotheker für unersetzbar zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung halten.
- ▶▶ Zudem wollen wir Anreize dafür schaffen, dass junge Leute beruflich vermehrt ein Teil der Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen werden. Wir brauchen Bildungsge-

rechtigkeit in Nordrhein-Westfalen und werden die Standortnachteile gerade in der Gesundheitsbranche abbauen. Wenn jede Erstausbildung in Nordrhein-Westfalen für Schülerinnen/Schüler oder für Studierende und Auszubildende kostenfrei sein soll, muss das auch für die Ausbildungen im Bereich der Gesundheitsberufe, wie z.B. Pharmazeutisch-technischer Assistent (PTA) und Medizinisch-technischer Assistent (MTA) möglich gemacht werden.

Wir werden dem Ärztemangel mit gezielten Maßnahmen entgegentreten.

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung durch Haus- und Fachärzte ist für die CDU in enger Zusammenarbeit mit den Organen der Selbstverwaltung eine zentrale Aufgabe. Leider ist eine ärztliche Grundversorgung heute in immer mehr Dörfern und kleineren Städten gefährdet, weil ältere Ärzte dort kaum mehr Nachfolger für ihre Praxen finden. Aufgrund des gleichzeitig stattfindenden demografischen Wandels ist der Ärztemangel eines der drängendsten Probleme in unserem Land.

- ▶▶ Wir werden die Anzahl der Studienplätze im Fach Medizin in Nordrhein-Westfalen ausbauen und Anreize für die ärztliche Tätigkeit in einem unterversorgten Gebiet schaffen. Unter anderem wollen wir eine neue medizinische Fakultät in Ostwestfalen aufbauen und entsprechende Bestrebungen der Universität Siegen unterstützen.
- ▶▶ Jungen Menschen werden wir unabhängig von den derzeit sehr strengen Anforderungen beim Numerus clausus die Möglichkeit zum Medizinstudium eröffnen, wenn sie dazu bereit sind, anschließend in einem unterversorgten Gebiet als Arzt tätig zu sein.
- ▶▶ Darüber hinaus wollen wir die Freiberuflichkeit in der Medizin stärken, um Weisungsunabhängigkeit und Therapiefreiheit der Ärzte dem zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Wir werden ambulante und stationäre Versorgung stärker vernetzen.

Egal ob es um die medizinische Versorgung im Allgemeinen oder die Pflege im Speziellen geht: Ambulante und stationäre Versorgung sind besser zu vernetzen, um auf die individuellen Bedürfnisse des Patienten eingehen zu können. Für uns gilt zum Wohl der Patienten prinzipiell der Grundsatz „ambulant vor stationär“.

- ▶▶ Grundsätzlich werden wir vor allem zwischen ambulanter und stationärer Versorgung veraltete und ineffektive Trennungslinien abschaffen. Hierzu werden wir beispielsweise eine Einbindung der Krankenhäuser in die ambulante not- und fachärztliche Versorgung fördern, wo das für die Sicherstellung einer flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung nötig ist.

Wir kümmern uns um die Erhaltung eines flächendeckenden Netzes von modernen Krankenhäusern.

Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen weisen in der medizinischen Versorgung eine hohe Qualität auf. In Zukunft wird es jedoch immer schwieriger, eine ausreichende Zahl von gut qualifizierten Ärzten und Pflegekräften zu finden. Gleichzeitig müssen unsere Krankenhäuser den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft, der Zunahme altersbedingter Krankheiten und Operationen, einem höheren Anteil von Menschen mit Demenz oder Behinderungen und der zunehmenden Resistenz von Krankenhauskeimen gerecht werden. Wir brauchen daher für eine hochwertige, innovative, flächendeckende und wohnortnahe Patientenversorgung besonders leistungsfähige Krankenhäuser. Allerdings wurden die Ziele einer nachhaltigen Krankenhausfinanzierung und einer bedarfsorientierten Krankenhausplanung in den Jahren der rot-grünen Landesregierung deutlich verfehlt. Gerade in Nordrhein-Westfalen leiden die Krankenhäuser erheblich unter der unzureichenden finanziellen Förderung durch das Land in den letzten Jahren.

- ▶▶ Wir bekennen uns ausdrücklich zur Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung und sprechen uns für eine pauschale Investitionskostenförderung und eine deutliche Erhöhung der Investitionsmittel aus – auch um den Krankenhäusern den technischen und medizinischen Fortschritt zugänglich machen und insbesondere die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können.
- ▶▶ Den bestehenden Krankenhausstrukturfonds werden wir zielgerichtet für eine patienten- und qualitätsorientierte Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen einsetzen. Die Krankenhäuser selbst haben eine bedarfsgerechte und verlässliche Mindestpersonalbesetzung zu beachten bzw. sicherzustellen.
- ▶▶ Die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen muss sich vor allem an der Qualität der Krankenhäuser ausrichten. Dazu gehört eine verstärkte Zentrenbildung, um bestmögliche Medizin in allen Teilen des Landes anbieten zu können. Krankenhäuser der Grundversorgung werden wir zusätzlich zu Zentren für Altersmedizin ausbauen.

Wir wollen die Arbeit von Palliativmedizin und Hospizen unterstützen.

Wir sind aus christlicher Verantwortung und im Geist einer humanen Gesellschaft zutiefst von dem Wunsch durchdrungen, dass niemand alleine sterben bzw. niemand bei der Begleitung eines Sterbenden allein gelassen werden sollte. Schon jetzt haben Hospize und palliative Dienste eine enorme Bedeutung gewonnen, um jungen und alten Menschen in Nordrhein-Westfalen beim Sterben beizustehen. Die Bedeutung palliativer Versorgung wird angesichts einer älter werdenden Gesellschaft weiter zunehmen.

- ▶▶ Wir werden den Ausbau von palliativer Versorgung und die Einrichtung von Hospizen fördern und ein breites ambulantes wie stationäres Angebot voranbringen.

- ▶▶ Der Ausbau der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) wird dabei eine hervorgehobene Rolle zur Entlastung der versorgenden Angehörigen spielen.
- ▶▶ Ehrenamtliche Sterbebegleiter verdienen höchsten Respekt und müssen gefördert und ausgebildet werden.

Wir wollen den Präventionsgedanken voranbringen.

Der Präventionsgedanke und die Gesundheitserziehung müssen gestärkt werden, um Wohlbefinden, Mentalität und Lebensqualität für ein immer länger werdendes Leben zu erhalten und zu stärken. Die gesundheitliche Prävention als Mittel der Eigenverantwortung jedes Einzelnen für sein gesundheitliches Wohlbefinden hilft dabei sowohl der menschlichen Gesundheit als auch bei der Reduzierung privater wie staatlicher Gesundheitsausgaben.

- ▶▶ Wir werden den Gesundheitssport und niedrigschwellige Angebote für Jung und Alt unterstützen.
- ▶▶ Der Präventionsgedanke und die Gesundheitserziehung sollen fester Bestandteil schulischer Bildung sein.

Wir werden die Pflege sichern.

Bei der Frage, wie Pflege angesichts der demografischen Entwicklung in Zukunft sichergestellt werden kann, ist es Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so zu gestalten, dass alle pflegebedürftigen Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können und gleichzeitig eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege erfahren. Unser Ziel ist es, dass jeder Pflegebedürftige die Form seiner Versorgung selbst wählen kann.

- ▶▶ Wir werden die Rahmenbedingungen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so gestalten, dass alle pflegebedürftigen Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können und gleichzeitig eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege erfahren.
- ▶▶ Unser Ziel ist es, dass jeder Pflegebedürftige die Form seiner Versorgung selbst wählen kann. Dazu gehört eine entsprechende Infrastruktur mit bedarfsgerechten Wohnformen wie z. B. betreutes Wohnen und Hausgemeinschaften.
- ▶▶ Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Erwerbsarbeit wollen wir verbessern. Dies beinhaltet unter anderem die verlässliche Vorhaltung einer ausreichenden Zahl von Kurzzeitpflegeplätzen sowie Tages- und Nachtpflegeplätzen.
- ▶▶ Damit die Pflegenden in Nordrhein-Westfalen ihre gesundheits- und berufspolitischen Fragen in Eigenverantwortung beraten und entscheiden können, unterstützen wir, so-

weit von den Betroffenen gewollt, nach dem Vorbild anderer Bundesländer die Einrichtung einer Landespflegekammer, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts aufgebaut ist.

- ▶▶ Wir werden neben grundsätzlich neu geschaffenen Modellen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter anderem bessere Verdienstmöglichkeiten anstreben, um neue Anreize für den pflegerischen Nachwuchs zu schaffen.

Wir werden Inklusion und Barrierefreiheit verbessern.

Inklusion, das heißt die Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen am gesamten gesellschaftlichen Leben, beginnt nicht erst in der Schule und hört auch nicht mit der schulischen Bildung auf.

- ▶▶ Wir werden gemeinsam mit den Landschaftsverbänden Maßnahmen für einen inklusiven ersten Ausbildungsmarkt ergreifen und die geltenden Landesgesetze auf den Gesichtspunkt der allgemeinen Barrierefreiheit hin überprüfen sowie an den notwendigen Stellen entsprechend modifizieren. Hierbei sollte das Wissen und die Erfahrung der Betroffenen entsprechend einbezogen werden.
- ▶▶ Familien mit behinderten Kindern sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Die Beschaffung von Informationen über die Behinderung, rechtliche Ansprüche, mögliche Hilfen, geeignete Kindertagesstätten etc. gehören dazu. Wir beabsichtigen, in Familienberatungsstellen relevante Informationen zusammenzuführen, damit diese gezielt unterstützen können. So wollen wir eine Beratung aus einer Hand für Familien mit behinderten Kindern sicherstellen.
- ▶▶ Wir werden uns in der Umsetzung des Votums der kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege dafür einsetzen, dass die Maßnahmen der Eingliederungshilfe bei den Landschaftsverbänden gebündelt werden.

Wir haben ein umfassendes Verständnis von „Barrierefreiheit“ und werden in diesem Sinne weiter daran arbeiten, Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen das Leben im Alltag zu erleichtern. Zum Ausbau der Barrierefreiheit setzen wir auf folgende Maßnahmen:

- ▶▶ Wichtig ist uns, dass die Information des Landes Nordrhein-Westfalen und der ihr angeschlossenen Behörden und Institutionen in barrierefreier Version angeboten werden. Nur so wird es in Zukunft jedem Bürger unseres Landes möglich sein, sich frei und selbstständig ganzheitlich zu informieren.
- ▶▶ Die Bewilligungen von Fördermitteln soll nur bei Einhaltung von barrierefreien Standards erfolgen. Das gilt auch für die Filmförderung sowie den Wohnungs-, Verkehrs und Kulturbereich.

- ▶ Die Chancen der digitalen Technologien sind auch zur besseren gesellschaftlichen Teilhabe zu nutzen. So ist z. B. ein moderner, kostenloser barrierefreier Notruf für Menschen mit Hörbehinderungen einzuführen und ständig den neuesten technischen Entwicklungen anzupassen.
- ▶ Wir wollen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheit im ÖPNV bis zum Jahr 2022 umgesetzt wird.

2. Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Nordrhein-Westfalen ist reich an unterschiedlichen Lebensräumen und bietet eine große Vielfalt an verschiedenartigen Kulturlandschaften. Unser Bundesland gehört aber auch zu den dichtbesiedelsten Flächenländern in der Republik. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für die Bewahrung der Schöpfung und ein nachhaltiges Wirtschaften mit ihren Ressourcen. Aus diesem Grund werden wir eine Politik betreiben, die die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum stärkt und gleichzeitig den Erfordernissen eines modernen Umwelt- und Naturschutzes sowie den Erwartungen aufgeklärter Verbraucher Rechnung trägt. Die spezifischen Besonderheiten der vielfältigen nordrhein-westfälischen Landschaften wollen wir nicht nur bewahren, sondern im Interesse der Identifikation der Bürger mit ihrer Heimat stärken und deutlich herausstellen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu einer starken heimischen Landwirtschaft, die unser Land von Beginn an ausgezeichnet hat. Wir wollen die Landwirtschaft als einen leistungsfähigen und vielfältigen Wirtschaftszweig in Nordrhein-Westfalen erhalten und unterstützen. Schließlich hängt jeder 8. Arbeitsplatz direkt mit der Agrar- und Ernährungswirtschaft zusammen.

Wir erkennen die vielfältigen Leistungen unserer Land- und Forstwirte, unserer Gartenbauer und der Fischerei ausdrücklich an. Die Aufgaben der „grünen Berufe“ beschränken sich nicht nur auf die Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln, sondern auch auf zahlreiche Aufgaben im Umwelt- und Naturschutz sowie in der Kultur- und Heimatpflege. Ohne die jahrhundertelange Tätigkeit der Menschen in der Land- und Forstwirtschaft wären unsere vielfältigen Kulturlandschaften so nicht vorstellbar und viele wertvolle Lebensräume, die gerade von bedrohten Tier- und Pflanzenarten benötigt werden, würde es ohne diesen Einsatz nicht geben. Ihre vielfältige Arbeit prägt unser Landschaftsbild nachhaltig.

Um diese multifunktionalen Aufgaben wahrnehmen zu können, braucht es eine Land- und Forstwirtschaft, die wettbewerbsfähig und wirtschaftlich tragfähig ist. Darüber hinaus stehen wir für einen gerechten Ausgleich zwischen der Fortentwicklung von Umwelt-, Naturschutz- und Tierschutzstandards und einer tragfähigen wirtschaftlichen Situation der Landwirte und ihrer Familien. Unser Leitbild sind dabei vor Ort verwurzelte, familiengeführte Betriebe.

Wir wollen wieder gute Rahmenbedingungen für gute Landwirtschaft.

Als Christdemokraten stehen wir für eine Politik der Zusammenarbeit und Kooperation mit Landwirtschaft, Handel und Verbrauchern. Eine Politik, die ausschließlich auf Ordnungsrecht und auf Ver- und Gebote setzt, ist für uns nicht akzeptabel.

- ▶▶ Bestehende Gesetze werden wir konsequent auf ihre Praktikabilität und ihre Notwendigkeit hin überprüfen.
- ▶▶ Boden ist die Lebensgrundlage für unsere Bauernfamilien, er darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Wir wollen den Vorrang aktiver ortsansässiger Landwirte beim Kauf landwirtschaftlicher Flächen und Unternehmensanteile konsequent durchsetzen. Um der Landwirtschaft den Boden als wichtigste und nicht vermehrbare Grundlage zu erhalten, wollen wir den Flächenverbrauch weiter reduzieren. Dazu muss der Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung in Städten und Dörfern gestärkt werden.
- ▶▶ Auch im Bereich der Kompensationsmaßnahmen können wir nicht mehr so weitermachen. Die Pflege und Entwicklung bereits vorhandener Ausgleichs-, Natur- und Landschaftsschutzflächen aus bäuerlicher Hand muss in den Vordergrund rücken. Wir wollen zudem, dass die Entsiegelung von nicht mehr benötigten Gewerbeflächen (Industriebrache) und Verkehrsanlagen hin zu landwirtschaftlichen Nutzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen anerkannt wird. Dasselbe gilt für die ökologische Aufwertung von Flächen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes.
- ▶▶ Wir fordern einen umfassenden Abbau von Bürokratie in der europäischen Agrarförderung unter Beibehaltung der beiden Säulen zur Stützung der Einkommen und zur Begrenzung des Finanzierungsrisikos. Dadurch werden solche öffentlichen Leistungen einer nachhaltigen Landwirtschaft honoriert, die von den Märkten nicht honoriert werden.

Wir fördern eine moderne und artgerechte Haltung von Nutztieren.

Wir fordern eine am Tierwohl orientierte Haltung von Nutz- und Haustieren, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichtet.

- ▶▶ Wir wollen, dass die Ergebnisse der Forschung sinnvollen Eingang in die landwirtschaftliche Praxis finden. Eine zentrale Rolle bei der Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich kommt der Landwirtschaftskammer zu. Ihr Fortbestand muss daher gesichert sein.
- ▶▶ Erzeugnisse ohne Nachweis der Erfüllung europäischer Tierschutzstandards sollen beim Import aus Drittstaaten zurückgewiesen werden können.
- ▶▶ Gleichzeitig fördern wir mehr gesellschaftliche und politische Akzeptanz für die im Normalfall sehr gute und kontrollierte Haltung von Nutztieren.

Wir werden Jagd und Fischerei zum Wohl von Natur und Kultur unterstützen.

Jagd und Fischerei sind nicht nur gelebtes Kulturgut, sondern sind jetzt und in Zukunft ein Garant für den Arten- und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen. Wir werden daher wie in den vergangenen Jahren gegen eine ideologische Diffamierung von Jagd und Fischerei vorgehen und uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz einsetzen.

- ▶ Die Jagdpolitik der rot-grünen Landesregierung ist ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Menschen. Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt daher ausdrücklich das Begehren der Volksinitiative der Jägerschaft gegen die realitätsfernen und bevormundenden Regelungen des Landesjagdgesetzes. Die Misstrauenspolitik der Landesregierung richtet sich nicht nur gegen die Jägerschaft, sondern gegen den gesamten ländlichen Raum.
- ▶ Aus diesem Grund werden wir mit den und nicht gegen die Betroffenen ein Landesjagdgesetz entwickeln, das keinen künstlichen Gegensatz zwischen Naturschutz und Jagd konstruiert, naturwissenschaftlichen Erkenntnissen gerecht wird sowie praxistauglich und tatsächlich nachhaltig ist.

Wir wollen eine starke Forstwirtschaft für einen gesunden Wald.

Der Wald hat mit seiner Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion, gerade in unserem Bundesland, eine sehr hohe Bedeutung. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu einer nachhaltig aufgestellten Forstwirtschaft, in der unsere Wälder bewusst wirtschaftlich genutzt werden. Dem Rohstoff Holz kommt eine wichtige Aufgabe im Klimaschutz als nachhaltiger Baustoff, in den vor- und nachgelagerten Bereichen der Holzwirtschaft und in der erneuerbaren Energieversorgung zu. Damit verbunden gilt es, der Multifunktionalität des Waldes und dem Respekt vor den Eigentumsrechten unserer vielen privaten Waldbauern gerecht zu werden. Vorschriften und Regulierungen des Landes, die über das Maß nationaler oder europäischer Regulierung hinausgehen und so unsere heimische Land- und Forstwirtschaft im europäischen und globalen Wettbewerb benachteiligen, lehnen wir ab.

Wir setzen auf einen bestandsorientierten und qualitativ hochwertigen Naturschutz.

Natur- und Umweltschutz bedeutet für uns Respekt, Wertschätzung und Erhalt der landschaftlichen Vielfalt. Bei allen politischen Entscheidungen orientieren wir uns am Prinzip der Nachhaltigkeit, um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen und die biologische Vielfalt unseres Landes zu bewahren. Aus unserer Sicht war es ein großer Fehler, dass diese Bereiche in den letzten Jahren bewusst gegeneinander ausgespielt wurden. Wir werden dagegen einen kooperativen Ansatz im Naturschutz verfolgen und eine neue Partnerschaft von Naturschutz, nachhaltiger Landnutzung, Wirtschaft und umweltverträglichem Tourismus etablieren. Nicht nur Umwelt und Klima, sondern in besonderem Maße auch der Vielfalt

von Fauna und Flora gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Der Erhalt natürlicher Lebensräume ist deshalb für uns Verpflichtung und Ziel zugleich.

- ▶▶ Wir wollen die Schutzgebiete, Biotope, Naturparke, die Flächen des nationalen Naturerbes sowie speziell den Nationalpark Eifel erhalten und sinnvoll weiterentwickeln.
- ▶▶ Auch im Naturschutz gilt für uns Qualität vor Quantität, damit nicht immer mehr Nutzflächen verschwinden. Wir wollen bestehende Ausgleichsflächen für den Natur- und Landschaftsschutz qualitativ weiterentwickeln und setzen auf die Entsiegelung und Reaktivierung aufgegebener Verkehrs-, Industrie- und Gewerbeflächen sowie die Aufwertung von Flächen.
- ▶▶ Einer der wesentlichen Grundpfeiler für einen kooperativen Umwelt- und Naturschutz wird der Vertragsnaturschutz sein. Statt dirigistischer Eingriffe ins Eigentum setzen wir auf vertragliche Lösungen auf partnerschaftlicher Augenhöhe. Wir wollen die Kompetenz und die Erfahrung aus dem Bereich der Forst- und Landwirtschaft nutzen, um Naturschutzleistungen dauerhaft zu gewährleisten.
- ▶▶ Fortzuentwickeln sind auch die bessere zeitliche Entkoppelung von Eingriff und Ausgleich sowie die Anrechnungsfähigkeit von wechselnden Ausgleichsflächen.
- ▶▶ Zur Betreuung der Schutzgebiete und zur Umsetzung der Landschaftspläne setzen wir auf die Kompetenz der Biologischen Stationen. Bei jeder unteren Naturschutzbehörde ist eine Biologische Station als gleichberechtigter Zusammenschluss der in ihrem Gebiet tätigen anerkannten Naturschutzvereinigungen, der Verbände der Landnutzer und der kommunalen Gebietskörperschaft zu bilden. Die guten Erfahrungen mit den paritätisch getragenen Stationen wird die Akzeptanz der Biologischen Stationen sowie des Natur- und Artenschutzes vor Ort stärken.
- ▶▶ Das Kleingartenwesen genießt in Nordrhein-Westfalen Verfassungsrang. Kleingärten sind ein Beitrag für den Naturschutz mitten in unseren Städten und ein Stück nordrhein-westfälischer Kultur. Hier gilt es sicherzustellen, dass dieses in Zukunft auch so bleibt. Zu diesem Zweck ist die Mittelvergabe für die ehrenamtlichen Kleingartenvereine zu entbürokratisieren und zu beschleunigen.
- ▶▶ Bewahrung der Schöpfung bedeutet auch, den Verlust der heimischen biologischen Vielfalt zu stoppen. Dazu werden wir ein aktives Management zu Gunsten von besonders bedrohten Arten (z. B. bei Feldvögeln und Fischen) und deren Schutz vor Prädatoren etablieren. Den Rückgang der Insekten werden wir mit der Wissenschaft weiter erforschen, um geeignete Schutzkonzepte zu entwickeln.
- ▶▶ Wir werden daher mit den Betroffenen das Landesnaturschutzgesetz überarbeiten, denn Natur- und Artenschutz ist nur mit denen gemeinsam zu schaffen, die jeden Tag in und mit der Natur arbeiten. Wir wollen dabei die Gleichrangigkeit von den sogenannten Naturnutzern und Naturschützern gewährleisten und die Stellung der Kommunen beim Naturschutz stärken.

Wir wollen einen wirkungsvollen Umweltschutz.

Umwelt- und insbesondere Klimaschutz gehen jeden etwas an. Sie müssen daher breite Aufmerksamkeit finden und sich im Verhalten jedes einzelnen Menschen widerspiegeln. Der Klimawandel hat eine globale Dimension. Deshalb setzt die CDU Nordrhein-Westfalen nicht nur auf eine europäische, sondern auch auf eine weltweit abgestimmte Klimapolitik. Eine isolierte Klimaschutzpolitik auf Landesebene ist dagegen mit Blick auf den europäischen Emissionshandel und die EU-Klimaschutzziele völlig unwirksam, ja zum Teil regelrecht kontraproduktiv und führt in erster Linie nur zu unverhältnismäßigen finanziellen wie bürokratischen Mehrbelastungen für heimische Haushalte und Unternehmen.

- ▶▶ Neben der Klimaschutzpolitik ist der Schutz der Ressourcen und die Stärkung der Kreislaufwirtschaft eine zentrale Säule unserer Umweltpolitik. Damit stärken wir den Wirtschaftsstandort NRW und setzen auf Wettbewerb.
- ▶▶ Um unser Land auf die bereits heute wahrnehmbaren bzw. zukünftig wahrscheinlichen Folgen des Klimawandels vorzubereiten, werden wir unter anderem den Hochwasserschutz, insbesondere den Deichbau verstärken. Der Schutz des Menschen vor Umweltgefahren hat für uns auch weiterhin oberste Priorität. Daher wollen wir uns für einen vorbeugenden Hochwasserschutz einsetzen. Insbesondere beim technischen Hochwasserschutz müssen wir den Rückstand der letzten Jahre zügig auflösen. Dazu müssen die Genehmigungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen für den Hochwasserschutz modernisiert und deutlich beschleunigt werden. Maßnahmen des Hochwasserschutzes dürfen keine gesonderten Ausgleichverpflichtungen auslösen. Beim technischen Hochwasserschutz sollen Synergien von EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und EU-Hochwasserschutzrisikomanagementrichtlinie (HWRML) genutzt werden.
- ▶▶ Neben einer nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität, vor allem in den Ballungsräumen, streben wir eine weitere Minimierung des Schadstoffausstoßes an. Dies kann sowohl durch die Optimierung bereits vorhandener Technologien wie auch durch die Entwicklung neuer technischer Lösungen vor allem im Verkehrsbereich gelingen.
- ▶▶ Bisher getroffene Maßnahmen wie z. B. die Umweltplaketten gilt es zu evaluieren und an die festgestellten Bedürfnisse anzupassen. Insgesamt setzen wir bei neuen, umweltfreundlichen Technologien von Seiten des Staates nicht auf Ge- und Verbote, sondern nach dem Vorbild der Einführung des Drei-Wege-Katalysators und der Verdrängung des bleihaltigen Benzins auf Aufklärung, steuerliche Anreizsysteme und einen nachfrageorientierten Markt.
- ▶▶ Wir stehen auch in der Umweltpolitik für Investitionssicherheit. Die Berücksichtigung von Investitionszyklen bei umweltrechtlichen Vorgaben verhindert unnötige Kapitalentwertung und stärkt den Investitionsstandort NRW.
- ▶▶ Wir werden zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger für eine Ausweitung des Lärmschutzes eintreten, beispielsweise durch lärmindernde Übergangsschwellen an Brückenbauwerken, Erneuerung des Straßenbelags oder Lärmschutzwände. Neue und

innovative Maßnahmen wollen wir fördern. Zugleich werden wir jedoch verhindern, dass restriktiver Lärmschutz Brauchtumsveranstaltungen wie Karneval und Schützenfeste gefährdet. Auch treten wir für eine Gesellschaft ein, in der Kinderlärm endlich wieder als gutes Zeichen für eine lebendige Nachbarschaft wahrgenommen wird. Dem steigenden Güterverkehr auf der Rheinbahntrasse und dem damit verbundenen Bedarf an Lärmschutz- und Übergangsbeseitigungsmaßnahmen muss mit einem Gesamtkonzept der betroffenen Länder und der Deutschen Bahn Rechnung getragen werden. Bei der Finanzierung der Maßnahmen muss der Einsatz europäischer Mittel geprüft und sichergestellt werden, dass auf Anliegerkommunen keine finanziellen Mehrbelastungen zukommen. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird die Lärmbelastung an den besonders belasteten Streckenabschnitten des TEN-V-Güterkorridors deutlich reduzieren. Nur so werden wir die Akzeptanz der Anwohner für den steigenden Güterverkehr auf der Schiene aufrechterhalten. Deshalb wollen wir uns mit Landesmitteln an zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen beteiligen.

Wir wollen einen verlässlichen Verbraucherschutz für gut informierte Verbraucher.

Der CDU Nordrhein-Westfalen ist der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ein besonderes Anliegen und zugleich Verpflichtung. Wir sehen in ihm eine Querschnittsaufgabe für viele Teilbereiche. Für uns zählen nicht nur Lebensmittel, sondern auch weitere Güter des täglichen Bedarfs, Gesundheit, Finanzdienstleistungen, Energie, digitale Informations- und Kommunikationstechnologien, der öffentliche Nah- und Fernverkehr sowie andere Dienstleistungen, die für den Endverbraucher bestimmt sind, zum Aufgabenfeld des Verbraucherschutzes. Unsere Verbraucherschutzpolitik folgt dem Leitbild des verantwortlich handelnden Verbrauchers.

- ▶▶ Im Fokus soll zukünftig die Stärkung des mündigen und selbstbestimmten Bürgers stehen, der bei konkreten verbraucherschutzrechtlichen Fragen in den Verbraucherschutzzentralen einen sicheren und kompetenten Ansprechpartner vor Ort findet.
- ▶▶ Wir stehen zu einer klaren Kennzeichnung von Lebensmitteln. Was drin ist, muss auch drauf stehen. Bei der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung setzen wir weiter auf die zentrale Rolle der Kreise und kreisfreien Städte. Die Erhebung neuer Gebühren für Regelkontrollen im Rahmen der neuen EU-Kontrollverordnung lehnen wir ab.
- ▶▶ Wir wollen die Wertschätzung für Lebensmittel wieder erhöhen und ein neues Bewusstsein für den Wert unserer Nahrung schaffen. Wir erkennen die Notwendigkeit einer aufgewerteten Ernährungsbildung und setzen uns für entsprechende einheitliche Bildungsstandards an unseren Schulen ein. Es gilt, die Kontakte zu Landwirten und Erzeugern, zu Köchen, Bäckern oder Fleischern auszuweiten, damit Schülerinnen und Schüler unmittelbar Erfahrungen mit der Erzeugung und der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln sammeln können.

Wir werden unser Trinkwasser schützen.

Der Schutz unseres wertvollsten Lebensmittels, dem Trinkwasser gilt unser besonderes Augenmerk. Deshalb haben wir die Verpflichtung, Fließgewässer, stehende Gewässer und das Grundwasser vor Gefährdungen zu schützen. Dies soll ohne Überregulierung und mit mehr Miteinander erreicht werden. Auch beim Wasserschutz verfolgen wir einen kooperativen Ansatz. Dazu werden wir die Wasserkooperationen zwischen Landwirtschaft und Wasserwerken stärken und schrittweise auf das gesamte Land ausdehnen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich klar und eindeutig dafür aus, Fracking unter Einsatz von umwelttoxischen Stoffen weiterhin auszuschließen. Die Sicherstellung von sauberem Trinkwasser und die Gesundheit der Menschen haben für uns hierbei absoluten Vorrang. Die hoheitliche Aufgabe der Errichtung der Infrastruktur zur Abwasserbeseitigung, der Wasserversorgung, der Gewässerbewirtschaftung und des Ausgleichs der Wasserführung soll nachhaltig unterstützt und die Handlungsoptionen im Sinne ganzheitlicher wasserwirtschaftlicher Konzepte und Organisationsoptionen erweitert werden.

V. Zusammenhalt der Gesellschaft

1. Kommunen

Wir vertrauen in die Leistungskraft und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Wir setzen auf Familien und Strukturen, in denen Menschen langfristig Verantwortung für sich und andere übernehmen. Für unsere Kommunen und die Menschen, die sich in der kommunalen Selbstverwaltung engagieren, wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich ihr Engagement lohnt und Wertschätzung erfährt sowie weitreichende Freiräume für die jeweils passenden Lösungen entstehen. Es ist unsere feste Überzeugung, dass die Menschen die Angelegenheiten ihrer örtlichen Gemeinschaft am besten selbst regeln und verwalten können, dafür bedarf es nicht der Überregulierung des Landes. Aus diesen Gründen wollen wir Christdemokraten starke Kommunen durch eine starke und gelebte kommunale Selbstverwaltung, in der Menschen ihre Lebensbedingungen wirklich selbst beeinflussen und gestalten können. Durch intensive Mitwirkung der Menschen an den Entscheidungen vor Ort wollen wir die Akzeptanz von Politik und das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der großen Städte und der ländlichen Räume. Beide, ländliche Regionen und Ballungszentren, gehören untrennbar zur Identität unseres Landes. Die rot-grüne Landesregierung hat durch ihre Politik bewiesen, dass sie die Stärken und Herausforderungen der Regionen, vor allem im ländlichen Raum, nicht erkennt und deshalb keine gezielte Strategie für die anstehenden Aufgaben entwickelt hat.

Wir als CDU Nordrhein-Westfalen setzen in unserer Politik darauf, Stadt und Land nicht gegeneinander auszuspielen, sondern die jeweiligen Stärken weiterzuentwickeln.

Unser Ziel ist das harmonische Zusammenspiel von Stadt und Land unter Bewahrung der regionalen Identitäten. Nur dadurch ist ein starkes Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Wir fördern kommunale Selbstverwaltung und geben finanzielle Sicherheit.

Die kommunale Selbstverwaltung ist für die CDU Nordrhein-Westfalen unverzichtbar. Wir wollen diese sichern, stärken und weiterentwickeln. Dazu müssen unsere Städte, Gemeinden und Kreise auch finanziell leistungsfähig sein. Sie benötigen eine auskömmliche, langfristige und verlässliche Finanzausstattung. Als Grundvoraussetzung dafür setzen wir uns für die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ein: Das Land muss Aufgaben, die es den Kommunen zuweist, vollständig, konsequent und zeitnah finanzieren.

- ▶▶ Wir werden den kommunalen Finanzausgleich so regeln, dass unsere Kommunen finanzielle Spielräume erhalten, die sie eigenverantwortlich nutzen können. Um die notwendige Transparenz unserer Maßnahmen zu gewährleisten, werden wir den umfassenden Gemeindefinanzbericht wieder auflegen.

- ▶▶ Wir werden das Gemeindefinanzierungsgesetz gerecht, transparent und verlässlich ausgestalten. Dazu werden wir jährlich überprüfen, ob die Verteilung der Gesamtfinanzmasse zwischen Land und Kommunen unter Berücksichtigung aller Finanzmittel und der Aufgabenwahrnehmung dem Kriterium der Ausgewogenheit entspricht.
- ▶▶ Wir stärken die Investitionskraft und Selbstverwaltung der Kommunen durch eine Dynamisierung und Pauschalierung der bestehenden Investitionspauschalen und werden diese zu einer nicht zweckgebundenen verstärkten allgemeinen Investitionspauschale weiterentwickeln.
- ▶▶ Wir werden den sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ einer grundlegenden Reform unterziehen. Die Konsolidierung der Haushalte der Stärkungspakt-Kommunen darf nicht zu Lasten derjenigen Kommunen gehen, die durch solide Haushaltspolitik in der Lage waren, ihre Finanzen ins Lot zu bringen. Die von der rot-grünen Landesregierung attestierte Konsolidierung der Kommunalhaushalte ist in der Hauptsache das Ergebnis drastischer kommunaler Steuererhöhungen. Als Folge dieser kurzsichtigen Strategie wurden die lokale Wirtschaft geschwächt, Bürgerinnen und Bürger übergebühlich belastet und kommunale Investitionen, insbesondere bei Schulgebäuden und Straßenbau verhindert.

Im Gegensatz dazu werden wir vor dem Hintergrund des Zinsänderungsrisikos den Abbau der Liquiditätssicherungskredite (Kassenkredite) in besonderer Weise in den Blick nehmen und über wirtschaftliche Entwicklungsimpulse zur Stärkung der kommunalen Steuerkraft beitragen.

- ▶▶ Der Abbau der Altschulden muss im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen nachhaltig eingeleitet werden, um die kommunale Selbstverwaltung der durch hohe Kassenkredite belasteten Kommunen nicht weiter zu gefährden.
- ▶▶ Wir werden die Aufsicht über die Kommunen von einem reaktiven System zu einem Frühwarnsystem weiterentwickeln. Dieses Frühwarnsystem soll die Rechtsaufsicht und die kommunalen Akteure dabei unterstützen, Risiken der kommunalen Haushaltsentwicklung frühzeitig und vor allem rechtzeitig zu erkennen um die entsprechenden Gegenmaßnahmen einleiten zu können.
- ▶▶ Wir werden die sogenannte „Einwohnerveredelung“ im Gemeindefinanzierungsgesetz unter Berücksichtigung der besonderen Aufgaben zentraler Orte prüfen.
- ▶▶ Wir werden die Steuererhöhungsspirale bei der Grund- und Gewerbesteuer durch die notwendigen Anreize im kommunalen Finanzausgleich stoppen, damit unsere Städte und Gemeinden im Standortwettbewerb konkurrenzfähig bleiben.
- ▶▶ Wir werden Bundesmittel, die dezidiert zur Erledigung kommunaler Aufgaben bestimmt sind, ohne jede Kürzung oder Einbehalt durch das Land an Kreise, Städte und Gemeinden weitergeben.
- ▶▶ Wir wollen als Land Nordrhein-Westfalen die Kosten des Unterhaltsvorschusses gerecht zwischen Land und Kommunen aufteilen. Die rot-grüne Landesregierung hat die

geltende Vereinbarung zwischen Bund und Ländern auf Kosten unserer Kommunen geschlossen. Die Mehrkosten tragen hier nämlich hauptsächlich die Kommunen, die im Vergleich mit allen anderen Bundesländern am höchsten (80 Prozent) an den Kosten des Unterhaltsvorschusses beteiligt sind.

- ▶▶ Nordrhein-Westfalen gehört zu den Ländern, die den bundesweit höchsten Kommunalisierungsgrad der Sozialausgaben haben. Die Ausgaben für soziale Leistungen in Nordrhein-Westfalen sind im Vergleich der Länder überdurchschnittlich hoch. Wir werden dem Risiko, dem die nordrhein-westfälischen Kommunen durch steigende Sozialausgaben ausgesetzt sind, durch die Einrichtung einer „Task-Force Soziallasten“ entgegentreten. Wir werden uns für eine weitere Erhöhung der Bundesbeteiligung an der Finanzierung der Sozialausgaben einsetzen.

Wir begegnen Verunsicherung mit starken Kommunen.

In einer Welt, die enger zusammenrückt, sind Veränderungen sichtbarer und haben direkte Auswirkungen auf die Menschen auch bei uns. Die Verunsicherung und die Ängste vieler Menschen nehmen wir ernst und wollen mehr Orientierung und Halt geben.

Unsere Antwort auf diese Entwicklung sind auch starke Kommunen. Unsere Antwort auf diese Entwicklung ist Heimat. Sie macht die Menschen stark. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive.

Dabei umfasst „Sicherheit“ in diesem Zusammenhang alle Lebensbereiche. Ob sich Menschen vor Ort wohlfühlen und in einer globalisierten Welt in den Gemeinden und Nachbarschaften Heimat finden, hat viel mit Wohlstand, sozialer Absicherung und dem Zusammenhalt der Menschen zu tun. Bildungs- und Betreuungsangebote, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Vereine und Nachbarschaftsnetzwerke aber auch arbeitnehmer- und familienfreundliche Unternehmen machen vor Ort die Lebensbedingungen aus.

- ▶▶ Der Katastrophenschutz, die Unfallversorgung und die Notdienste funktionieren im Zusammenwirken von Staat, Kommunen und tausenden ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste und freie Träger sind auf das langfristige und stetige Engagement der Menschen vor Ort angewiesen. Wir werden das breit vorhandene ehrenamtliche Engagement aufgreifen und uns für eine bessere Koordination und Unterstützung einsetzen. Über Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen wollen wir Angebot und Nachfrage besser zusammenzubringen.
- ▶▶ Wir wollen die Vermüllung, mangelhafte Beleuchtung, verschmutzte und zerstörte Grünanlagen und Gehwege, Sachbeschädigungen, Fassadenschmierereien und den Verfall von Immobilien nicht weiter hinnehmen. Die Menschen wollen in einer sauberen Gemeinde, einem sauberen Stadtteil sicher leben. Wir werden die bestehenden Möglichkeiten des allgemeinen Ordnungsrechts überprüfen und es dort, wo es nur ungenügend Verwahrlosung und „Angst-Räumen“ entgegengewirkt, verbessern.

- ▶▶ Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Polizeibehörden mehr qualifiziertes Personal für kommunale Ordnungsdienste verfügbar machen, die den Bürgerinnen und Bürgern als sichtbare und kompetente Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Über die notwendige finanzielle Ausstattung, eine angemessene Ausrüstung, Uniformen, den Einsatz moderner Kommunikationsinstrumente und den notwendigen rechtlichen Rahmen werden wir das sichere Zusammenleben in den Kommunen verbessern.
- ▶▶ Wir setzen uns für mehr Sicherheitspersonal und Videobeobachtung im Öffentlichen Personennahverkehr ein. Um größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten, werden wir eine Klärung der Zuständigkeiten zwischen Bundespolizei, Landespolizei, Ordnungsämtern und privaten Sicherheitsunternehmen herbeiführen. Darüber hinaus halten wir es für notwendig, dass Bürgermeister und Landräte rechtsverbindliche Aussagen zu Sicherheitskonzepten im Nahverkehrsplan fixieren.

Wir unterstützen unsere Kommunen bei der Integration und bei der Rückführung von Flüchtlingen.

Die Integration von Flüchtlingen, die dauerhaft in Deutschland bleiben können, bedeutet für die Kommunen eine besondere Herausforderung. Bei ihrer Bewältigung sind sie auf die Unterstützung und Solidarität des Landes zwingend angewiesen. Das gleiche gilt für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die nicht den Kommunen aufgebürdet werden darf.

- ▶▶ Wir werden den Kommunen alle notwendigen kommunalen Flüchtlingskosten erstatten. Dabei stellen wir sicher, dass eine stärkere Berücksichtigung von Ausreisepflichtigen und Geduldeten erfolgt. Dies stellt auch für das Land einen finanziellen Anreiz dar, seine Anstrengungen bei der Rückführung, sei es als freiwillige Ausreise oder als Abschiebung, zu verstärken und zu intensivieren.
- ▶▶ Wir stellen sicher, dass den Kommunen nur noch Asylbewerber zugewiesen werden, die auch eine tatsächliche Bleibeperspektive haben und einen Schutzanspruch geltend machen können. Menschen ohne Bleibeperspektive oder aus sicheren Herkunftsländern sollen künftig nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden, damit sich die Städte und Gemeinden auf die Integration derjenigen konzentrieren können, die mittelfristig in Deutschland bleiben.
- ▶▶ Es ist notwendig, dass all diejenigen, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, in ihre Heimat zurückkehren. Dafür muss das geltende Recht konsequent angewandt werden. Um die Kommunen zu unterstützen, werden wir die Aufgabe der Rückführungen künftig zentral vom Land gesteuert, aus den Landeseinrichtungen heraus vollziehen.
- ▶▶ Wir werden die von Bundestag und Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Begrenzung des weiteren Zuzugs und zur schnelleren Abschiebung der hier zu Unrecht lebenden Flüchtlinge nicht wie die derzeitige Landesregierung länger blockieren.

Wir stehen für leistungsfähige Kommunalstrukturen und eine gelebte Kommunalverfassung.

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum Konnextitäts- wie auch zum Subsidiaritätsprinzip gerade im Verhältnis des Landes zu seinen Kreisen, Städten und Gemeinden.

- ▶▶ Wir werden das Dienstrecht der Bürgermeister, Oberbürgermeister und der Landräte umfassend erneuern und auf eine neue und stabile Grundlage stellen. Wir wollen in diesem Gesetz alle Fragen zum Dienstrecht, zur Versorgung und zur Vergütung zusammenfassen. Es muss darum gehen, das kommunale Wahlamt zu stärken und attraktiv auszugestalten.
- ▶▶ Wir wollen den Kommunen wieder mehr Entscheidungsfreiheit geben und dafür rotgrüne Überregulierung und Überbürokratisierung abschaffen.
- ▶▶ Die Zahl der „Pflichtaufgaben nach Weisung“ wollen wir deutlich reduzieren.
- ▶▶ Wir werden mit einem Dialog-Verfahren zur Standardüberprüfung und einem Gesetz zur Erprobung kommunaler Standards für den Abbau überflüssiger Normen sorgen.
- ▶▶ Den Beispielen Hessen und Thüringen folgend, wollen wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Kompetenzzentrum „Kommunale Kooperationen für Interkommunale Zusammenarbeit“ gründen und parallel dazu ein Förderprogramm für kommunale Kooperationen auflegen, um Effizienz und Synergieeffekte zu steigern und Kosten zu minimieren.

2. Integration

Nordrhein-Westfalen hat eine besonders lange, reiche und vielfältige Einwanderungsgeschichte vorzuweisen. Unser Land hat wie kein anderes Erfahrungen mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen gemacht; seine einzelnen Landesteile, insbesondere das Rheinland und das heutige Ruhrgebiet, sind bereits seit Jahrhunderten von Zuwanderung geprägt. Heute besitzen rund 25 Prozent unserer Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte, haben in unserem Bundesland ein neues Zuhause und eine neue Heimat gefunden.

Zugleich bringt Vielfalt auch besondere Herausforderungen mit sich. Weil wir wollen, dass das Zusammenleben in Vielfalt gelingt, nimmt für uns als CDU Nordrhein-Westfalen eine funktionierende Integration eine zentrale Rolle ein. Sie ist eine politische Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Landespolitik betrifft. Integration muss für uns als Gesamtkonzept von Familien-, Bildungs-, Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Innenpolitik, aber auch der Migrations- und Flüchtlingspolitik begriffen werden. Wir sind überzeugt, dass Integration nur bei einer ganzheitlichen Vorgehensweise wirklich gelingen kann. Die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die schon länger in Nordrhein-Westfalen leben, darf angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation nicht vernachlässigt werden.

Wir wollen ein respektvolles und tolerantes Miteinander.

Jeder steht unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder Kultur, unter dem Schutz von Artikel 1 des Grundgesetzes und muss die Möglichkeit erhalten, am sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Nur gleichberechtigte Teilhabe und ein wechselseitiges Verständnis führen zu einer Identifikation aller mit unserem Land und zu einem friedlichen, respektvollen und toleranten Miteinander. Wir wenden uns gegen alle, die unser Land spalten wollen.

Gerade als Land mit einer großen Zahl von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müssen wir in Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Leitkultur pflegen, die für das Zusammenleben der Menschen eine verbindliche Grundlage bildet und unsere vielfältige Gesellschaft zusammenhält. Fundament einer solchen Leitkultur sind unsere christlich-jüdisch-abendländischen Wurzeln und die Werte der Aufklärung, wie sie in unserem Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen ihren Niederschlag gefunden haben. Verfassungstreue alleine ist jedoch nicht ausreichend. Es ist genauso wichtig, gemeinsame Wertegrundlagen zu definieren. Für uns ist dabei klar,

- ▶▶ dass das Erlernen der deutschen Sprache unverhandelbare Voraussetzung für das gelingende Zusammenleben in Deutschland ist,
- ▶▶ dass Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt sind,
- ▶▶ dass das Existenzrecht Israels nicht verhandelbar ist,
- ▶▶ dass Auseinandersetzungen in den Heimatländern vieler Migranten nicht auf unseren Straßen ausgetragen werden dürfen,
- ▶▶ dass die eigene Religionsfreiheit dort endet, wo der Glaube oder Rechte des Anderen betroffen ist,
- ▶▶ dass Verweigerungen am Schulunterricht oder schulischen Aktivitäten nicht mit kulturellen oder religiösen Unterschieden begründet werden dürfen,
- ▶▶ dass sogenannte Parallelgesellschaften oder No-Go Areas entschlossen bekämpft werden müssen.

Für uns ist Arbeit einer der wichtigsten Integrationsmotoren.

Im Zeitalter von Globalisierung und demografischem Wandel ist für Nordrhein-Westfalen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte unverzichtbar. Wir stehen mit anderen Regionen in Deutschland wie auch mit den übrigen europäischen Ländern in einem Wettbewerb um die besten Köpfe.

- ▶▶ Wir wollen und werden weiterhin die treibende Kraft für die Gestaltung des Aufsteiger- und Integrationslandes Nordrhein-Westfalen sein.

- ▶▶ Wir werden Nordrhein-Westfalen insbesondere für hochqualifizierte Fachkräfte noch attraktiver machen. Einen speziellen Fokus wollen wir dabei darauf legen, ausländische Studierende, die ihre Ausbildung an nordrhein-westfälischen Hochschulen absolviert haben, anschließend bei uns zu halten.
- ▶▶ Wir werden auf dem Arbeitsmarkt durch geeignete Instrumente in der Bewerbungsphase Diskriminierungen verhindern. Unter anderem bringen viele Zuwanderer Qualifikationen aus ihren Herkunftsländern mit, von denen unser Arbeitsmarkt trotz eines Anerkennungsgesetzes nicht profitiert, u. a., weil Anerkennungsverfahren überbürokratisiert und langwierig sind.
- ▶▶ Wir werden prüfen, wie wir das Anerkennungsgesetz verbessern und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – unter Beibehaltung der notwendigen Qualitätsanforderungen – beschleunigen können.
- ▶▶ Für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt werden wir enger mit den Unternehmen, Verbänden und Kammern kooperieren und verbindliche Angebote machen. Nach bayerischem Vorbild wollen wir in einem Pakt für Integration mit der Wirtschaft konkrete Ziele für die Schaffung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen formulieren. Wir werden Unternehmen von unnötiger Bürokratie befreien, die der Einstellung von Flüchtlingen oft im Wege steht und nicht zwangsläufig erforderlich ist.
- ▶▶ Die durch den Bund dem Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellte Integrationspauschale werden wir künftig zwingend und ohne Umwege oder Kürzungen an die Kommunen weiterleiten. Die wachsende Gesamtaufgabe der Integration und Eingliederung ist jedoch noch immer nicht nachhaltig finanziert, da auch die Bundeshilfen auf drei Jahre begrenzt sind. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb zeitnah mit dem Bund in Verhandlungen treten, um wirksame Lösung für eine dauerhaft gesicherte Ausfinanzierung dieser Aufgaben zu finden.

Für uns ist Bildung eine der wirksamsten Integrationsmaßnahmen.

Neben der Arbeit gehört die Bildung zu den wirksamsten Integrationsmaßnahmen. Eine gute Schulbildung und ein erfolgreicher Abschluss prägen den weiteren Integrationsprozess. Grund für die oftmalige Ungleichheit im Bildungsbereich ist nicht der ethnische, sondern vor allem der soziale Hintergrund und auch oft die fehlende Unterstützung aus dem Elternhaus.

- ▶▶ Wir werden durch gezielte Förderung an Grundschulen zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen. Hierbei ist auch die Einbindung der Eltern wichtig.
- ▶▶ Unsere vielfältige Kita-Landschaft (z. B. die Familienzentren) spielt für uns hierbei ebenso eine wichtige Rolle als Partner wie unsere Lehrkräfte an den Schulen.
- ▶▶ Wir wollen mit einer gezielten Ausbildung an den Universitäten die künftigen Lehrerinnen und Lehrer besser auf Klassen mit sprachlicher und kultureller Vielfalt vorbereiten

und allen Pädagogen durch entsprechende Fortbildungsangebote fortlaufend Unterstützung anbieten.

- ▶▶ Wir wollen, dass Flüchtlinge mit Bleibeperspektive künftig schon in ihrer Erstunterkunft Sprach- oder Alphabetisierungskurse angeboten bekommen. Ebenso werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass die Angebote der Integrationskurse bedarfsgerecht für Menschen mit Bleibeperspektive ausgebaut werden.
- ▶▶ Jungen Flüchtlingen, die erst mittelbar oder unmittelbar vor ihrer Volljährigkeit unser Bundesland erreichen, wollen wir den Schulbesuch ermöglichen.

Wir verstehen Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Kommunalen Integrationszentren (KIs) leisten eine hervorragende Arbeit in unseren Kreisen und kreisfreien Städten. Die Herausforderungen, vor denen sie stehen, sind jedoch nicht überall gleich.

- ▶▶ Wir wollen künftig die Förderungen für die KIs am tatsächlichen Bedarf orientieren. Daneben werden wir den nichtstaatlichen Akteuren der Integrationspolitik, u.a. den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Vereinen, wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Integrationspolitik sollte nicht als allein staatliche, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden.
- ▶▶ Die Integrationspolitik in unserem Land leidet in besonderem Maße an einer ausufernden Projektorientierung. Ihr fehlt es dadurch an Kontinuität, Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit.

Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive ein.

Die Unterbringung der zu uns kommenden Flüchtlinge stellt für das Land wie auch die Kommunen eine große Herausforderung dar.

- ▶▶ Wir setzen uns landesweit für eine schnelle Integration in Form einer dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern mit hoher Bleibeperspektive ein. Viele Kommunen in unserem Land verfolgen bereits dieses Modell der Unterbringung, konnten sich durch den schnellen und enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen jedoch nicht mehr daran halten.
- ▶▶ Wir wollen uns ebenso dafür einsetzen, dass Modell der privaten Unterkunft in unserem Bundesland zu forcieren. Wir wollen deshalb Kommunen dabei begleiten, diese Art der Unterkunft stärker anzubieten.

Wir stärken die Anerkennungskultur bei Spätaussiedlern.

Millionen von deutschen Heimatvertriebenen, Aus- und Übersiedlern und Spätaussiedlern haben wesentlich zur Geschichte Nordrhein-Westfalens beigetragen.

Mehr als ein Fünftel der heutigen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens besitzt Wurzeln in den Gebieten des ehemaligen deutschen Ostens, in den ost-, südost- und mitteleuropäischen Staaten mit deutschen Minderheiten sowie den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Die große Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ist ein lebendiges Vorbild für das Gelingen früherer, heutiger und zukünftiger Integrationsprozesse. Gerade Russlanddeutschen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, Wertschätzung und Unterstützung. Dazu gehört die offizielle Anerkennung ihrer meist sehr guten Ausbildungen und beruflichen Qualifikationen.

- ▶▶ Wir werden deshalb speziell für Spätaussiedler die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse bzw. Qualifikationen auf Landesebene besser organisieren und zügiger durchführen. Der entstandene Bearbeitungsstau muss umgehend aufgelöst werden. Durch zusätzliche Investitionen in berufliche Qualifizierungsmaßnahmen sollen die Betroffenen wo erforderlich schließlich in die Lage versetzt werden, Berufe gemäß der von ihnen zuvor erworbenen Abschlüsse tatsächlich ausüben zu können.
- ▶▶ Schließlich wollen wir die bestehende Diskriminierung von Spätaussiedlern bei der Rentenberechnung nicht länger tatenlos hinnehmen, sondern beim Bundesgesetzgeber auf eine gerechte und ausreichende Besserstellung heutiger und künftiger deutscher Rentenbezieher aus Osteuropa drängen.

3. Kultur, Medien, Religionsgemeinschaften, Ehrenamt und Sport

Kultur ist die Grundlage unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Unsere Werte und unser Selbstverständnis kommen in kulturellen Formen zum Ausdruck. Unser Land ist mit dem Reichtum seiner vielfältigen Regionen und seines kulturellen Erbes ein Kulturland ersten Ranges, nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen und globalen Maßstab. Als kulturelles Alleinstellungsmerkmal sind in Nordrhein-Westfalen Kultur- und Industriegeschichte untrennbar mit- und ineinander verwoben. Sie bedingen sich gegenseitig.

Die rot-grüne Landesregierung hat die Kulturpolitik zu einer Nebensache degradiert. Mit uns wird Kultur auch politisch wieder wichtig werden. Wir wollen Rahmenbedingungen setzen und verbessern, in denen sich kulturelles Leben entfalten kann. Dies gilt gleichermaßen für die Medienlandschaft, für das religiöse Leben und das ehrenamtliche Engagement, das unsere Gesellschaft so besonders macht. Auch der Sport spielt für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft eine außerordentliche Rolle und muss daher gefördert werden.

Wir wollen der Kultur wieder ihren Stellenwert in der Landespolitik geben.

Bei Kulturpolitik auf Landesebene im modernen Verständnis geht es nicht allein um die Unterhaltung von Theatern, Orchestern, Museen und anderen Kultureinrichtungen oder -programmen, sondern zuallererst um die persönliche Kultur eines jeden einzelnen von uns.

Das Wissen um Geschichte, um die eigene kulturelle Identität und die anderer Kulturen, um die kulturelle Bedeutung der Religionen hier und in anderen Ländern gehört ebenso dazu wie die unmittelbare Begegnung mit der Kunst der Vergangenheit und der Gegenwart. Die Stärke eines Gemeinwesens hängt für uns ganz wesentlich auch von der Stärke der Kultur seiner Bürgerinnen und Bürger ab.

- ▶▶ Wir wollen an unsere erfolgreiche Kulturpolitik von 2005-2010 anknüpfen und einen neuerlichen kulturpolitischen Aufbruch wagen.
- ▶▶ Den skandalösen Ausstieg des Landes aus der Denkmalpflege werden wir rückgängig machen und die Mittel zum kulturellen Substanzerhalt erhöhen. Der Erhalt unseres Erbes, Restaurierung und stille wissenschaftliche Bearbeitung ist ebenso zu fördern wie die Pflege mündlicher Überlieferungen, Mundarten, Brauchtümer und Traditionen.
- ▶▶ Die Kommunaltheaterzuschüsse werden wir schrittweise anheben. Wir streben in einem neuen Theaterpakt kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche an.
- ▶▶ Die Förderung von Maßnahmen der kulturellen Bildung werden wir ebenfalls verstärken und dabei die Aufgaben zwischen Kultur und Schule grundlegend neu verteilen. Projekte wie den „Kulturrucksack“ oder „Jeki“ (Jedem Kind ein Instrument) werden wir evaluieren und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Für öffentliche Museen und Erinnerungsorte streben wir nach dem Beispiel von Theatern und Opern gleichfalls freien Eintritt für Kinder und Jugendliche an.
- ▶▶ Wir werden die Bibliotheksförderung unter Einschluss der kirchlichen und freien Büchereien insbesondere im ländlichen Raum massiv aufstocken und den Ausbau von Büchereien und anderen Kulturinstituten zu „dritten Orten“ fördern. In Nordrhein-Westfalen gibt es immer noch unzählige Gemeinden, die über keine Bücherei verfügen. Dem Engagement der Kirchen sowie vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer ist es zu verdanken, dass zumindest ein Teil der Gemeinden über eine (kirchliche) öffentliche Bücherei verfügt. Gerade hier, aber auch andernorts bietet sich an, neue oder bestehende Kultureinrichtungen wie Bibliotheken nach dem Vorbild anderer europäischer Länder zu sog. „dritten Orten“ auszubauen, an denen auch andere Kulturanbieter aus der Umgebung (z. B. Volkshochschulen, Musik- und Kunstschulen, soziokulturelle Zentren etc.), ihre Angebote machen können, ohne eine eigene Einrichtung unterhalten zu müssen.
- ▶▶ Wir werden alle verstreuten landesgesetzlichen Regelungen zur Kultur endlich in einem „Kulturgesetzbuch“ zusammenfassen und hierbei u.a. auch gesetzlich regeln, dass die Finanz- und Rechtsaufsichtsbehörden des Landes über die Kommunen nicht nur deren

finanzielle Handlungsfähigkeit, sondern auch deren kulturelle Substanz für die Zukunft zu sichern haben.

- ▶▶ Landesgeschichte und Landesidentität gehören untrennbar zusammen. Aus diesem Grund werden wir die Idee eines „Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ in unmittelbarer Nähe zum Landtag wieder aufgreifen und Experten aus Universitäten, Instituten, Museen und Publizistik, Landtag und Landesregierung ein unabhängiges und vor allem überparteiliches Konzept entwickeln lassen, wie das jüngst eröffnete, sehr erfolgreiche „Haus der nordrhein-westfälischen Parlamentsgeschichte“ in der Villa Horion an diesem oder einem anderen geeigneten Standort zu einem universellen „Haus der Landesgeschichte“ weiterentwickelt werden kann.

Zu unserem Geschichtsverständnis gehört neben der Landesgeschichte jedoch auch eine den Anforderungen unserer Zeit entsprechende Erinnerungskultur. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird die von der Landesregierung vorgelegte „Neukonzeption der Erinnerungskultur und strukturellen Absicherung der Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen“ konsequent weiterentwickeln. Dazu gehört auch die institutionelle wie sachliche Stärkung der historisch-politischen Tätigkeit der Landeszentrale für politische Bildung zur Verbesserung der geschichtlichen und politischen Allgemeinbildung und damit zu einer wirksamen Prävention gegen politischen wie religiösen Extremismus bzw. Fundamentalismus jeder Art. Leitlinie unseres erinnerungskulturellen Verständnisses ist eine an Demokratie, Grund- und Menschenrechten entwickelte Darstellung des sogenannten „kurzen 20. Jahrhunderts“, die mit dem Ersten Weltkrieg beginnt und über den Nationalismus und Holocaust als Mittelpunkt bis hin zu Genoziden, Vertreibungen, Stalinismus und SED-Diktatur reicht.

- ▶▶ Wir werden gezielt Kooperationen zwischen den sehr erfolgreich arbeitenden NS-Gedenkstätten und den im Sinne des § 96 Bundesvertriebenengesetz tätigen Einrichtungen fördern und ideell unterstützen. In der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen, die jahrzehntelang für Hunderttausende Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler die erste Anlaufstelle in der neuen Heimat Nordrhein-Westfalen verkörperte, werden wir gerade in dieser Zeit der internationalen Massenfluchtbewegungen ein Zeichen setzen und eine Gedenkstätte zum Thema Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration im 20. und 21. Jahrhundert mit wissenschaftlich begleiteter Dauerausstellung eröffnen.
- ▶▶ Für bei uns lebende Opfer des Stalinismus, der SED-Diktatur und insbesondere der ehemaligen Staatssicherheit beabsichtigen wir eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Fragen der individuellen Wiedergutmachung und Altersansprüche einzurichten. Ehemalige SED-Verfolgte und Stasi-Opfer sollen darüber hinaus nach dem Beispiel der nunmehr aussterbenden Erlebnisgeneration der NS-Zeit verstärkt auch in den Schulen als Zeitzeugen zum Einsatz kommen.
- ▶▶ Wir stehen zur Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber den Vertriebenen und Spätaussiedlern bzw. deren Nachkommen. Aus diesem Grund schätzen wir die kulturhistorische Arbeit von Institutionen wie der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf, dem Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen, dem Westpreussischen Landesmuseum in Warendorf, dem Haus Schlesien in Königswinter und dem

Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold außerordentlich hoch und werden deren institutionelle Förderung durch Mittel des Bundes wie des Landes nicht nur garantieren, sondern auch intensivieren.

- ▶▶ Darüber hinaus streben wir die Wiedereinsetzung eines Lehrstuhles zur Erforschung der Geschichte der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa an einer nordrhein-westfälischen Universität an.
- ▶▶ Wir nehmen die Oberschlesier bzw. Siebenbürger Sachsen als traditionelle Patenlandsmannschaften des Landes Nordrhein-Westfalen ernst. Ihre verdienstvolle Arbeit werden wir durch eine angemessene und verlässliche Förderung seitens des Landes unterstützen und auf Dauer sichern.
- ▶▶ Als Ansprechpartner für Patenlandsmannschaften sowie Vertriebenen- und Aussiedlerverbände wollen wir einen Landesbeauftragten nach hessischem Vorbild einsetzen.

Wir wollen eine starke Medienlandschaft für ein gut informiertes Nordrhein-Westfalen.

Kritische Medien sind für eine lebendige, wehrhafte Demokratie und einen funktionierenden Rechtsstaat unverzichtbar. Deshalb muss der Mediensektor in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich von allen ideologischen und bürokratischen Hemmnissen befreit werden. Bei Qualitätsmedien kennt jeder den Absender des Inhaltes. Das ist der entscheidende Unterschied zu verschiedenen Kanälen und Social Media-Angeboten im Netz. Soziale Medien müssen Regeln unterworfen werden, die im Sinne von Jugendschutz und Menschenwürde, gegen Diskriminierung und Hass zum gesellschaftlichen Fortschritt und zur demokratischen Meinungsbildung beitragen.

- ▶▶ Wir stehen für einen fairen Interessenausgleich zwischen den Qualitätsmedien. Nordrhein-Westfalen braucht für den öffentlichen Diskurs auflagenstarke Tageszeitungen, einen reichweitenstarken, solide finanzierten, aber mittelfristig weitgehend werbefreien WDR sowie einen wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk und redaktionelle Online-Angebote. Regeln und Grenzen, die das Miteinander etwa von Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk im Online-Bereich bestimmen, werden wir sorgsam beobachten. Technische Entwicklungen, die das einmalige Modell des Lokalfunks in seinem Gesamtbestand gefährden, lehnen wir ab. Darüber hinaus wollen wir Initiativen einbringen, die die finanziellen Rahmenbedingungen für freie und vielfältige Medien – und damit für die lokale Vielfalt – verbessern.
- ▶▶ Die politisch motivierten Novellen des Landesmediengesetzes und des WDR-Gesetzes werden wir korrigieren und auf ihre jeweiligen wesentlichen Kernbestandteile reduzieren.
- ▶▶ Das System der verteilten Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern mit einem Jugendschutzgesetz und dem Jugendmedienschutzstaatsvertrag ist nicht mehr zeitge-

mäßig. Wir werden uns für eine Reform des Jugendmedienschutzes einsetzen. Der Jugendmedienschutz muss wieder der Erfahrung der Nutzer entsprechen, die künstliche Unterscheidung zwischen Inhalten, die auf physischen Trägern vermittelt werden und denen, die digital überliefert werden, muss aufgebrochen werden.

- ▶▶ Wir werden alles daran setzen, dass Nordrhein-Westfalen wieder führend im Bereich der Filmförderung wird.
- ▶▶ Staatliche Journalismusförderung lehnen wir ab. Die Stärkung von Informationskompetenz und der politischen Bildung ist allerdings eine wichtige öffentliche Aufgabe. Die bisherige unkoordinierte Förderung der Medienkompetenz durch das Land werden wir neu bewerten und dabei für eine konsequente Verzahnung mit der staatlichen Erziehungs- und Bildungspolitik – vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Erwachsenenbildung – Sorge tragen.

Wir werden uns für die besondere Rolle von Kirchen und Religionsgemeinschaften in Staat und Gesellschaft einsetzen.

Glaubens- und Religionsfreiheit sind unveräußerliche Grundrechte und stehen daher unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen treten dafür ein, dass der Glaube auch und gerade in der Öffentlichkeit gelebt werden kann. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen, Religion aus dem Alltag von Staat und Gesellschaft vollständig oder auch nur weitestgehend hinauszudrängen. Starke christliche Kirchen sind fester Bestandteil unseres Landes und wichtiger Partner für Politik und Gesellschaft. Sie leisten in der Seelsorge und im sozialen Bereich, vor allem in der Kinderbetreuung, in Schulen, dem Gesundheitswesen, der Altenpflege sowie der Integration wertvolle Arbeit, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt.

- ▶▶ Die wichtige Arbeit der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände werden wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und auf Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen weiterhin unterstützen. Die Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts sind als ein verfassungsrechtlich verbürgter und angemessener Ausgleich zwischen kirchlicher Selbstbestimmung und notwendigem Arbeitnehmerschutz anzuerkennen und prägen den besonderen Geist der Dienstgemeinschaft.
- ▶▶ Wir werden die Kirchen dabei unterstützen, kulturelle Zeugnisse zu bewahren sowie christliche Feste und Traditionen aufrechtzuerhalten und sichtbar zu machen. Wir setzen uns weiterhin für den Schutz des Sonntags und der hohen christlichen Feiertage ein. Bestrebungen, christliche Traditionen wie beispielsweise das Sankt-Martins-Fest zu säkularisieren oder christliche Symbole aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, weisen wir entschieden zurück.
- ▶▶ Unsere europäische Kultur ist auch jüdisch geprägt. Deswegen und aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust sind wir in besonderer Weise mit den Menschen jüdischen Glaubens verbunden und sehen uns ihnen gegenüber in

einer besonderen Verantwortung. Das Leben unserer jüdischen Mitbürger ebenso wie Synagogen, Gemeindehäuser und Schulen bedürfen unseres besonderen Schutzes. Den Staatsvertrag des Landes mit den jüdischen Gemeinden werden wir entsprechend der positiven Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Neugründungen jüdischer Einrichtungen wie Schulen ebenso weiter entwickeln wie dem leider zunehmenden Bedarf an Sicherheitstechnik und Sicherheitspersonal jüdischer Einrichtungen Rechnung tragen.

- ▶▶ Die von den gut eineinhalb Millionen Menschen muslimischen Glaubens in Nordrhein-Westfalen, darunter vielen deutschen Staatsbürgern, in den vergangenen Jahrzehnten für eine positive Entwicklung unseres Landes erbrachten Leistungen erkennen wir ausdrücklich an. Sie bestärken uns in der Zielsetzung, muslimische Kultur und Lebensweise noch stärker als bisher in unsere Gesellschaft einzubinden. Vielmehr müssen wir gemeinsam mit den hier beheimateten Menschen jede Form von islamistischem Fundamentalismus bzw. Terrorismus bekämpfen und der Entstehung von Parallelgesellschaften in unseren Städten bereits im Ansatz wirkungsvoll begegnen.
- ▶▶ Wir stehen für den grundgesetzlich garantierten bekenntnisorientierten Religionsunterricht ein. Das damit verbundene Engagement der Kirchen und Religionsgemeinschaften schätzen wir als starken Beitrag zu einer freien und offenen Gesellschaft. Wir wollen solide Grundlagen legen für einen islamischen Religionsunterricht. Für die Anerkennung der muslimischen Verbände als Religionsgemeinschaft ist es für uns unerlässlich, dass die Ausübung der Religion in Deutschland frei vom Einfluss fremder Staaten ist. Die in Nordrhein-Westfalen lebenden Muslime wollen wir dazu ermuntern und sie im Rahmen unserer politischen Handlungsmöglichkeiten dabei unterstützen, sich stärker zu organisieren.

Wir werden das Ehrenamt als Säule unserer Gesellschaft festigen.

Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen trägt entscheidend zur Attraktivität und Lebensqualität in unserem Land bei. Sie stärkt Bürgersinn, schafft Entfaltungsmöglichkeiten, fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt identitätsstiftend. Ohne das freiwillige Engagement so vieler Bürgerinnen und Bürger würde vieles in unserem Land nicht oder nur eingeschränkt funktionieren. Es ist nicht nur eine tragende Säule unserer Gesellschaft, sondern bewahrt den Staat auch vor systematischer Überforderung.

- ▶▶ Daher werden wir das ehrenamtliche Engagement stärken und uns dafür einsetzen, dass freiwillige und ehrenamtliche Dienste die entsprechende Anerkennung und Würdigung erfahren. Vor allem Kinder und Jugendliche wollen wir verstärkt motivieren, sich ehrenamtlich zu engagieren. An den Schulen werden wir dafür sorgen, dass die dafür nötigen zeitlichen Freiräume erhalten bleiben.
- ▶▶ Die von der CDU-geführten Landesregierung eingeführte Ehrenamtskarte werden wir ausbauen und vor Ort weiter verankern.

- ▶▶ Im Hinblick auf die Aufnahme eines Studiums treten wir dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet wird.
- ▶▶ Wir begrüßen, wenn Unternehmen es honorieren und unterstützen, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich für die Gesellschaft einsetzen.
- ▶▶ Die in den vergangenen Jahren stetig angewachsene Bürokratie, die es Ehrenamtlichen und vielen Vereinen zunehmend schwer macht, große Veranstaltungen wie beispielsweise Karnevals- oder Schützenumzüge zu organisieren, werden wir so weit wie möglich reduzieren.
- ▶▶ Mit großem Einsatz werden wir uns dafür einsetzen, vor allem junge Menschen für Politik zu begeistern und für ein kommunalpolitisches Engagement zu gewinnen. Auch dazu kann die Landeszentrale für politische Bildung einen wertvollen Beitrag leisten. Zudem wollen wir das kommunalpolitische Ehrenamt attraktiver gestalten.
- ▶▶ Die steigende Zahl von Übergriffen auf ehrenamtlich engagierte Kommunalpolitiker ist nicht akzeptabel und gefährdet das kommunale Ehrenamt. Das Land muss mit einheitlichen Empfehlungen und Hilfestellungen die Ehrenamtler vor Ort unterstützen und tatkräftig für die Akzeptanz politischen Ehrenamtes werben.

Wir werden Nordrhein-Westfalen als führendes Sportland erhalten und ausbauen.

Nordrhein-Westfalen soll auch weiterhin das Sportland Nr. 1 in Deutschland bleiben. Sport leistet einen besonderen gesamtgesellschaftlichen Beitrag: Nicht nur in Hinblick auf Gesundheit, Gemeinschaft und Integration, sondern auch bezüglich Verständigung und Persönlichkeitsentwicklung. Sport ist generationenübergreifend und verbindet Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher sozialer Herkunft und aller Nationalitäten.

- ▶▶ Der Landessportbund, als Dachorganisation des organisierten Sports in Nordrhein-Westfalen, soll sich dabei als zentraler Partner des Landes weiterhin auf den „Pakt für den Sport“ mit einer mehrjährig festgeschriebenen Förderung verlassen können. Wir wollen dem Landessportbund finanzielle Planungssicherheit geben.
- ▶▶ Beim Kinder- und Jugendsport werden wir eine enge Verzahnung mit dem Vereinssport und den Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten in Kindergärten und Schulen fördern. Weitere Intensivierung und Verzahnung der Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und offenem Ganztags ist unverzichtbar, um mehr Kindern und Jugendlichen sportliche Aktivitäten im Verein zu ermöglichen.
- ▶▶ Wir werden die „sportmotorischen Tests“ flächendeckend an Grundschulen einführen, als Basis für die frühe Förderung von Kindern nach ihren individuellen Fähigkeiten und als gute Chance zur Förderung der Gesundheit und zum Abbau motorischer Schwächen.
- ▶▶ Wir wollen darüber hinaus, dass jedes Kind am Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen kann.

- ▶▶ Um jedem Kind die Möglichkeit zu geben, jedes Jahr an einem schulsportlichen Wettkampf teilnehmen zu können, sprechen wir uns ausdrücklich für die Beibehaltung von Bundesjugendspielen und für das Landessportfest „Jugend trainiert für Olympia“ bzw. „Jugend trainiert für Paralympics“ aus.
- ▶▶ Für nordrhein-westfälische Talente wollen wir optimale Voraussetzungen bieten, um Spitzenleistungen im Sport erbringen zu können. Den qualitativen Ausbau der Sport-schulen werden wir daher fortsetzen.
- ▶▶ Um auch zukünftig herausragende Resultate bei internationalen Wettkämpfen zu erzie-len, setzen wir uns neben dem Breitensport auch intensiv für den Leistungssport ein. Der Spitzensport leistet einen wichtigen Beitrag, um Kinder und Jugendliche zu einem bewegungsbegeisterten Lebensstil zu motivieren. Wichtig ist uns die Verbesserung der Fördermaßnahmen zur fachlichen und pädagogischen Qualifizierung von Trainern und Betreuern, um die Qualität des Leistungs- und Breitensports zu sichern. Der Grundstock für Erfolge im Sport sind gut ausgebildete und hochmotivierte Trainer und Betreuer.
- ▶▶ Eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Zukunft Nordrhein-Westfalens als Sport-land ist eine vielfältige Sportinfrastruktur durch gute und intakte Sportstätten. Klassi-sche Sportstätten wollen wir weiterentwickeln, um zum Beispiel vermehrt regeloffene, multifunktional nutzbare und kleinräumige Anlagen und Hallen für den gesundheits- und fitnessorientierten Sport und den Sport der Älteren zur Verfügung stellen zu kön-nen.
- ▶▶ Wir unterstützen die Bewerbung von Fußballstadien aus Nordrhein-Westfalen als Aus-tragungsorte für die Fußball-Europameisterschaft 2024.
- ▶▶ Olympische und Paralympische Spiele 2028 in Nordrhein-Westfalen wären ein Auf-bruchsignal für unser Bundesland – mit vielen langfristigen Potenzialen für unsere Ge-sellschaft, Wirtschaft und Infrastruktur. Die Menschen an Rhein und Ruhr wünschen sich Visionen für unser Land. Wichtig ist uns, vorhandene Sportstätten intelligent zu nutzen und nachhaltige Spiele zu schaffen.
- ▶▶ Wir lehnen jegliche Form des Dopings ab und wollen es entschieden bekämpfen.

VI. Nordrhein-Westfalen in Europa und der Welt

Die Europäische Integration ist und bleibt die größte politische Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts und der Schlüssel dazu, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu meistern. Dies gilt angesichts eines Wiederauflebens nationalistischen und protektionistischen Gedankenguts in Europa und weltweit umso mehr.

Eine Wiege des gemeinsamen Europas steht in Gestalt der Montanunion in Nordrhein-Westfalen. Die christliche Demokratie war von Beginn an die treibende Kraft der europäischen Integration und ist es noch immer. Wir werden gerade in Nordrhein-Westfalen und aus diesem Land heraus für Europa arbeiten und kämpfen. Der Europagedanke ist Teil der politischen Identität der nordrhein-westfälischen CDU.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist deshalb traditionell *die* Europapartei im Land. Wir halten am Ziel der Vollendung der Europäischen Union fest. Europa muss zusammenwachsen, weil es zusammengehört. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union teilen nicht nur eine gemeinsame Geschichte, sie teilen auch eine gemeinsame Werteordnung, gemeinsame Traditionen und eine gemeinsame kulturelle Identität.

Wir Christdemokraten sind uns bewusst, dass wir unseren gemeinsamen europäischen Werten wie Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, in einer zunehmend globalisierten Welt nur zusammen Gewicht und Geltung verschaffen können.

Wir stehen für ein starkes Europa der Regionen.

Die Stärke Europas liegt in der Vielfalt der Menschen, Kommunen, Regionen und Nationen. Wir wollen unser vielfältiges sprachliches und kulturelles Erbe für nachfolgende Generationen sichern und erlebbar machen. Aus diesem Grund treten wir auch im vereinten Europa entschieden für das Subsidiaritätsprinzip ein. Was vor Ort, in der Region, im Land oder im Mitgliedsstaat besser und sinnvoller geregelt werden kann, soll auch dort und nicht in Brüssel geregelt werden.

- ▶▶ Wir setzen uns für eine 1:1-Umsetzung europäischen Rechts ein. In der Vergangenheit ist ein großer Teil an überflüssiger Bürokratie und störender Überregulierung vor Ort entstanden, indem auch und gerade in Nordrhein-Westfalen mehr reguliert wurde, als von den europäischen Vorgaben verlangt. Wir werden deshalb streng darauf achten, dass unsere heimischen Unternehmen nicht durch eine die europäischen Regelungen noch verschärfende Landesgesetzgebung völlig unnötige Wettbewerbsnachteile erleiden.
- ▶▶ Auf europäischer Ebene brauchen wir überschaubare und vor allem nachvollziehbare Regelungen bzw. transparente Abläufe in den einzelnen Verfahren, möglichst wenig Bü-

rokratie und nicht zuletzt eine zukunftsweisende regionale Förderpolitik. Die Festlegung des Vertrags von Lissabon, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, muss in der Praxis endlich zur stärkeren Anwendung gelangen.

Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen.

In den Grenzregionen kommt die europäische Integration in besonderer Weise zum Ausdruck. In ihnen ist Austausch und Kooperation in Europa erlebbar. Wir setzen auf die weitere Verzahnung mit unseren Nachbarn, um die Zusammenarbeit und Durchlässigkeit auf allen Gebieten zu stärken, so etwa bei Polizei, Feuerwehr und Rettungswesen, dem ÖPNV, dem Hochwasserschutz und der einfacheren gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen (z. B. Erzieherinnen) auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Regional- und Städtepartnerschaften sind eine besonders geeignete Plattform der Zusammenarbeit und des Austausches, von denen ein starkes Signal für ein geeintes Europa ausgeht.

Aus dem Wissen um die enge Verflechtung mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg heraus ist Nordrhein-Westfalen unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers eine privilegierte Partnerschaft mit seinen Nachbarn im Rahmen der Benelux-Union eingegangen. Wir wollen diese enge Zusammenarbeit intensivieren. Die Grenzregionen Nordrhein-Westfalens zu den Niederlanden und Belgien haben sich mit den Regionen jenseits der Grenze zu Euregios zusammengeschlossen. Diese Verbünde dienen dem kulturellen und gesellschaftlichen Austausch sowie der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Zugleich wollen wir die Kooperation mit unseren Partnerregionen in Frankreich und Polen intensivieren.

- ▶▶ Wir unterstützen die wertvolle Arbeit der Euregios.
- ▶▶ Wir wollen diese enge Zusammenarbeit mit unseren unmittelbaren Nachbarn sowie unserer französischen Partnerregion Hauts-de-France weiter intensivieren.
- ▶▶ Wir werden die Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Schlesien in Polen weiter pflegen und intensivieren. Dabei werden wir alle Brückenbauer, insbesondere auch die deutsche Minderheit in Oberschlesien, in diese Partnerschaft einbinden.

Wir setzen uns für geregelte Migration und sichere Außengrenzen ein.

Die Flüchtlingssituation stellt Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Aus diesem Grund müssen die Staaten Europas die damit einhergehenden Probleme gemeinsam lösen. Dies ist Voraussetzung dafür, dass wir die EU-Freizügigkeit und den grenzenlosen Binnenmarkt dauerhaft erhalten können.

- ▶▶ Wir fordern eine gemeinsame Lösung der großen Herausforderungen, die die EU-Freizügigkeit und den grenzenlosen Binnenmarkt gefährden. Wenn in Zukunft ein Land bei

der Registrierung von Flüchtlingen Probleme bekommen sollte, muss die Europäische Union unterstützend einschreiten.

- ▶▶ Wir begrüßen die Gründung einer effizienten europäischen Grenz- und Küstenwache, deren Aufgabe darin besteht, gemeinsam mit den nationalen Grenzschutzbehörden die EU-Außengrenzen zu sichern – auch bei der Bewältigung besonderer Herausforderungen an den Außengrenzen wie illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität.
- ▶▶ Wir fordern, dass die EU-Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen zum Aufbau der Grenz- und Küstenwache nun zügig nachkommen, damit diese ihre Tätigkeit möglichst bald aufnehmen kann.
- ▶▶ Wir werden dafür Sorge tragen, dass Nordrhein-Westfalen seine Verpflichtungen bei der Steuerung bzw. Organisation der Migration ernst nimmt und gewissenhaft erfüllt.

Unser Einsatz gilt der gesamteuropäischen Sicherheit.

Europa steht längst im Fadenkreuz der IS-Terroristen, wie wir in der Vergangenheit allzu schmerzlich erfahren mussten. London, Madrid, Istanbul, Paris, Brüssel, Nizza und auch Berlin stehen für hunderte von unschuldigen Opfern allein in Europa. Aber gerade in Zeiten eines international agierenden Terrorismus zeigt sich ein geeintes Europa als unverzichtbar für die Lösung unserer Probleme.

- ▶▶ Wir wollen, dass die Sicherheitsbehörden der europäischen Mitgliedsstaaten sofort damit beginnen, ihre Daten über potentielle Gefahren und Gefährder automatisiert untereinander auszutauschen. Der Handlungsbedarf ist so groß, dass für diesen Zweck gegebenenfalls auf die Idee eines Kerneuropas zurückgegriffen werden sollte, falls eine Einigung unter allen EU-Mitgliedsländern nicht zeitnah zu erreichen ist. Eine Gruppe von Staaten innerhalb der Europäischen Union müsste dabei vorangehen, andere können dann folgen. Die bisher getrennten Datentöpfe EURODAC, Visa-Informationssystem, Schengen-Informationssystem und INPOL müssen so verknüpft werden, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden durch eine Nachfrage alle zur Verfügung stehenden Informationen abfragen können.
- ▶▶ Wir brauchen so schnell wie möglich ein europäisches Ein- und Ausreiseregister (ETIAS). Mittelfristig wollen wir für Europa ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum und befürworten den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Geheim- und Nachrichtendienstes.

Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden.

Als attraktiver Standort im Zentrum Europas profitiert Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise vom gemeinsamen Binnenmarkt. Dazu ist es wichtig, dass die Schengen-Binnengrenzen zu unseren europäischen Nachbarregionen offen bleiben und die grenzüberschreitende Infrastruktur weiter ausgebaut und verbessert wird.

- ▶▶ Wir möchten den europäischen Binnenmarkt vollenden. Das Ziel muss die Wettbewerbsfähigkeit Europas und die unbürokratische Öffnung des Binnenmarktes z. B. beim Datenschutz, dem digitalen Sektor, gemeinsamen Unternehmensrechtsformen und der Schaffung eines Energiebinnenmarktes für Strom und Gas sein. Vor allem auch kleinen und mittleren Unternehmen muss es möglich sein, jenseits der Landesgrenzen aktiv zu werden.
- ▶▶ Wir unterstützen alle Bestrebungen, die schleichende Deindustrialisierung Europas umzukehren.
- ▶▶ Wir stehen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit, verlangen jedoch, dass ein Missbrauch zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme konsequent verhindert wird. Diese ist mit europäischem Recht nicht vereinbar. Auch müssen wir den Meisterbrief als qualifikationsgebundenen Gewerbezugang auf europäischer Ebene stützen und schützen. Der Meisterbrief ist ein Gütesiegel und schützt auch den Verbraucher. Die gegenseitige Anerkennung der Berufsabschlüsse darf weder auf Kosten der dualen Ausbildung noch der Verbraucher geschehen.

Wir setzen uns für die Verwirklichung des europäischen Energiemarktes ein.

Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten kennzeichnen leider auch heute noch den europäischen Energiemarkt. Während weltweite und europäische Klimaschutzziele ausgegeben werden, verfolgen die europäischen Staaten nationale und regionale Klimaschutzziele, die nur selten aufeinander abgestimmt sind. Setzen manche Staaten auf eine völlige Umstellung des Energiesystems auf Erneuerbare Energien, verfolgen andere auch langfristig die Idee eines Energiemixes oder halten gänzlich an atomaren oder fossilen Energieträgern fest. Nur eine vertiefte europäische Integration in der Energiepolitik kann hier Abhilfe schaffen.

- ▶▶ Wir schlagen für die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts für Energie und eine Stärkung der europäischen Koordination der nationalen Beiträge zum Klimaschutz, eine Verständigung auf einen miteinander abgestimmten Energiemix sowie die Angleichung von technischen und kommerziellen Handelsregeln vor.

Wir fordern die Sicherheit kerntechnischer Anlagen in unseren Grenzregionen.

Die Risiken unsicherer kerntechnischer Anlagen machen an Landesgrenzen nicht halt, wie in letzter Zeit die belgischen Kernkraftwerke Tihange und Doel nachdrücklich unter Beweis gestellt haben. Bis weit nach Nordrhein-Westfalen hinein ist die Verunsicherung vor diesem Hintergrund groß. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nicht transparent informiert fühlen, wer bei einem Störfall die Koordinierung übernimmt und wie die Katastrophenpläne für den Ernstfall aussehen.

- ▶▶ Wir werden mit der belgischen Regierung Gespräche mit dem Ziel der vollständigen Abschaltung maroder Kernkraftwerke aufnehmen, damit eine Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen ist.
- ▶▶ Wir streben mit der belgischen Regierung ein Abkommen an, das für den nuklearen Ernstfall ein länderübergreifendes Katastrophenschutzkonzept festlegt.

Wir werden den Charakter Nordrhein-Westfalens als Nord-Süd-Land ausbauen.

Über Europa hinaus pflegt Nordrhein-Westfalen enge politische, kulturelle und ökonomische Kontakte zu vielen Ländern in der Welt.

- ▶▶ Diese Kontakte, die internationale Zusammenarbeit und den Austausch wollen wir weiter verstärken.

Mit der Bundesstadt Bonn liegt der einzige UN-Standort Deutschlands in Nordrhein-Westfalen.

- ▶▶ Wir wollen Bonn als Sitz von Institutionen der Vereinten Nationen und internationaler Nichtregierungsorganisationen sowie als Austragungsort internationaler Konferenzen und Kongresse weiter stärken. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist sich sicher, dass dies nur gelingen kann, wenn die Bundesstadt Bonn das zweite bundespolitische Zentrum bleibt. Deshalb treten wir allen Bestrebungen, von den Vereinbarungen des Bonn/Berlin-Gesetzes abzuweichen, entschieden entgegen.

In Nordrhein-Westfalen haben aber auch international tätige Organisationen, Behörden und große Hilfswerke ihren Sitz.

- ▶▶ Nordrhein-Westfalen ist das Nord-Süd-Land Deutschlands, diese Position wollen wir ausbauen und stärken.

Ein sichtbares internationales Engagement im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gehört nach unserem Verständnis zur Regierungsführung in einem starken Exportland wie Nordrhein-Westfalen dazu.

- ▶▶ Wir wollen die in christdemokratischer Regierungszeit begründete Partnerschaft mit Ghana mit neuem Leben füllen. Die über 3.000 örtlichen Initiativen der Eine-Welt-Arbeit sind wichtige Akteure des Nord-Süd-Landes Nordrhein-Westfalen.
- ▶▶ Aus der Überzeugung heraus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen, wollen wir in Nordrhein-Westfalen mit unseren Partnern in aller Welt einen aktiven Beitrag zu einem wirtschaftlichen Fortschritt leisten, der mit guter Regierungsführung, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit einhergeht.

CDU Nordrhein-Westfalen

Wasserstr. 6


40213 Düsseldorf


Telefon 02 11 / 1 36 00-0


Telefax 02 11 / 1 36 00-59

<http://cdu.nrw>

info@cdu.nrw

 [facebook.com/CDUnrw](https://www.facebook.com/CDUnrw)

 twitter.com/CDUNRW_de

 [instagram.com/cdunrw](https://www.instagram.com/cdunrw)